

Dokumentation:

Strategiekonferenz der Klimagerechtigkeitsbewegung

17.-19. August - Klimacamp Rheinland bei Erkelenz



Inhalt der Dokumentation:

- **Vorwort**
- **Übersicht und Ablauf der Konferenz**
- **Ergebnisse der Kleingruppen / Plenumsdiskussionen**
- **Prozessprotokolle und weitere Ergebnisse / Fotos**
- **Lessons learned / Feedback – Wie weiter?**
- **Vorankündigungen und Call for Papers**
- **Reader mit Strategiepapieren**

Vorwort & Danksagung

In den letzten Wochen ist viel passiert und so ging die Zeit sehr schnell vorbei. Lasst uns nun nochmal gemeinsam zurückblick: Vom 17.-19. August 2018 nahmen ca. 100 Menschen aus unterschiedlichen Kontexten an der Strategiekonferenz der Klimagerechtigkeitsbewegung teil. Die Strategiekonferenz fand im Rahmen des Klimacamps Rheinland bei Erkelenz in einem großen schönen Zirkuszelt statt. Es gab dabei Raum für Diskussionen und gemeinsames Arbeiten (im Plenum und in Kleingruppen) und wir hoffen, dass sich alle einbringen und am Prozess beteiligen konnten und insgesamt zufrieden auf diese 3 Tage zurück blicken. Die Ergebnisse zusammenzutragen ist durchaus eine Herausforderung. Wir laden euch deshalb dazu ein, uns Ergänzungen zu schicken, sofern wir Punkte vergessen oder anders beschrieben haben, als sie ursprünglich gemeint waren. Wir haben versucht die Dokumentation barrierearm aufzubauen (alle Plakate abgeschrieben, übersichtliche Gliederung) und verständlich auch für die Menschen zu beschreiben, die bei der Konferenz nicht dabeisein konnten. Über Feedback und wohlwollende Kritik insgesamt freuen wir uns natürlich auch, besonders im Hinblick auf kommende Konferenzen, die es zu organisieren gilt. Wir sind am lernen und machen das sehr gern mit euch zusammen.

Die Strategiekonferenz war ein erster Auftakt und vieles kann weiter diskutiert und besprochen werden. Es wird deshalb eine weitere Konferenz voraussichtlich vom **11.-13. Januar 2019** (vielleicht bei Kassel) geben. Habt ihr Interesse an der Vorbereitung meldet euch gern bei uns! Der Termin verschiebt sich eventuell noch... bitte macht Vorschläge!

Wir bedanken uns herzlichst bei allen Menschen, die im Vorfeld zahlreiche Papiere eingebracht haben, die sich bei der Konferenz spontan beteiligt haben, die zugehört haben und Fragen gestellt haben oder in noch anderer Art und Weise sich am Prozess beteiligt haben oder diesen durch ihre Arbeit in weiteren Strukturen erst ermöglicht haben.

Wir bedanken uns auch herzlich beim gesamten Klimacamp Rheinland, der Logistik und den Menschen die das Zelt organisiert und aufgebaut haben, der Stromcrew, der Technikcrew und der Übersetzungscrew, denn durch ihre Hilfe konnten wir uns untereinander gut hören und verstehen. Herzlichen Dank an die Küche und alle die beim Schnibbeln, Ausgeben und Abwaschen geholfen haben und dem Crêpe-Stand, denn nur mit gutem Essen und Leckereien lassen sich gute Ideen entwickeln und auch ein herzlichsten Dank an alle Menschen, die Care- und Reproduktionsarbeit gemacht haben, Toiletten geputzt haben und sich an sonstiger nicht sichtbaren Arbeit beteiligt haben. Vielen herzlichen Dank – denn ohne euch wäre ein solcher Prozess nicht möglich gewesen!

Mit rebellischen und widerständigen Grüßen,

Eure Vorbereitungscrew der Strategiekonferenz

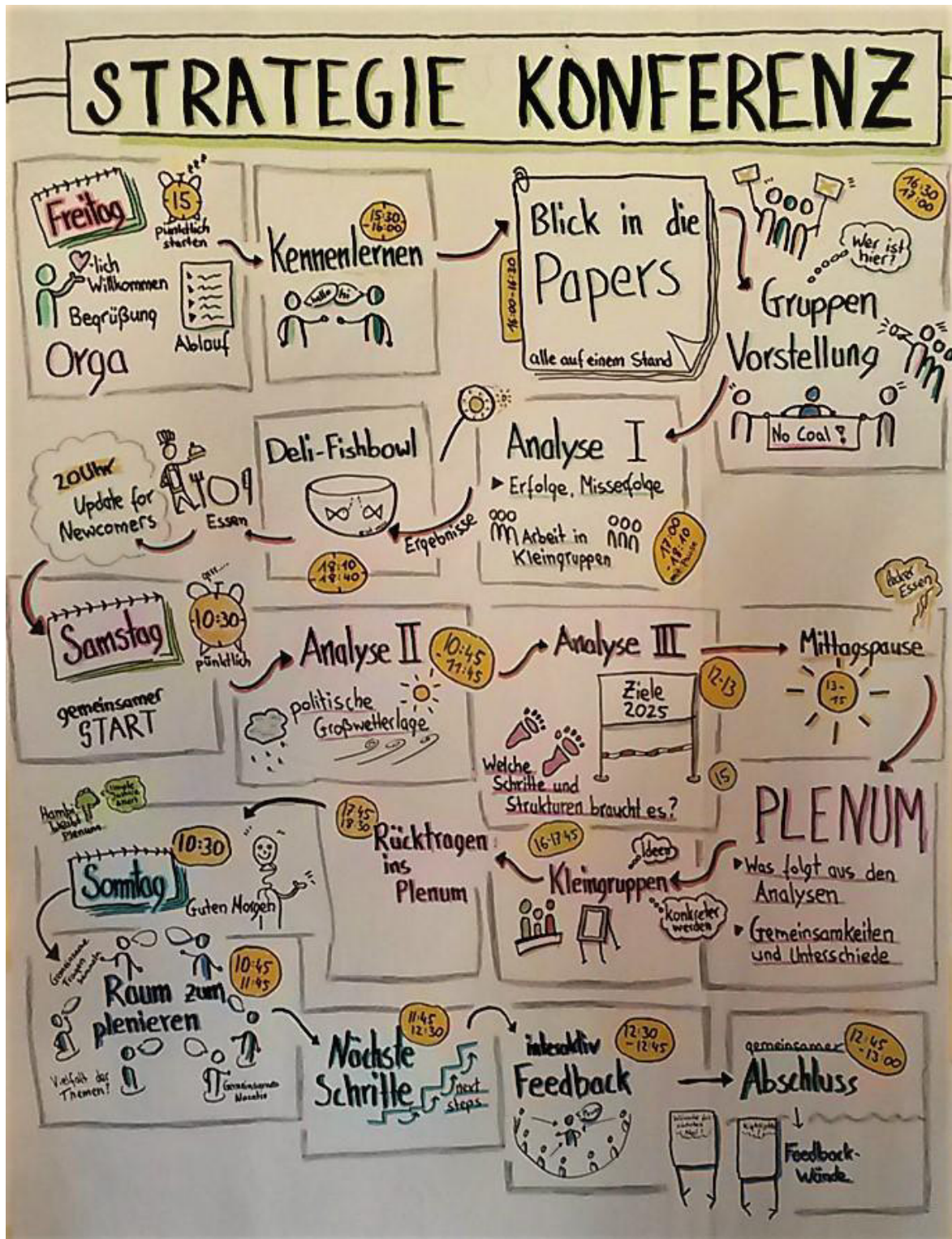
Kontakt: strategie2019@riseup.net

Übersicht und Ablauf der Konferenz

Der Ablauf der Konferenz war das Ergebnis mehrerer Telefonkonferenzen, unzähliger Emails und Moderieren je nach Prozessbedarf. Im Folgenden wird der Ablauf kurz dargestellt und anschließend vertieft und mit den jeweiligen Ergebnissen dargelegt. Wir hoffen, somit eine Übersicht und Dokumentation zu schaffen, an der sich auch Menschen, die nicht bei der Konferenz teilgenommen haben, orientieren können.



Visualisierter Ablaufplan:



----- FREITAG -----

1. Willkommen und Organisatorsiches

- Idee und Intension der Konferenz
- Vorstellung der Vorbereitungs-Crew / Moderations-Crew
- Grober Ablauf und die Rolle der Strategiepapiere für die Konferenz
- Moderationszeichen und Rolle der Moderation / Umgang miteinander

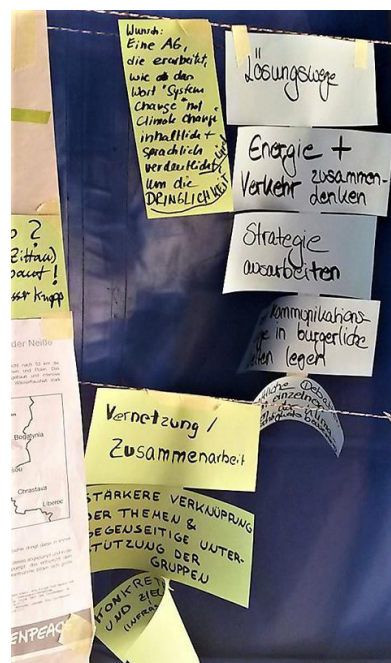
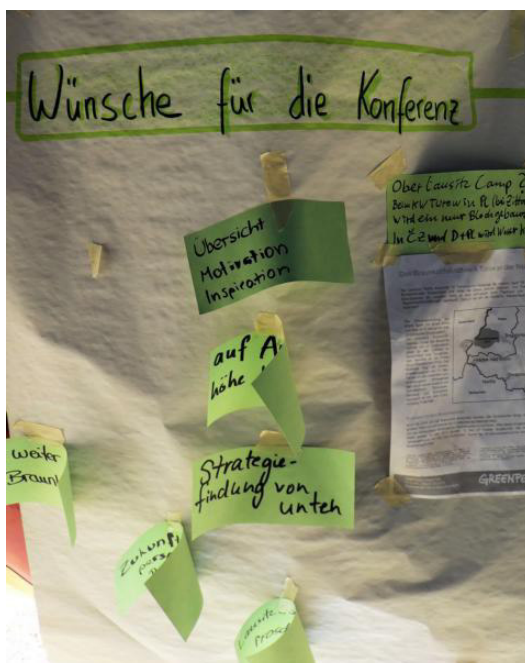
2. Standogram zum Kennenlernen

- Aufstellung nach geographischer Zugehörigkeit „Wo ist meine Base?“
- Wann angereist auf dem Camp? (Zeitbarometer)
- Wann in die Klimagerechtigkeitsbewegung eingestiegen (Zeitbarometer)
- Welche Themen interessieren am Meisten (Kleingruppen per Zuruf)
- Wie viel Motivation / Kraft (Zielscheiben-Barometer)

3. Wünsche für die Konferenz

Im Anschluss an die Ausstellung zum Kennenlernen haben sich kurz Murrelgr4uppen gebildet die sich über Wünsche und Ideen zur Konferenz ausgetauscht und diese auf Moderationskarten festgehalten haben:

- Übersicht, Motivation, Inspiration
- auf Augenhöhe begegnen
- Strategiefindung von unten / Strategie ausarbeiten
- kraftvolle linke Perspektive entwickeln
- Zukunftspektive der Bewegung
- Lösungswege
- Energie & Verkehr zusammendenken
- Kommunikationswege in bürgerliche Welten legen
- Inhaltliche Debatte zu einzelnen Themen der KGB
- Oberlausitzcamp? (Bei KW Turow in PL (bei Zittau) wird ein neuer Block gebaut! In CZ und D + PL wird Wasser knapp)
- Eine AG die erarbeitet, wie das Wort „System Change not Climate Change“ inhaltlich und sprachlich verdeutlicht wird um die Dringlichkeit



4. Zusammenfassung der 17 eingereichten Strategiepapiere:

Damit alle auf einen Stand bzgl. der eingereichten Strategiepapiere kommen wurden wesentliche Gemeinsamkeiten und wichtige Aspekte zusammengetragen und allen präsentiert. Hier die Notizen der Zusammenfassung – die gesamten Strategiepapiere wurden in einem Reader abgedruckt.

Mobilität - Vision

- ein integriertes ökologisches Transportwesen, demokratisch reguliert und geplant und dem Gemeinwohl dienend
- Verkehrsfrage als Frage sozial-ökologischer Gerechtigkeit

Flugverkehr

- Als Problem im Diskurs verankern
- elitär, besonders klimaschädlich, reproduziert globale Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen
- Lüge des grünen Fliegens (◊ Offsetting + Agrartreibstoffe)
-
- Während Anti-Kohle-Kämpfe weitergeführt werden, im Hintergrund nächstes Thema schon vorbereiten
- Fokus auf Energieverbrauch (statt Produktion), nah am Alltag der Menschen, aber nicht Schuldzuweisung, sondern politische Lösung
- Dezentrale Kapazitäten für Aktionen vor Ort stärken ◊ symbolische Aktionen an Flughäfen zu Klimagerechtigkeit und Mobilität

Konkrete Aktionsideen:

- Aktions-Strategiekonferenz zu Verkehrs- und Mobilitätswende von Unten ◊ Vernetzung stärken, auch mit verwandten Bewegungen
- Mit Aktionen an Aufstand 2020 („turning the tide“) beteiligen
- Utopie ausarbeiten um alternative Diskurse zu stärken

Automobilität

Ziel:

- aktionistisch und antagonistisch mit motorisiertem Individualverkehr und dahinterstehender Industrie auseinandersetzen
- Kritik an Automobilität mit Kritik an Kapitalismus und Herrschaftssystem verknüpfen
- Druck im Bereich Kohle aufrechterhalten bis Kohleausstieg vollzogen

Ansatz:

1. Delegitimieren: „Automafia“, Automobilität tief kulturell verankert. AdBusting, Alltagsgespräche, IAA Frankfurt, zentrale Massenaktionen
2. Blockieren/Stören: von Produktion und Infrastruktur ◊ z.B. Zufahrten
3. Umweltgerechtigkeit in Städten/Alternativen stärken: Stärkung Öffis, Flächenbahn

Streitpunkt Strukturwandel:

- Konflikt Arbeitsplätze vs. Klimagerechtigkeit
 - ◊ Arbeitszeitverkürzung + Konversion (Produktion umstellen)
 - ◊ Nicht möglich Klima und Jobs gleichzeitig zu retten ◊ Priorität Klima, keine öffentlichen Gelder mehr für Automobilbranche (für „Schlecker-Frauen“ und Solarpanelhersteller*innen gab es auch keine Entschädigungen bei Schließung)

Landwirtschaft/Tierproduktion

- Generell: wichtig radikale Kritik am kapitalistischen Produktionssystem zu üben (Ausbeutung von Mensch, Tier, Natur gleiche Ursache)
- Hälfte globaler Treibhausgasemissionen aus Essens-Produktion ◇ dominiert von wenigen großen Konzernen ◇ Ziel Legitimität der Agrarindustrie brechen
- Aktion als Mittel praktischer Bündnisarbeit
 - Forderung: solidarische, ausbeutungsfreie Produktionsweise
 - Eigentumsfrage muss gestellt werden: wer entscheidet wie, was, unter welchen Bedingungen produziert wird
- Aktion: Sommer 2019 Massenaktion zivilen Ungehorsams bei YARA (Hersteller von chemischem Dünger) in Brunsbüttel

Wärme Gewinnung/Faires Wohnen

Visuelle Zusammenfassung hier nochmal verschriftlicht

Allgemein

- Die inhaltlichen Schwerpunkte / Themen der Strategiepapiere sind vielfältig.
- Kapitalismus wird als übergeordnete Machtstruktur kritisiert und angegriffen.
- Strukturell muss auf Intersektionalität geachtet werden.
- Es sollen Massenaktionen aber auch dezentrale Kleingruppenaktionen, sowie Widerstand im Alltag stattfinden
- Für eine gute Bündnisarbeit braucht es weitere Treffen, Camps, Deligierten-Strukturen und eine dezentrale Organisation
- Es gibt bereits viele konkrete Ideen für 2020 – 2050.

Mobilität ist ein wichtiges Thema:

- Einbettung in die Klimagerechtigkeitsbewegung
- Flugverkehr thematisieren und kritisieren
- Energieverbrauch ist etwas alltägliches
- es können symbolische Aktionen an Flughäfen stattfinden
- Konferenz organisieren
- europaweite Kampagne starten
- Utopien ausbauen

Auto

- delegitimieren durch z.B. Adbusting oder Aktionen bei Auto-Messen
- blockieren und stören
- Alternativen stärken



Landwirtschaft und Tierproduktion

- für Klimawandel mit verantwortlich
- radikale Kritik – Antikapitalismus → solidarische Antworten finden
- Massenaktion 2019 geplant – Bündnisse schmieden

Kohle

- weiter bearbeiten, aber auch neue Themen berücksichtigen
- Druck auf Kohlekommission ausüben und entsprechende Antworten finden
- Strukturwandel diskutieren; die Anti-Kohle Bewegung ist eine starke
- Dorferhalt (Alle Dörfer bleiben!)
- Steinkohle als Thema stärker in den Fokus

Wärmeproduktion

- Themenfeld „Wärmeproduktion“ mitdenken

5. Ergänzungen durch Gruppen / teilweise Vorstellung von Gruppen und Kommentierung der Zusammenfassung der Papiere

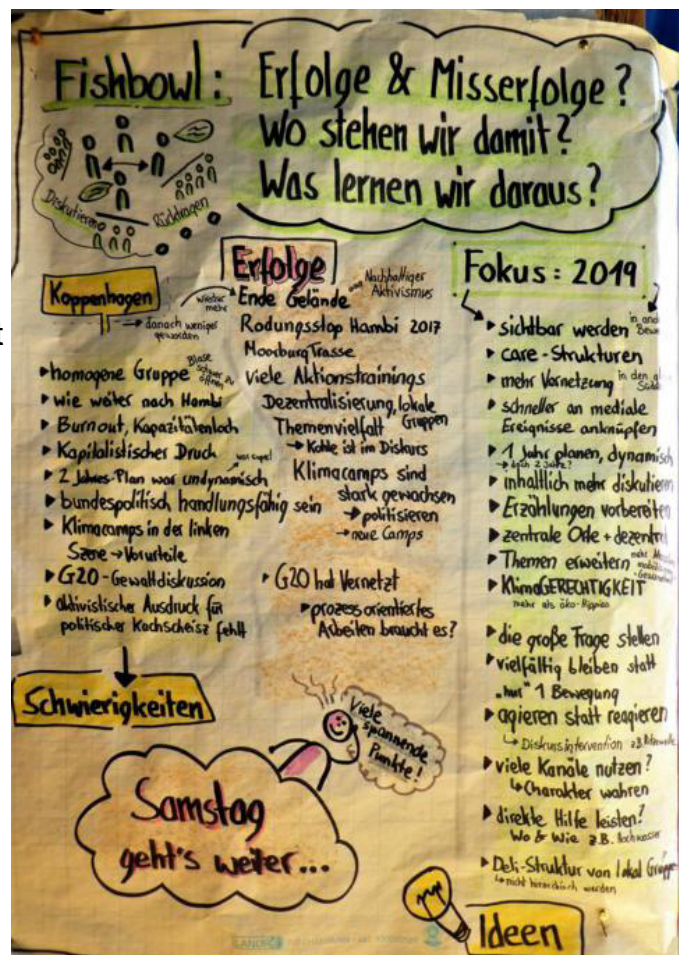
6. Kleingruppenarbeit zur Fragestellung:

- Was waren Erfolge und Misserfolge der Klimagerechtigkeitsbewegung?
- Wo stehen wir damit?
- Was lernen wir daraus für die Klimagerechtigkeitsbewegung 2019?

7. Zusammentragung der ersten AG Phase in Form einer Fishbowl-Diskussion

Schwierigkeiten:

- Weniger aktive Menschen nach Kopenhagen
- Die Bewegung ist weitestgehend (aber nicht nur!) eine homogene Gruppe, lebt in einer Blase, schwer zu öffnen
- Burnouts und Kapazitätenlöcher
- Kapitalistischer Druck besteht auch hier
- 2 Jahresplan war undynamisch vs. 2 Jahresplan war super und ging auf
- es ist schwierig bundespolitisch handlungsfähig zu sein
- Die Linke Szene hat evtl. Vorurteile gegenüber „Klimacamps“
- G20 Gewaltdiskussion
- es fehlt ein Aktivistischer Ausdruck zum politischem Kackscheiß



Erfolge:

- Endegelände
- Rücksicht auf Nachhaltigen Aktivismus
- Rodungsstop Hambi 2017
- 1. Verhinderung der Moorbург Trasse
- Vielzahl an Aktionstrainings
- Dezentralisierung und Entstehung von zahlreichen lokalen Gruppen
- Themenvielfalt
- Kohle in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs gebracht
- Klimacamps sind stark gewachsen und dienen der Politisierung von neuen Aktivistis
- Es gibt neue Klimacamps (z.B. Pödelwitz)
- G20 hat Vernetzung geschaffen
- Prozessorientiertes Arbeiten

Fokussierung und Ideen für 2019

- sichtbar werden in anderen Bewegungen
- care Strukturen entwickeln
- mehr Vernetzung in den Globalen Süden
- schneller an mediale Ereignisse anknüpfen – Diskursintervention schaffen
- aber auch agieren statt reagieren
- direkte Hilfe leisten (z.B. bei Hochwasser) – Wo und wie?
- viele (mediale) Kanäle nutzen, dabei aber den Charakter bewahren
- 1-Jahresplan um dynamisch zu bleiben
- mehr Raum für inhaltliche Diskussionen
- Erzählungen vorbereiten (Geschichtsschreibung z.B. beim Kohleausstieg)
- Fokus auf zentrale Orte aber auch dezentral
- Themen erweitern, um weitere Menschen zu Mobilisieren (z.B. das Thema Gesundheit mit aufgreifen)
- KlimaGERECHTIGKEIT – mehr als Ökohippies
- man müsse die große Frage stellen
- vielfältig bleiben statt „nur“ eine Bewegung zu werden
- Deli-Struktur von lokalen Gruppen, dabei aber nicht hierarchisch werden.



----- SAMSTAG -----

8. Kleingruppenarbeit zur Fragestellung: „Politische Großwetterlage“:

- Was bereitet mir Sorgen
- Was gibt mir Kraft?
- Wo sehe ich Anknüpfungspunkte für die KGB?

Blitzlicht zusammengetragen der Ergebnisse:

Sorgen:

- Rechtsruck beantworten mit Klimathemen
- Multikrise → Antworten finden
- Militarisierung
- Polizeigesetze (Es braucht Strukturen zum Auffangen)
- Klimascheinlösungen (z.B. Emissionshandel, Geo-Engineering)
- Komplexität (→ Schafft Unsicherheit)

Kraft:

- Reake Alternativen aufbauen
- Diskurs verschieben
- Seebrücke als Politisierung / Grenzpolitik
- Kapitalismuskritik
- offen
- starke feministische Bewegung

Anknüpfungspunkte:

- Mittelstand macht Syntombekämpfung
- Nicht dogmatisch sein
- Wetter als Praktische Erfahrung des Klimawandels
- 1,5°C Ziel – hingucken?



Weitere schriftliche Ergebnisse aus den Kleingruppen, die der Moderation eingereicht wurden:

AG 1

- Klimawandel Ursache von vielen Krisen → Flucht + Katastrophen
- Rechtsruck in vielen Ländern → reaktionäre Politik in Bereichen Migration, Umwelt und Soziales
- Widerstand in Ländern wächst ebenfalls
- Mittelstand → engagiert aber nur an Syntombekämpfung interessiert bzw. Angst vor politischer Arbeit
- Seebrücke als Hoffnungsträger, Politisierung von Menschen → progressiven Teil der Gesellschaft ansprechen
- Zusammen beim Rechtsruck / Ratlosigkeit
- Erfolg der Klimagerechtigkeitsbewegung: Kohleausstieg in der Realpolitik

- verschlossene Bereiche: „Wohlfühlbereiche (Südtirol, Münster)
- „auf der Kippe stehen“; anderes Leben außerhalb des Kapitalismus?
- Angriffe auf Widerstände gegen den Kapitalismus (Rojaca, Hambi)
- Bewusstseins-schärfung für die Dringlichkeit des Kampfes für Klimagerechtigkeit für einen anderen Lebensstil für ein anderes Wirtschaftssystem
- Krisen eskalation
 - Usa: Wirtschaftssystem noch weiter liberalisiert
 - Europa: Sozialliberale Errungenschaften zurückgenommen
- Utopie oder Dystopie?
 - Kapitalismus vor dem Zusammenbruch?
 - Menschen überzeugen von der Transition, andere Lebensweisen
 - gemeinsam neue Gesellschaft formen?
- Denkweisen in der Tiefe verändern
- individuelle vs. Strukturelle Ansätze
 - strukturen angreifen (Radikalismus, Stadtstruktur verändern)
 - Gewalt

AG2:

Kapitalismus:

- Politik scheinheilig
- Bewegung macht hoffnung
- aktiviert Menschen
- Themenerweiterung
- liberal + freedom right under attack
- Energiebewusstsein → fundamental

Globalisierte Welt

- Zunahme Kriege
- tendenz zu autoritären Herrschaft
- immer mehr Menschen ausgeschlossen
- Klima / Öko-Krise: Es wird immer schlimmer

Deutschland:

- Rechts-Autoritärer Ruck?
- Geheimdienste mächtiger
- AfD bei 15%?

Katastrophen in den Medien

- rüttelt wach → anknüpfen?
- Braucht Perspektive + lokale verankerte Gruppen
- → Mangel an Alternativen Gesamtgesellschaft

Auf leugnet Klimawandel

aber es gibt rechte Argumente von Natur / Degrowth

Ungleichheit bei uns thematisieren

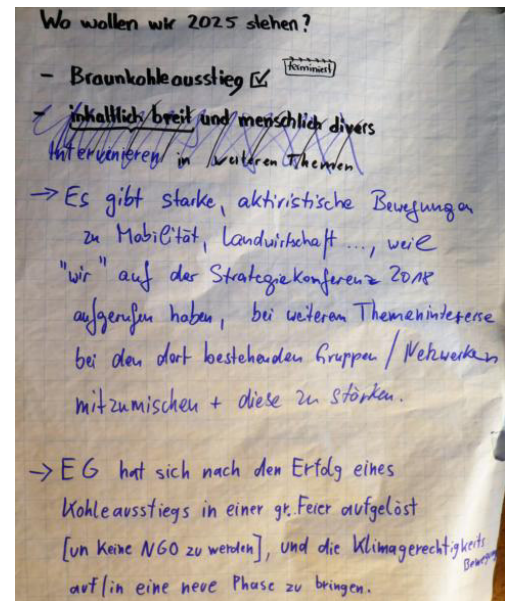
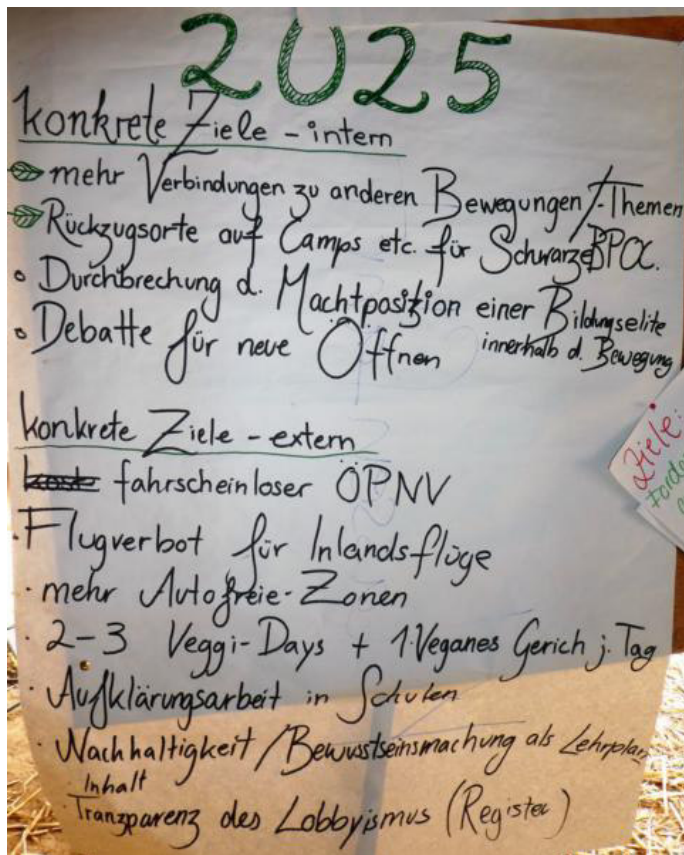
→ auch bei uns: ungleicher Beitrag zum Klimawandel, ungleich betroffen werden statistisch gleich gemacht Rechte entgegen, klimarechnen strimabklemmung



9. Kleingruppenarbeit zur Fragestellung: Wo wollen wir 2025 als Klimagerechtigkeitsbewegung stehen? Wie kommen wir dahin?

AG1:

- der Braunkohleausstieg ist terminiert
- Es gibt starke, aktivistische Bewegungen zu Mobilität, Landwirtschaft, weil „wir“ auf der Strategiekonferenz 2018 aufgerufen haben, bei weiteren Themeninteresse bei den dort bestehenden Gruppen / Netzwerken mitzumischen + diese zu stärken
- EG hat sich nach Erfolg eines Kohleausstiegs in einer großen Feier aufgelöst (um keine NGO zu werden) und die Klimagerechtigkeitsbewegung auf / in eine neue Phase zu bringen.



AG2:

Konkrete Ziele – intern:

- mehr Verbindung zu anderen Bewegungen / Themen
- Rückzugsort auf Camps etc. für Schwarze und POC (People of Colour)
- Durchbrechen der Machtposition einer Bildungselite innerhalb der Bewegung
- Debatte für Neue öffnen

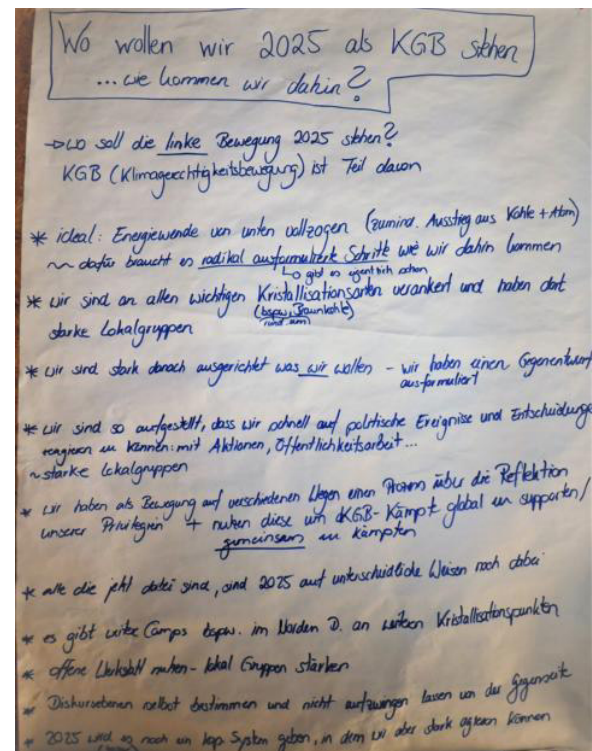
konkrete Ziele – extern:

- fahrscheinloser ÖPNV
- Flugverbot für Innlandsflüge
- mehr Autofreie-Zonen
- 2-3 Veggi Days + 1 Veganes Gericht jeden Tag
- Aufklärungsarbeit in Schulen
- Nachhaltigkeit / Bewusstseinsmachung als Lehrplan Inhalt
- Transparenz des Lobbyismus (Register)

AG3:

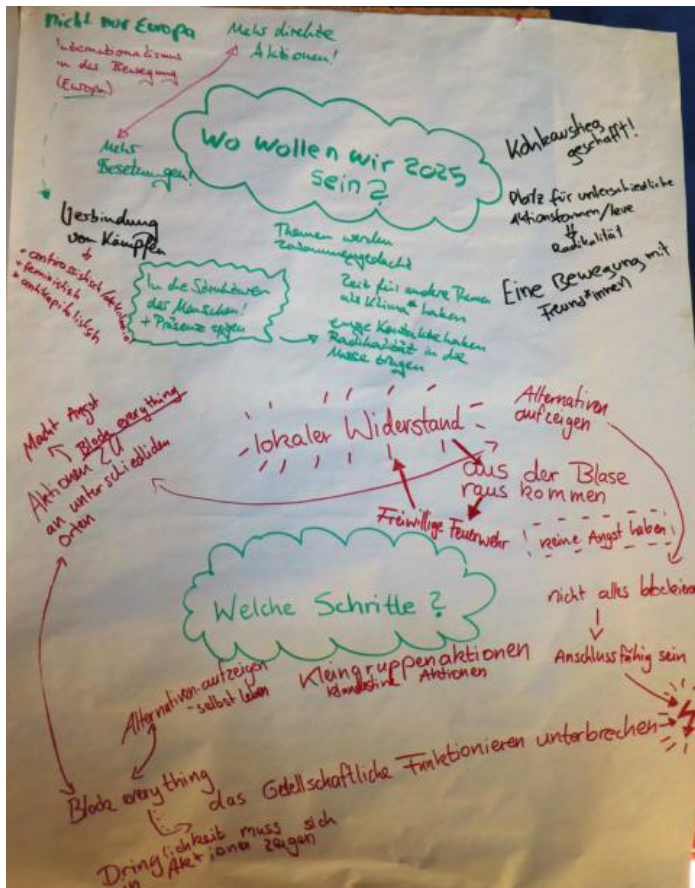
- Wo soll die Linke Bewegung 2025 stehen?
- KGB (Klimagerechtigkeitsbewegung) ist Teil davon
- ideal: Energiewende ist von unten vollzogen, (zumindest Ausstieg aus Atom und Kohle) → dafür braucht es radikale ausformulierte Schritte wie wir dahin kommen (gibt es eigentlich schon)
- wir sind an allen Kristalisationsarten verankert und haben dort starke Lokalgruppen
- wir sind stark danach ausgerichtet was wir wollen – wir haben einen Gegenentwurf ausformuliert.

- Wir sind so aufgestellt, dass wir schnell auf politische Ereignisse und Entscheidungen reagieren können: mit Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, ... → starke Lokalgruppen
- Wir haben als Bewegung über verschiedene Wege einen Prozess über die Reflektion unserer Privilegien und nutzen diese um KGB Kämpfe global zu supporten / gemeinsam zu kämpfen.
- Alle die jetzt dabei sind, sind 2025 auf unterschiedlichen Weisen noch dabei.
- Es gibt weitere Camps beispielsweise im Norden Deutschlands an weiteren Kristallisationspunkten
- offene Werkstatt nutzen – lokale Gruppen stärken
- Diskursebene selbstbestimmt und nicht aufzwingen lassen von der Gegenwart.
- 2025 wird es (leider) noch ein kapitalistisches System geben, in dem wir aber stark agieren können.



AG4:

- Mehr direkte Aktionen ← → mehr Besetzungen
- nicht nur Europa / internationalismus in der Bewegung
- Verbindungen von Kämpfen sind etabliert (antirassistische, dekoloniale, feministische, antikapitalistische)
- Kohleausstieg geschafft
- Platz für unterschiedliche / neue Aktionsformen → Radikalität
- Aktionen zu / an Unterschiedlichen Orten / Block Everything (Macht Angst)
- Eine Bewegung mit Freund*innen
- In die Strukturen der Menschen Präsenz zeigen
- „Enge Kontakte haben – Radikalität in die Masse tragen“
- Zeit für andere Themen als Klima* haben, → Themen werden zusammengedacht.

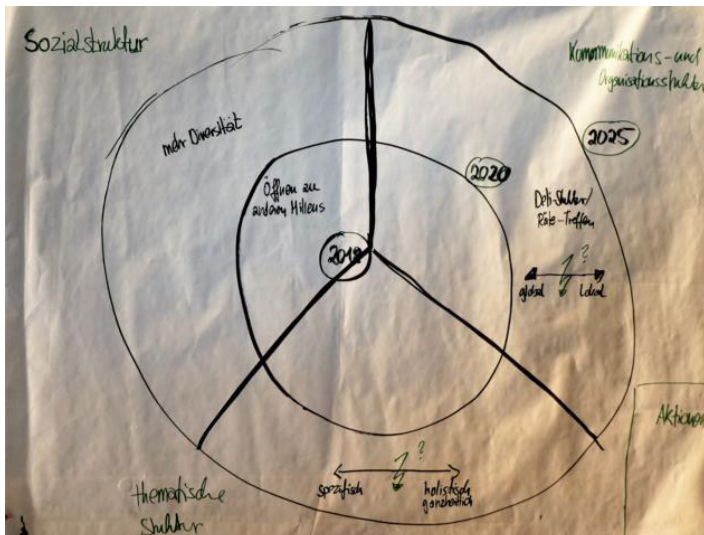
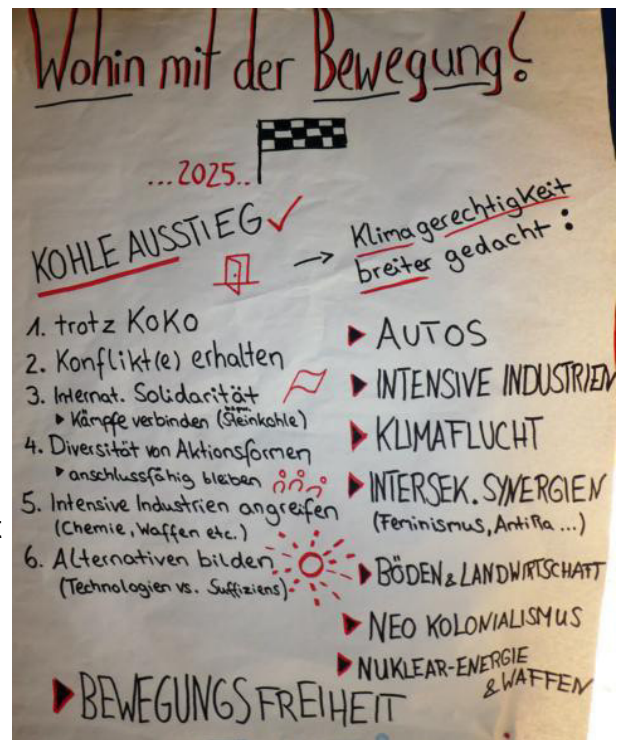


- Lokaler Widerstand → aus der Blase kommen / Freiwillige Feuerwehr
- keine Angst haben
- Alternativen aufzeigen, selbst Leben
- nicht alles blockieren, Anschlussfähig sein
- Das gesellschaftliche Funktionieren unterbrechen
- Dringlichkeit muss sich in Aktionen zeigen

AG5:

Wohin mit der Bewegung?

- Kohleausstieg
- trotz Koko
- Konflikte (er)halten
- Internationale Solidarität: Kämpfe verbinden (Steinkohle)
- Diversität von Aktionsformen (anschlussfähig bleiben)
- Intensive Industrie angreifen (Chemie, Waffen etc.)
- Alternativen bilden (Technologie vs. Suffizienz)
- Klimagerechtigkeit breiter gedacht: Autos, Intensive Industrie, Klimaflucht, Intersektionalität Synergien (Feminismus, Antira), Böden und Landwirtschaft, Neo Kolonialismus, Nuklear Energie und Waffen,
- BEWEGUNGSFREIHEIT



AG6:

Sozialstruktur: Öffnung zu anderen Milieus, mehr Diversität
Kommunikations und

Organisationsstruktur: Deli-Struktur, Räte-Treffen; Zwischen global – lokal?

Thematische Struktur: Zwischen spezifisch und holistisch / ganzheitlich

AG7:

2025: Was wir erreicht haben

- Aus der Kohlekommission ausgestiegen
- Gesellschaftliche Mehrheiten zu: Energiewende, Verkehrswende, Landwirtschaftswende → konkrete Pläne dazu entwickelt: Sozialökologische Transformation
- Breitere gesellschaftliche Verankerung: Raus aus der Ökoniesche, hin zu den: Beschäftigten, Umsiedler*innen, Dörfern, Produktionsstätten
- Kapitalismuskritik ist breit getragen: Systemchange statt Green Economy

Wie wir dahingekommen sind?

Organisierung:

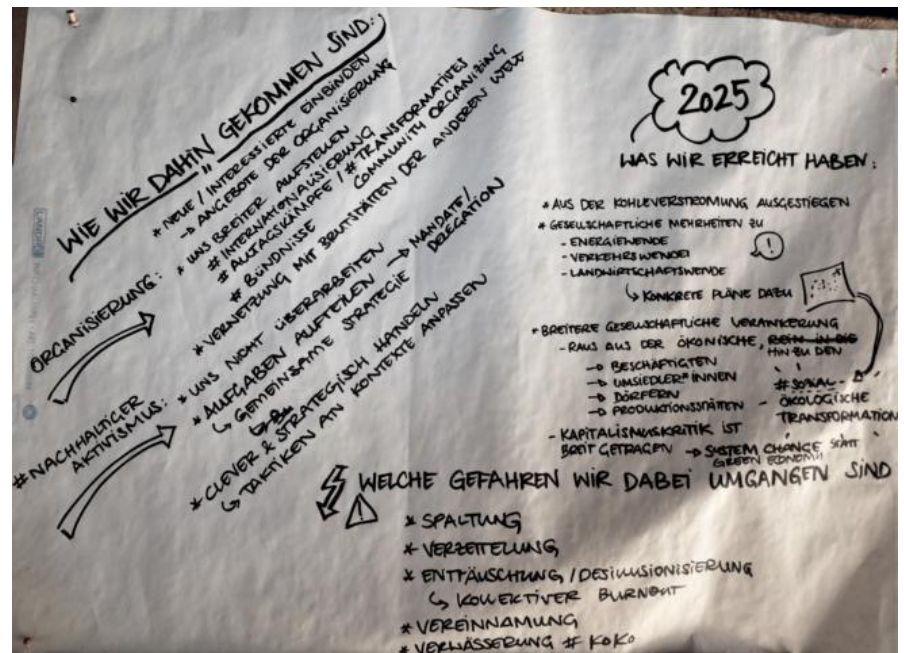
- Neue / Interessierte einbinden → Angebote der Organisierung
- Uns breiter ausstellen: #internationalisierung, #Alltagskämpfe, #Transformatives Community Organizing, #Bündnisse
- Vernetzung der Brutstätten der anderen Welt

Nachhaltiger Aktivismus:

- uns nicht überarbeiten
- Aufgaben aufteilen → Mandate/Delegierte → Gemeinsame Strategie
- Clever & Strategisch Handeln: Taktiken an Kontexte Anpassen

Welche Gefahren wir dabei umgangen:

- Spaltung
- Verzettelung
- Enttäuschung / Desillusionierung → Kollektives Burnout
- Vereinnamung
- Verwässerung #Koko



By 2025...

- ... connected struggles with other justice movements
- ... united climate justice movement in spite of different focuses
- ... strengthen local struggles
- ... climate justice as a central topic in society's debates
- ... more education in climate justice
- ... no lignite mining in G. and no black coal burning
- ... smooth shift of focus from coal to other topics

AG8: By 2025

- connecting struggles with other justice movements
- united climate justice movement in spite of different focuses
- strengthen local struggles
- climate justice as a central topic in society debate
- more education in climate justice
- no lignite mining in Germany and no black coal burning
- smooth shift of focus from coal to other topic

AG 9

- Wasserstoffwirtschaft implementiert
- Mehr Menschen in der KGB – Politische Interventionen sind selbstverständlich
- Unsere Forderungen sind anschlussfähig und daher breit getragen
- Bewegungen sind vernetzt (CoMo): Auto, Ernährung, Land, Tier, ...
- Kohleverstromung ist erledigt <3
- Bewusstsein über Mobilitätsthemen ist groß
- Die 20 ältesten KKW sind vom Netz
- Es wird ernsthaft über System Change gesprochen
- Es gibt schon Autofreie Städte oder Stadtteile zugunsten von ÖPNV
- Platz für Mensch + Natur (Wien, Berlin, Kopenhagen)
- selbstorganisierte freie Schulen → Bildung für alle

Wasserstoffwirtschaft implementiert

→ Mehr Menschen in der KGB, politische Interventionen sind selbstverständlich

Unsere Forderungen sind anschlussfähig und daher breit getragen

• Kohleverstromung ist erledigt <3

• Bewusstsein über Mobilitätsthemen ist groß

• Die 20 ältesten KKW sind vom Netz

Es wird ernsthaft über System Change gesprochen

Es gibt schon Autofreie Städte oder Stadtteile zugunsten von ÖPNV

• Platz für Mensch + Natur (Wien, Berlin, Kopenhagen)

• selbstorganisierte freie Schulen → Bildung für alle

- Austausch mit Menschen, die ihre Arbeitsstrukturen verändern wollen.
- Flug ist für geschäftsreisen gestrichen
- Vorbilder, Leben in Einklang mit der Natur
- gutes ÖPNV Netz, kostengünstig bis kostenfrei (mind. 1 Stadt)
- 30 Stunden Woche
- anderes Schulsystem ohne Leistungsdruck
- „anderes“, gutes Ernährungsbewusstsein (gesamtgesellschaftlich)
- Ziviler Ungehorsam ist anerkannte Methode
- strukturelle Zwänge / Abhängigkeiten immer mitdenken und Lösungen finden
- Nachhaltiger Aktivismus
- Konsum von tierischen Produkten wird stark gesenkt sein.

AG 10: 2025

- Das von 2019 an besetzte Pödelwitz wird „legal“ und Aushängeschild der Transition #ökolandbau

Wir (Bewegung):

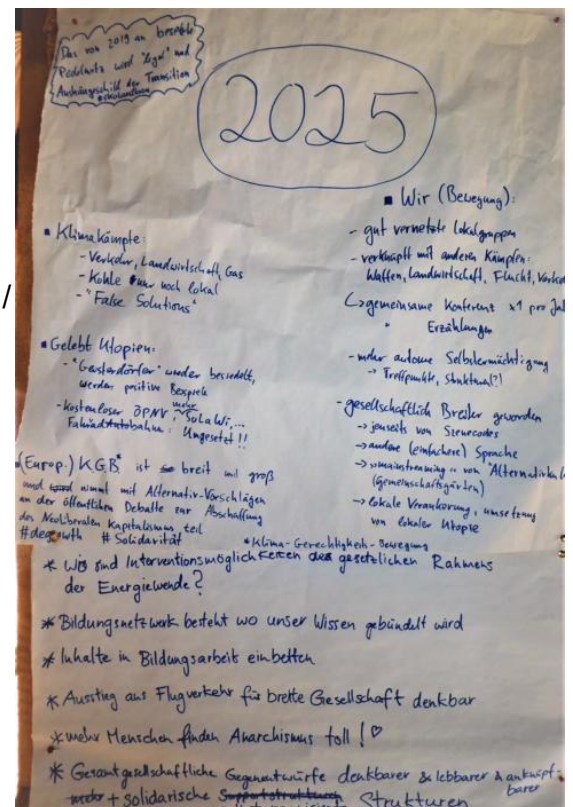
- gut vernetzte Lokalgruppen
- verknüpft mit anderen Kämpfen: Waffen, Landwirtschaft, Flucht, Verkehr → gemeinsame Konferenz 1x im Jahr / gemeinsame Erzählungen / Story-telling
- mehr autonome Selbstermächtigung
 - Treffpunkte, Strukturen?
- Gesellschaftlich breiter geworden
 - jenseits von Szene Codes
 - andere (einfache) Sprache
 - „Mainstreaming“ von Alternativen
 - Gemeinschaftsgärten
 - lokale Verankerung
 - Umsetzung von lokaler Utopie

Klimakämpfe:

- Verkehr, Landwirtschaft, Gas
- Kohle nur noch lokal
- „False Solutions“

Gelebte Utopien:

- „Geisterdörfer“ werden besiedelt, werden positive Beispiele
- kostenloser ÖPNV, mehr SoLaWi, ...
- Fahrradbahnnenn: Umgesetzt!!
- Europäische KGB (Klimagerechtigkeitsbewegung) ist breit und groß und nimmt mit Alternativ-Vorschlägen an der öffentlichen Debatte zur Abschaffung des Neoliberalen Kapitalismus teil.
- #degrowth #Solidarität
- Wo sind Interventionsmöglichkeiten des gesetzlichen Rahmens der Energiewende?
- Bildungsnetzwerk besteht wo unser Wissen gebündelt ist wird
- Inhalte in Bildungsarbeit einbetten
- Ausstieg aus Flugverkehr für breite Gesellschaft denkbar
- mehr Menschen finden Anarchismus toll! <3
- Gesamtgesellschaftliche Gegenentwürfe denkbarer und lebbarer + solidarische selbstorganisierte Strukturen



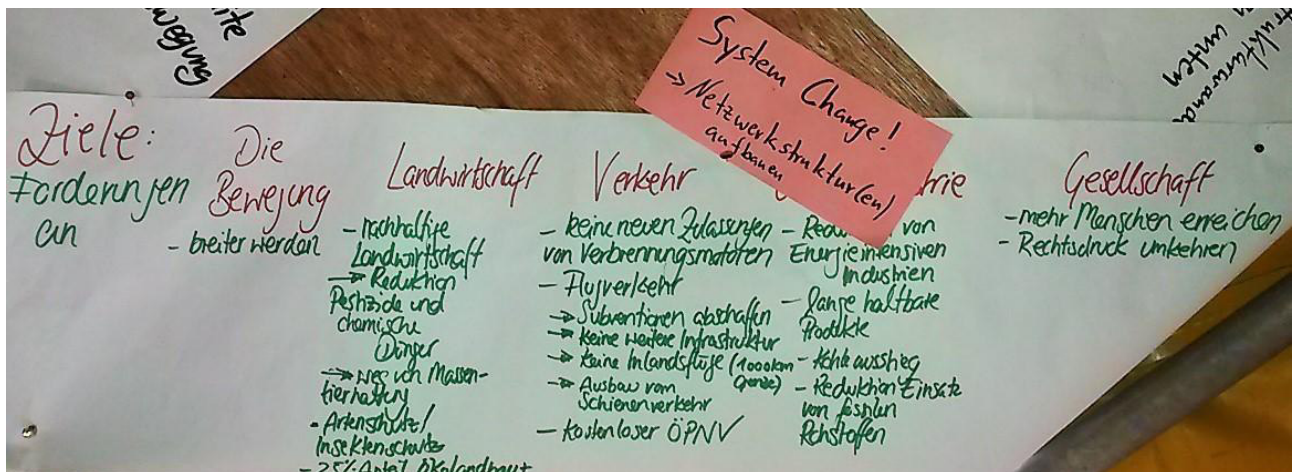
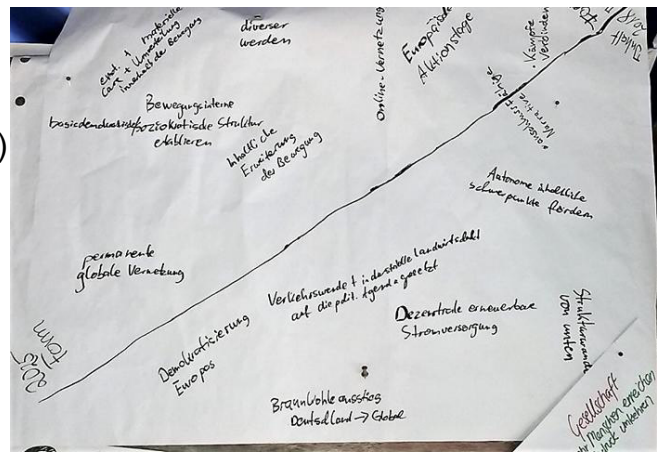
AG 11: Inhalt 2018

- autonome inhaltliche Schwerpunkte fördern
- Dezentrale erneuerbare Stromversorgung
- Braunkohleausstieg (Deutschland → Global)
- Verkehrswende + industrielle Landwirtschaft auf die politische Agenda gesetzt
- Demokratisierung Europas

← Anschlussfähige Narrative →

From 2025:

- Kämpfe verbinden
- Europäische Aktionstage
- Online Vernetzung
- diverser werden
- inhaltliche Erweiterung der Bewegung
- emot. + materielle Care + Umverteilung innerhalb der Bewegung
- Bewegungsinterne basisdemokratische / soziokratische Struktur etabliert
- permanente Globale Vernetzung



AG 12: Ziele / Forderungen an:

Landwirtschaft: • nachhaltige Landwirtschaft → Reduzierung Pestizide und chemische Dünger → weg von Massentierhaltung • Artenschutz / Insektenschutz • 25% Anteil Ökolandbau	Verkehr • Keine neuen Zulassungen von Verbrennungsmotoren • Flugverkehr • Subventionen abschaffen • keine weitere Infrastruktur • keine Inlandsflüge (1000km Grenze) • Ausbau von Schienenverkehr • kostenloser ÖPNV
Die Bewegung • breiter werden Gesellschaft • Mehr Menschen erreichen • Rechtsruck umkehren	Industrie (?) • Reduzierung von energieintensiven I. • Lange haltbare Produkt • Kohleausstieg • Reduzierung Einsatz von fossilen Rohstoffen

System Change! Netzwerkstruktur(en) aufbauen!

Die Frage die hier im Raum stand war: was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Analysen der letzten Stunden und Kleingruppen; wo seht ihr die Knackpunkte und Fragen für die weitere Planung und damit auch Schwerpunktsetzung für weitere Arbeitsgruppen?

- Persönlicher Eindruck der Protokollantin:
Generell war mein persönlicher Eindruck, dass das Nachmittagsplenum der Moment war, in dem wir bewusst diesen Aufbruch in die Vielfalt gegangen sind, und ebenso die Notwendigkeit gesehen haben, uns in einem starken Netzwerk zu organisieren, um zusammenzubleiben*

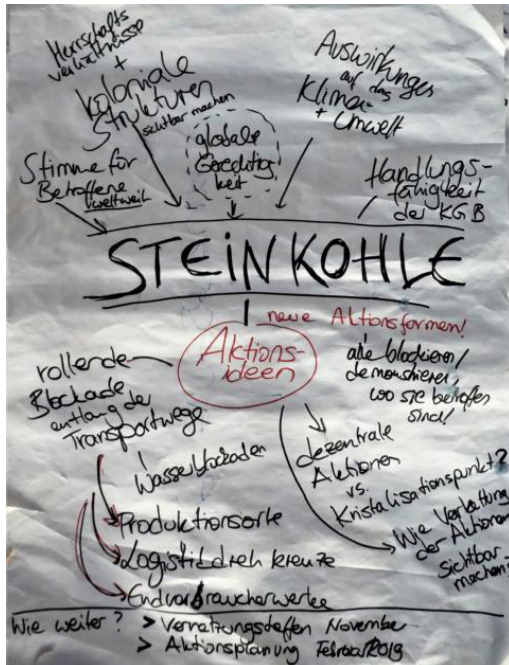
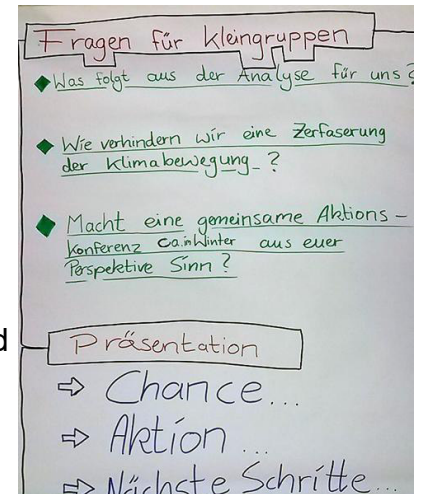


KG-Phase - Was folgt aus der Analyse für uns?

Wie verhindern wir eine Zerfaserung der Klimabewegung?

Macht eine gemeinsame Aktionskonferenz (im Winter) aus eurer Perspektive Sinn?

- Präsentiert Chancen, Aktion, nächste Schritte :)



1. AG: Steinkohle

- Herrschaftsverhältnisse und Koloniale Struktur sichtbar machen
- Stimme für Betroffene Weltweit
- Auswirkungen auf das Klima / Umwelt
- Handlungsfähigkeit der KGB
- Neue Aktionsformen / Aktionsideen:**
 - rollende Blockade entlang der Transportwege
 - Wasserblockaden
 - Produktionsorte / Logistische Kreuze / Endverbraucherwerke
 - alle blockieren / demonstrieren wo sie betroffen sind
 - dezentrale Aktionen vs. Kristallisationspunkte
 - Wie Verkettung der Aktionen sichtbar machen?

Wie weiter?

- > Vernetzungstreffen November
- > Aktionsplanungstreffen Februar 2019

2. AG

Aktionen:

- Orte als Kristallisationspunkte (Wendland)
- Umsiedlungsdorf (Aktion von Anwohner*innen getragen)
- Kirchen an Orte stratieren
- Dörfer neu adressieren
- neue Themen – weiter greifen
- Dorf hat viele Themen / Möglichkeiten

Chancen:

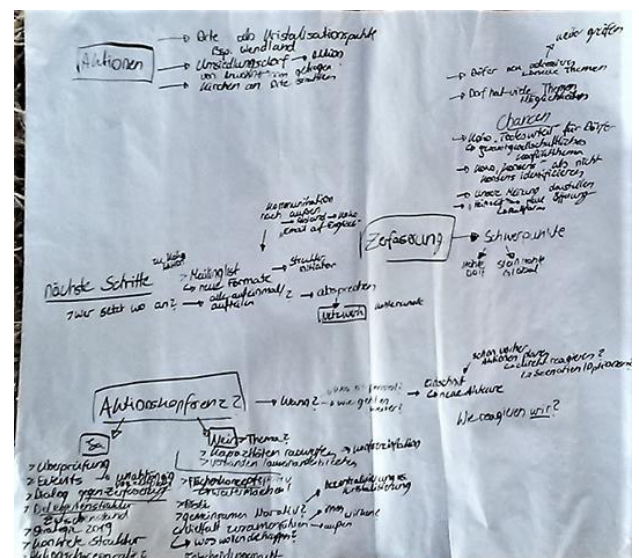
- Kohle.Kommission „Todesurteil“ für Dörfer → gesamtgesellschaftliches Konfliktthema
- KoKo „Konsens“ als nicht Konsens identifizieren
- unsere Meinung darstellen
- „Heißezeit“ neue Öffnung → Plattform

Schwerpunkte

Kohle → Dorf /// Steinkohle → Global

nächste Schritte

- wer setzt wo an? → alle auf einmal? / aufteilen? → absprechen (Netzwerk / Kohlerunde)
- Mailinglist → neue Formate → Struktur initiieren
- Kommunikation nach außen → Ausland → KoKo (Email auf Englisch)



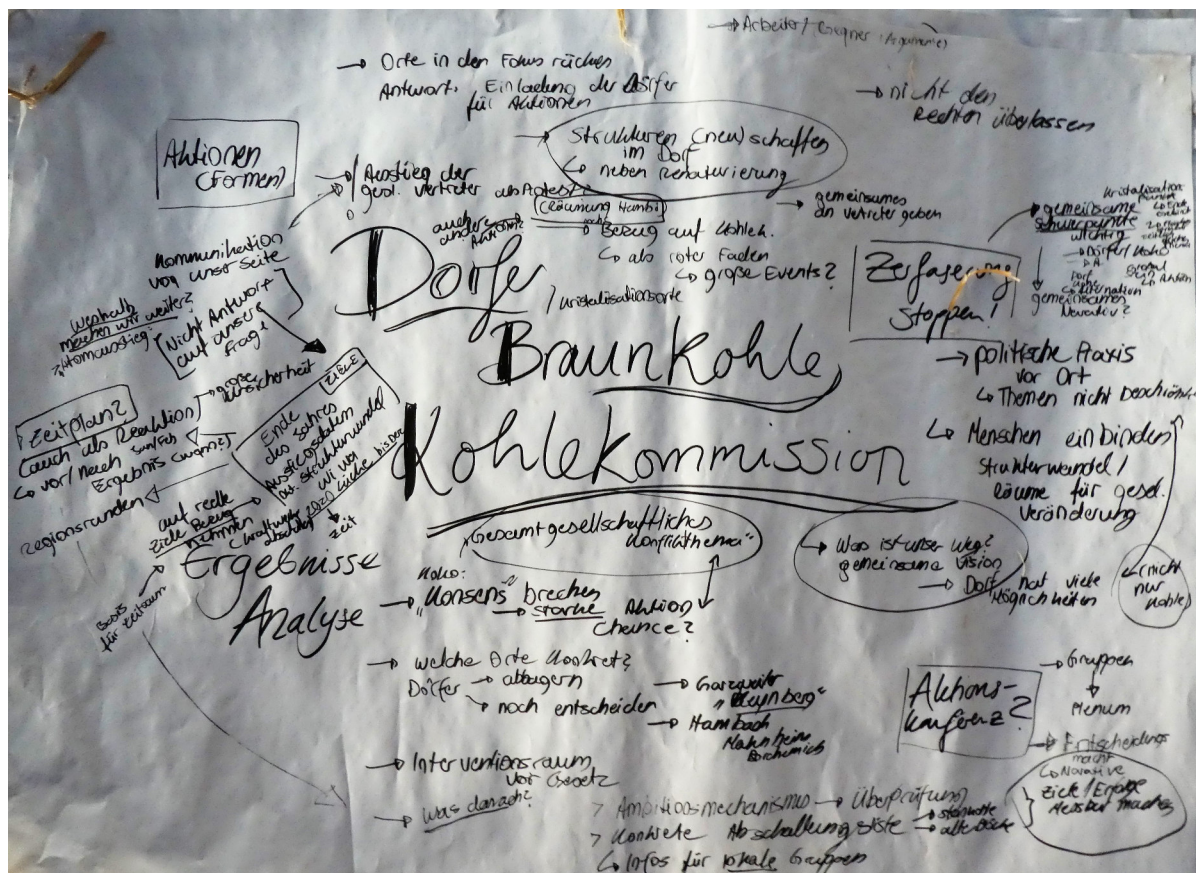
Aktionskonferenz

- Wann? Was ist passiert? Wie geht es weiter?
 - Einschnitt → neue Akteure
 - schon vorher Aktionen planen → direkt reagieren?
 - Szenarien / Optionen?
 - Wie reagieren wir?

Ja	Nein
• Überprüfung • Events → unabhängig von Zeitplan • Dialog gegen Zerfaserung • Delegiertenstruktur • Zwischenstand • Strategie 2019 • konkrete Struktur • Aktionschoreographie? • Flächenkonzept → weitermachen • gemeinsames Narrativ • Vielfalt zusammenführen (innen / außen wirken) • Was wollen die Gruppen? • Entscheidungsmacht	• Nein > Thema? • Kapazitäten rauswerfen → Konferenzinflation • versanden / auseinanderbrechen

3. AG: Dörfer Braunkohle Kohlekommission

Dieses Plakat war eine wilde Diskussion mit vielen und zahlreichen Pfeilen



Hier einige Punkte nochmal abgetippt:

Zerfaserung stoppen → Gemeinsame Schwerpunkte sind wichtig: Kristallisationspunkte, Ende Gelände, Dörfer, Kohlekommission, Alternativen, gemeinsames Narrativ

→ politische Praxis vor Ort

→ Themen nicht beschränken

→ Menschen einbinden (Nicht nur „Kohle“)

Strukturwandel

Räume für gesellschaftliche Veränderung

Was ist unser Weg? Gemeinsame Vision?

→ Dorf hat viele Möglichkeiten

Aktionskonferenz

→ Gruppen → Plenum

→ Entscheidungsmacht → Narrativ

Räumung Hambi

→ Bezug auf Kohlekraft herstellen

→ als roter Faden

→ großes Event?

#Hambi bleibt :)

Aktionsformen

- Kommunikation von unserer Seite
- Weshalb machen wir weiter?: Atomausstieg
- [Nicht Antwort auf unsere Frage]
- Zeitplan? (Auch als Reaktion) → Große Unsicherheit
 - → Vor / Nach Januar
 - Ergebnis Wann?
- Ziele: Ende des Jahres: Ausstiegsdatum Deut. Strukturwandel
- 2020 Lücke bis Dezember
- → auf rechte Ziele Bezug nehmen
- ERGEBNISSE / ANALYSE

→ Koko „Konsens“ brechen

→ starke Aktionschance ↔ Gesamtgesellschaftliche Konflikt-Themen

→ Welche Orte konkret?

Dörfer → abbagern, noch entscheiden (Grazweiler, Hambach Mahnheim, Borchemich)

→ Orte in den Fokus rücken, Einladung der Dörfer für Aktionen

→ Strukturen neu schaffen im Dorf → neben Renaturalisierung

→ Arbeiter / Gegner: argumentieren

→ nicht den Rechten überlassen

Interventionsraum vor Gesetz

Was danach?

> Ambitionsmechanismus
überprüfen

> konkrete Abschaltungsliste
(Steinkohle, alte Blöcke)

→ Infos für lokale Gruppen

→ Ziele und Erfolge
messbar machen.



4. AG Turning the Tide

Chance:

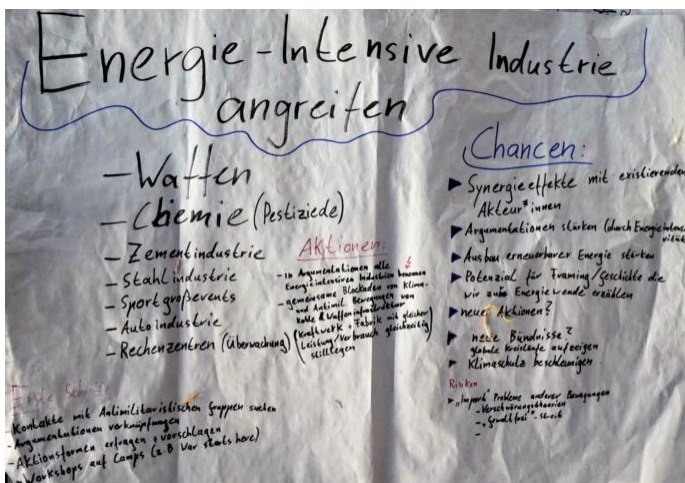
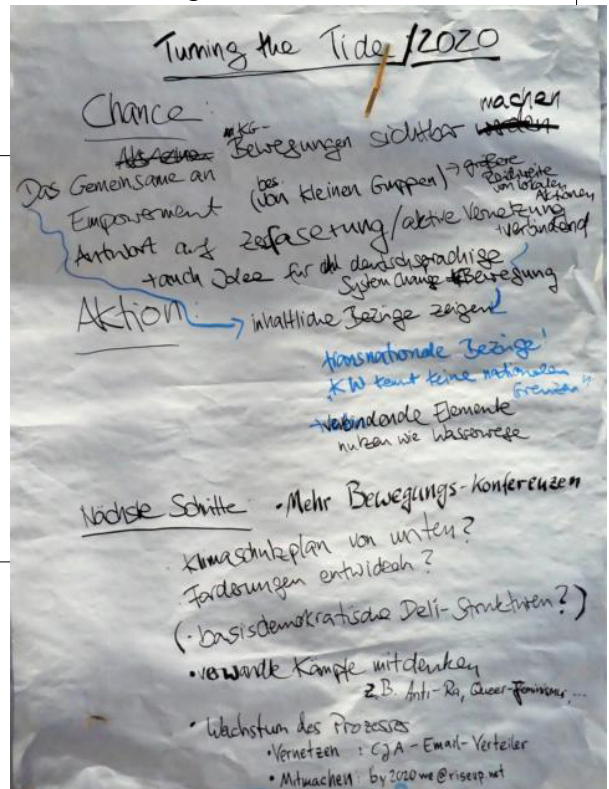
- Das Gemeinsame an der Klimagerechtigkeitsbewegung sichtbar machen,
- Empowerment (besonders von kleinen Gruppen) → größere Reichweite von lokalen Aktionen
- Antwort auf Zerfaserung / Aktive Vernetzung + verbindend
- auch Idee für eine deutschsprachige System-Chang-Bewegung

Aktion:

- Inhaltliche Bezüge zeigen
- transnationale Bezüge
- Klimawandel kennt keine nationalen Grenzen
- Verbindende Elemente nutzen wie Wasserwege

Nächste Schritte:

- Mehr Bewegungs-Konferenzen
- Klimaschutzplan von unten
- Forderungen entwickeln
- basisdemokratische Deli-Struktur
- Verwandte Kämpfe mitdenken (Anti-Ra, Queer-Feminismus)
- Wachstum des Prozesses
 - Vernetzen: CJA-Email-Verteiler
 - Mitmachen: by2020we@riseup.net



5. AG: Energie intensive Industrien angreifen

Chancen:

- Synergieeffekt mit existierenden Akteur*innen
- Argumentationen stärken (durch Energieintensivität)
- Ausbau erneuerbarer Energien stärken
- Potenzial für Framing / Geschichte, die wir zur Energiewende erzählen
- neue Aktionen?
- Neue Bündnisse?
- Globale Kreisläufe aufzeigen
- Klimaschutz beschleunigen

Risiken:

- „Import“ Probleme anderer Bewegungen
 - Verschwörungstheorien
 - „Gewaltfrei“-Streit

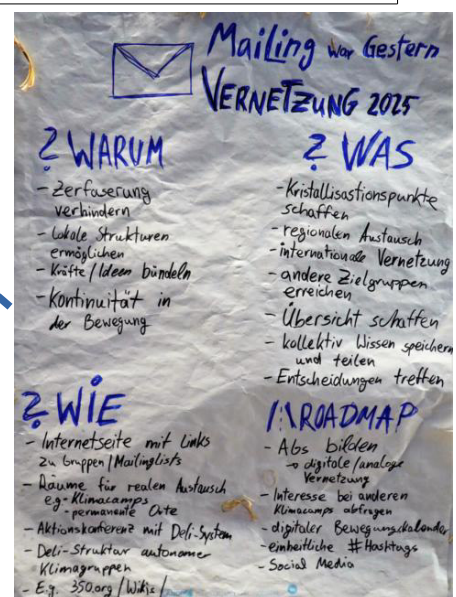
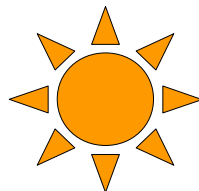
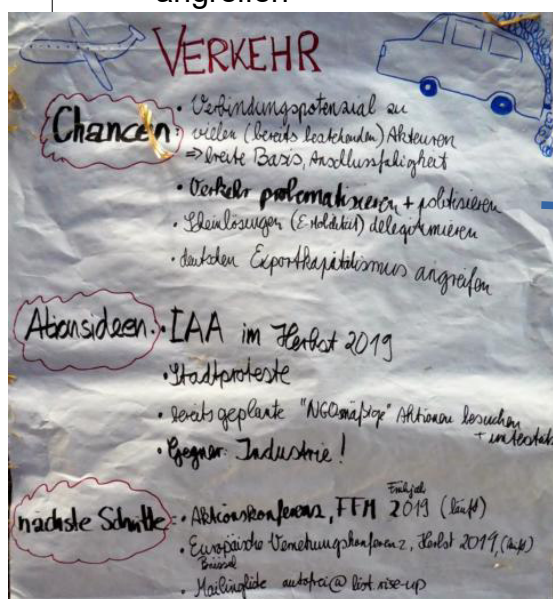
Energie intensive Industrien:

- Waffen
- Chemie (Pestizide)
- Zementindustrie
- Stahlindustrie
- Sportgroßevents
- Autoindustrie
- Rechenzentren (Überwachung)

Aktionen: • in Argumentationen alle Energieintensiven Industrien benennen • gemeinsame Blockaden von Klima und Antimilitarismus Bewegung von Kohle und Waffeninfrastruktur • Kraftwerke + Fabrik mit gleicher Leistung / Verbrauch gleichzeitig still legen	Erste Schritte: • Kontakt mit antimilitaristischen Gruppen suchen • Argumentation verknüpfen • Aktionsformen erfragen & vorschlagen • Workshops auf Camps (z.B. War starts here)
--	--

6. AG Verkehr

Chancen: • Verbindungspotenzial zu vielen (bereits bestehenden) Akteuer*innen • → Breite Basis / Anschlussfähigkeit • Verkehr problematisieren + politisieren • Scheinlösungen (E-Mobilität) delegitimieren • deutschen Exportkapitalismus angreifen	Aktionsideen: • IAA im Herbst 2019 • Stadtproteste • bereits geplante „NGO-mäßige“ Aktionen besuchen + unterstützen • Gegner: Industrie! Nächste Schritte: • Aktionskonferenz, FFM Frühjahr 2019 (läuft) • Europäische Vernetzungskonferenz, Herbst 2019 (läuft), Brüssel • Mailingliste: autofrei@lists.rise-up.net
---	---



AG: Mailing war gestern - Vernetzung 2025

Warum? • Zerfaserung verhindern • lokale Strukturen ermöglichen • Kräfte / Ideen bündeln • Kontinuität in der Bewegung	Was? • Kristallisationspunkte schaffen • regionalen Austausch • internationale Vernetzung • andere Zielgruppen erreichen • Übersicht schaffen • Kollektiv Wissen speichern und teilen • Entscheidungen treffen
--	---

Wie?

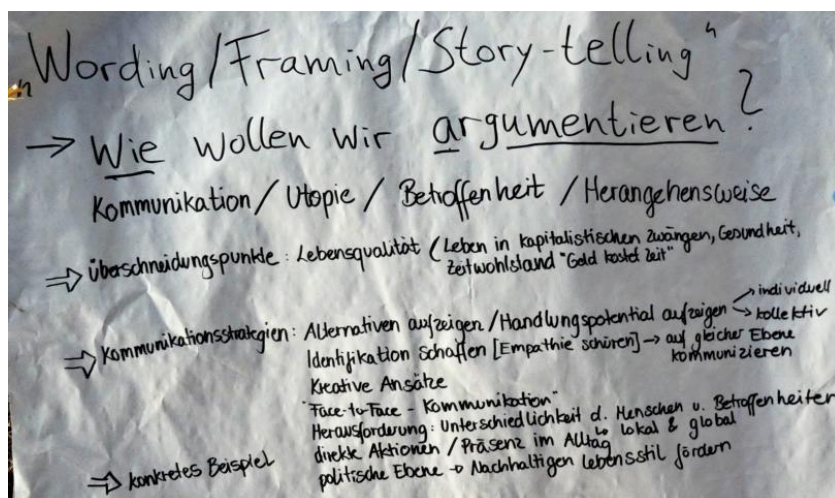
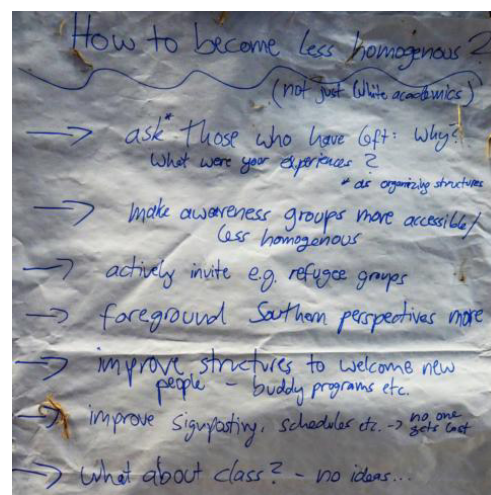
- Internetseite mit Links zu Gruppen / Mailinglisten
- Räume für realen Austausch
 - Klimacamps, premanente Orte?
- Aktionskonferenz mit Deli-Struktur
- Deli-Struktur Autonomer Klimagruppen
 - www.350.org / Wikis

Roadmap!

- AGs bilden → digitale / analoge Vernetzung
- Interesse bei anderen Klimacamps abfragen
- digitaler Bewegungskalender
- einheitliche #-Hashtags
- Social Media

How to become less homogenous?

- Ask (as organising structures) those who have left: Why? What were your experiences?
- Make awareness groups more accessible / less homogenous
- actively invite e.g. refugee groups
- foreground southern perspectives more
- improve structures to welcome new people – buddy programme etc.
- improve signposting, schedules etc. → no one gets lost
- What about class? - no ideas...



AG Wording / Framing / Story-telling:

Wie wollen wir argumentieren?

Kommunikation / Utopie / Betroffenheit / Herangehensweise

Überschnaidungspunkte: Lebensqualität (Leben in kapitalistischen Zwängen, Gesundheit, Zeitwohlstand (Gold kostet Zeit)

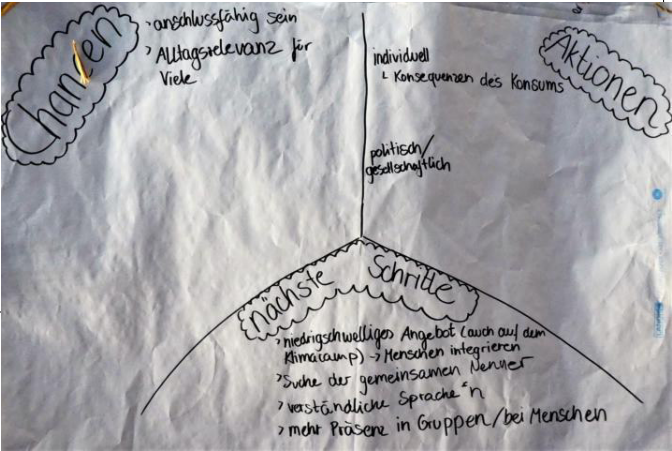
Kommunikationsstrategien:

- Alternativen / Handlungsoptionen aufzeigen(individuell, kollektiv)
- Identifikation schaffen (Empathe schüren) → auf gleicher Ebene kommunizieren
- Kreative Ansätze
- Face-to-Face-Kommunikation
- Herausforderung: Unterschiedlichkeit der Menschen und Betroffenheiten

Konkretes Beispiel:

- direkte Aktionen / Präsenz im Alltag
- politische Ebene → Nachhaltigen Lebensstil fördern

AG: Thema leider unbenannt:

Chancen: • Anschlussfähig sein • Alltagsrelevanz für viele	Aktionen: • Individuell / Konsequenzen des Konsum • politisch / gesellschaftlich
Nächste Schritte: • niedrigschwelliges Angebot (auch auf den Klimacamps) → Menschen integrieren • Suche der gemeinsamen Nenner • Verständliche Sprache*n • mehr Präsenz in Gruppen / bei Menschen	

AG Landwirtschaft

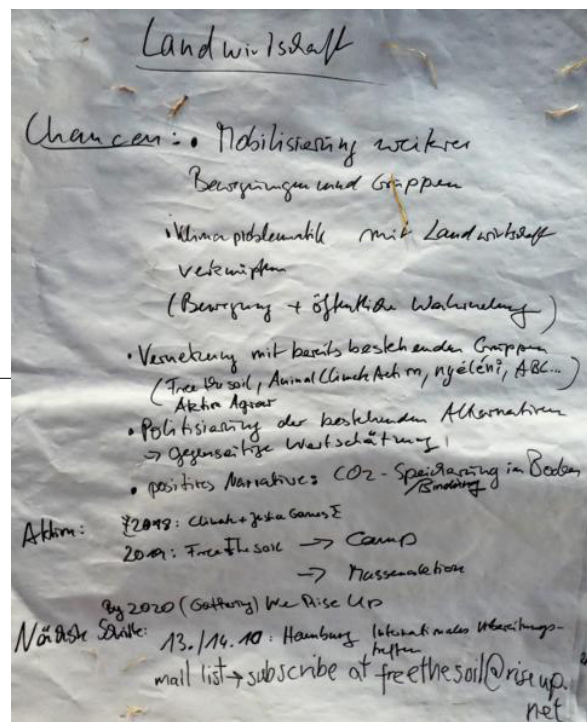
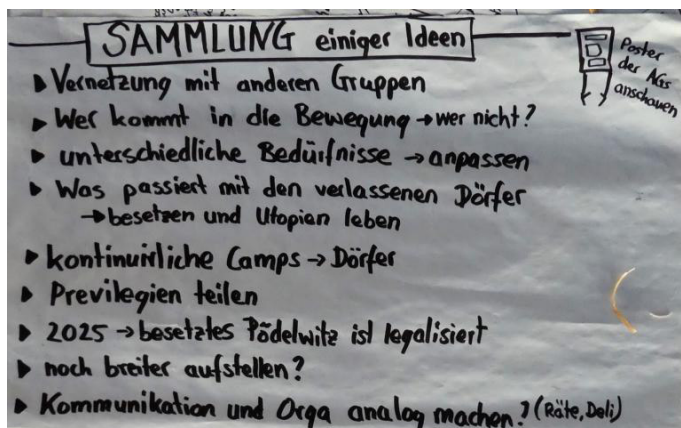
Chancen: • Mobilisierung weiterer Bewegungen und Gruppen • Klimaproblematik mit Landwirtschaft verknüpfen (in der Bewegung und der öffentlichen Wahrnehmung) • Vernetzung der bereits bestehenden Gruppen (Free the Soil, Animal Climate Activism, nyéléni, ABC, Aktion Agra, ...) • Politisierung der bestehenden Alternativen → Gegenseitige Wertschätzung • Positives Narrativ: CO2 Speicherung / Bindung im Boden	Aktionen • Activism: Climate Justice Games 2018, • 2019 Free the Soil Camp → Massenaktionen • By 2020 (Gathering) we rise up
--	---

Nächste Schritte:

13. / 14.10.2018:

Hamburg: Internationales Vorbereitungstreffen

- Maillist: freethesoil@riseup.net



**Mit vielen Ideen
schreiten wir
wütend voran!**

----- SONNTAG -----

Zeit zum Diskutieren über:

- Vielfalt der Themen
- Netzwerk aktiv
- nicht nur Kohle
- Klima-Gerechtigkeit
→ Was heißt das?
- Unsere Orga Struktur
- Ein gemeinsames Narrativ / wie beziehen wir uns aufeinander – wollen wir das
- Welche Fragen gibt es noch an die verschiedenen Bezugsgruppen



Notizen....

Fragestellung: „Dicke Bretter bohren – aber wie weiter hinter dem Brett?“

Transformation

- Verantwortung
- Akteur*innen
- Wie kommunizieren?

Gerechtigkeit und Systemwandel – Forderungen entwickeln
Klimabewegungsnetzwerk aktiver werden lassen

Deli-Struktur mit Beschlussfähigkeit
Koalitionen → Bündnisse, neue Zielgruppen
Menschlich in Kontakt kommen
Deli-Begriff vermeiden, aber Struktur nutzen

Deli	Wachsen
• Absprachen • Forderungen • Szene intern	• offen, festival • freundinnen • neue politisieren

Weitere Fragen...

- Was sind unsere Vorurteile?
- Lokale Vernetzung – was heißt das?

Mitschriften Abschlussplenum Strategiekonferenz 19.08.

In dem Plenum ging es um die weiteren Schritte anhand der Erkenntnisse die wir aus den letzten 2 Tagen gezogen haben.

Stimmen im Plenum waren:

- Mit Blick auf die Zukunft der Bewegung (auch in Zusammenhang mit der Kohlekommission) haben Menschen Angst vor Befriedung der Bewegung.
- Menschen sehen die Einschränkung unserer Handlungsfähigkeit aufgrund gesamtgesellschaftlicher Dynmaik (zumindest droht das)

- Frage wurde aufgeworfen: Wie können wir die Leerstellen füllen, dass wir nicht wissen was die Transformation ist? Welche Verantwortung hat die Klimagerechtigkeitsbewegung für die Transformation und mit wem wollen wir diese umsetzen?
 - Wir müssen unsere Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation hörbar machen – der Prozess zu 2020 macht das gerade schon für Europa; solche die auch zeitnah angegangen werden können
- Wie können wir Kommunikation über das was wir wollen verbessern und es so auch anderen Menschen außerhalb unserer Blase zugänglich machen?
 - Wollen wir dafür auch in die Freiwillige Feuerwehr (Beispiel) einsteigen um von dort aus zu kommunizieren?
- Welche Strukturen brauchen wir und wie sind die Teil einer Utopie die wir erreichen wollen, die wir aber auch jetzt schon leben wollen?
 - Delistrukturen?
 - Da gibt's auch Gegenstimmen
 - Mit anderen Akteur*innen zusammen auch Absprachen treffen
 - hier sollte die Klimagerechtigkeitsbewegung viel enger mit der Landwirtschaftsbewegung vernetzt sein
 - Sommer- und Winterkonferenz?
 - Wer ist Ausrichter*in einer solchen Konferenz (egal ob Narrativ oder Aktion oder Struktur): Klimabewegungsnetzwerk?

Verbleibe:

- Es wird eine erneute Konferenz geben: 11. - 13. Januar 2019 → ist das realistisch? Oder doch noch verschieben z.B. in den Februar – wer beteiligt sich???
- Für das Treffen wurden bereits einige TOPs gesammelt, die nicht alle behandelt werden können, aber die von der Vorbereitungsgruppe zumindest gehört wurden :)
 - Diversität
 - inhaltliche Debatten
 - Finanz AG der Bewegung
 - Koalitionsbildung gegen Rechtsruck
 - Politische Debatte
- Die Vorbereitungsgruppe wird gebeten im Vorfeld Impulsfragen rumzuschicken; außerdem sollen folgende Fragen auch bereits in den Gruppen besprochen werden:
 - Wie können wir als Gruppen/Bewegung schneller reagieren?
 - Wie können wir uns strukturell so aufstellen, dass wir auch mit einer „Dystopie“ umgehen können?
- Es soll noch breiter eingeladen werden.
- Die Vorbereitungsgruppe meldet sich nochmal vorher wenn sie support braucht; Staffeltab von jetziger Vorbereitungsgruppe wird übergeben.
- Ort ist eventuell Kassel.

Kurze Pause / Bewegungsspiel

Nächste Schritte

- Gemeinsame Aktionskonferenz?
- Charakter?
- Aktionsbezogener
- Wer? Wo? Wann?
- Vernetzungs / Netzwerk AG???

→ Strukturtreffen – Analyse unserer Strukturen

Feedback / Lessons learned

Feedback nehmen wir gern noch entgegen!

- Was waren Highlights der Konferenz?
- Wo mit seit ihr zufrieden / womit unzufrieden?
- Was hat Kraft gegeben? Was hat Kraft gekostet / was war anstrengend?
- Welche Methoden waren gut / haben sich gut angefühlt / waren produktiv?
- Welche Inhalte wollt ihr noch vertiefen?
- Was nehmt ihr für euch und eure Bezugs- / Aktionsgruppen mit?
- Welche Fragen habt ihr noch an andere Bezugs- / Aktionsgruppen?
- Könnt ihr euch vorstellen die Aktionskonferenz 2019 mit zu gestalten?
- Was wollt ihr auf der Aktionskonferenz 2019 erleben? / Was sollte dort unbedingt besprochen werden?

→ schreibt uns gern an: strategie2019@riseup.net



Diese Dokumentation endet nun noch mit der historischen Einladung zur Strategiekonferenz und dem „Call for Papers“ und dem zusammengestellten Reader aller eingereichten Strategiepapiere.

Lasst uns weiter machen und als eine starke Klimagerechtigkeits-Bewegung voranschreiten und dieses System verändern!

System Change – not Climate Change!

++++ Climate Justice NOW! +++++

Visualisiertes Prozessprotokoll



Strategiekonferenz der Klimagerechtigkeitsbewegung

Hiermit möchten wir euch bitten, euch den Termin vom 17. bis 19. August dick in eure Kalender einzutragen, und zwar als die Tage, an denen wir als Klimagerechtigkeitsbewegung zusammenkommen, um gemeinsam unsere Vorhaben für das Jahr 2019 in den Blick zu nehmen – auf dass sie groß, vielfältig, schlagkräftig und wirkungsmächtig werden und am Ende auch noch Spaß machen!

Auf einer 3-tägigen Strategiekonferenz wollen wir uns bereits im August 2018 Zeit nehmen, um zu schauen, was politisch gerade passiert, und zu überlegen, wie wir darauf nicht nur reagieren, sondern im Jahr 2019 auch gemeinsam agieren können: d.h. wie wir uns als Klimagerechtigkeitsbewegung Aufmerksamkeit erkämpfen und den notwendigen Wandel vorantreiben können.

Der Fokus der Strategiekonferenz soll eine Aktionschoreographie für Deutschland sein – nicht weil wir gern in nationalen Grenzen denken, sondern weil es für europaweite Organisation (und darüber hinaus) andere Prozesse und Netzwerke gibt. Wir werden einen Blick zurückwerfen; unsere Erfolge feiern und gleichzeitig besprechen, wo noch Verbesserung möglich ist. Wir möchten miteinander diskutieren und uns absprechen, um so zu ermöglichen, dass unsere verschiedenen Perspektiven und Interventionsformen bestmöglich zusammenwirken und sich gegenseitig stärken. Dabei werden wir uns sicher auch solidarisch streiten und Wege finden, trotz oder gerade wegen aller Unterschiedlichkeit gemeinsam zu kämpfen. Eingeladen sind alle, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen – unabhängig davon, welchen Aspekt der Klimagerechtigkeit sie dabei im Blick haben.

Merkt euch also den Termin vor; besprecht in euren Gruppen, Initiativen und Büros, was ihr euch von der Konferenz wünscht, und meldet es uns gern auch schon zurück. Derzeit besteht die Vorbereitungsgruppe aus Personen verschiedener Spektren, die sich aber noch über weitere Mitstreiter*innen freuen würden. Ihr erreicht uns unter strategie2019@riseup.net

Mit vorfreudigen Grüßen,
eure Vorbereitungsgruppe der Strategiekonferenz 2019

Aufruf für Strategiepapiere

Liebe Klimagerechtigkeitsbewegte, liebe Graswurzelorganisierte, liebe NGO-Mitarbeitende, liebe Besetzer*innen, Blockierende, Massenmobilisierende und Kleingruppenaktivist*innen, liebe Freund*innen und System-Changer,

wir haben viel zu besprechen und zu durchdenken! Um einen längeren Organisations- und Planungshorizont für unsere Aktivitäten in der Bundesrepublik im Jahr 2019 und darüber hinaus zu haben, wird vom 17.-19. August die „Strategiekonferenz der Klimagerechtigkeitsbewegung 2019“ auf dem Klimacamp im Rheinland zu Gast sein! Es geht bei der Konferenz explizit um die Klimagerechtigkeitsbewegung in ihrer ganzen

Breite, plus alte und neue Alliierte. Es sind also alle Gruppen, Prozesse, Bündnisse, NGOs und Netzwerke aufgerufen, sich zu äußern. Je mehr Ideen und Perspektiven, umso besser.

Also diskutiert und schreibt eure Überlegungen zu Strategien für 2019 und darüber hinaus auf ein oder mehreren Seiten zusammen und bringt sie in die Debatte ein.

Mögliche Themen für Strategiepapiere könnten sein:

- Welche Orte sind für kommendes Jahr strategisch relevant und warum? Sollten wir uns dabei mit einer größeren Mobilisierung auf einen Schauplatz konzentrieren oder dezentral übers gesamte Jahr Druck aufbauen? Oder was sonst?
- Welche Perspektive hat der Anti-Kohle-Widerstand in den nächsten 3-4 Jahren? #GroKo #ForgetParisAgreement
- Auf welchen weiteren Feldern können wir wie und was in den nächsten Jahren vorantreiben und wie wird all das gemeinsam mit Kohle sichtbar als Klimagerechtigkeitsbewegung? #(Auto)Verkehr #Landwirtschaft #Gas #Alles
- Wen sollte die Klimagerechtigkeitsbewegung als neue Bündnispartner*innen in der nächsten Zeit gewinnen?
- Wie sollten sich unsere Strukturen mittelfristig und langfristig entwickeln, um auch im Kontext sich möglicher zuspitzender gesellschaftlicher Konflikte und im Zuge der fortschreitenden Klimakrise weiter effektiv Widerstand leisten zu können? #Solidaritätsressourcen #NachhaltigerAktivismus #TransformativePower
- Wenn wir „system change“ ernst nehmen: Wie bettet sich die Klimagerechtigkeitsbewegung in eine gesamtgesellschaftliche Transformation ein bzw. treibt diese (mit) voran? #Post-Capitalism #MosaikLinke #NeueKlassenpolitik #GegenRechts
- Brauchen wir als Klimagerechtigkeitsbewegung neben kurz- und mittelfristigen Plänen eine langfristige Perspektive? Wo wollen wir im Jahr 2050 stehen? #SystemChange #InOurLifetime #(No)EndOfHistory #ThisChangesEverything
- etc...weitere strategische Fragestellungen sind möglich und erwünscht!

Wir werden aus den eingereichten Papieren einen kleinen Reader basteln oder sie zumindest ausgedruckt beim Treffen haben, je nachdem wie viel Material wir bekommen.

Wie reiche ich ein Strategiepapier ein?

Schickt die entsprechenden Dokumente am besten sowohl als *.pdf als auch *.odt (oder *.docx) über die Klimabewegungsnetzwerk-Liste (erfahrungsgemäß verweigern manche Rechner oft das ein oder andere Format): klimabewegungsnetzwerk@lists.riseup.net

Falls ihr sie nicht direkt über die Liste schicken könnt oder wollt, sendet sie uns gerne direkt an: strategie2019@riseup.net und wir leiten sie dann weiter.

Auf geht's! Wir sind gespannt, die Vorbereitungsgruppe

READER

Strategieskizze der AG Klimawandel und Gesundheit der Kritischen Mediziner*innen

KLIMAWANDEL ALS GESUNDHEITSTHEMA

* warum?

Klimawandel macht krank. Wirtschafts- und soziale Verhältnisse in denen wir leben machen krank. Sowohl unser Gesundheitszustand, als auch der menschengemachte Klimawandel sind Symptome eines kranken Systems. Wenn wir an den Ursachen arbeiten, damit den Klimawandel aufhalten und für die körperliche und geistige Unversehrtheit kämpfen wollen, so braucht es einen Systemwandel.

#Gesundheit #KohleMachtKrank

Das Gesundheitsthema führt die Auswirkungen des Klimawandels bzw. der Kohleverstromung sehr drastisch vor Augen und macht die manchmal zu komplex oder abstrakt wirkenden Folgen für Menschen greifbar und konkret. Gleichzeitig schätzen viele Menschen ihre Gesundheit als höheres Gut ein als die bedrohte Umwelt. Die Kommunikation gesundheitlicher Folgen bzw. der Schutz der Gesundheit hat also das Potential neue Menschen zu mobilisieren.

#health4all

So wie wir für Klimagerechtigkeit anstatt für Klimaschutz eintreten, stehen wir für Gesundheitsgerechtigkeit ein. Wie oben genannt resultieren die meisten Gesundheitsprobleme aus den gleichen Verhältnissen wie die Klimakrise- sie sind verschiedene Symptome eines grundlegenden Problems. Und genau deswegen sollten wir unsere Kämpfe verbinden.

#HealthCo-benefits

Viele Maßnahmen gegen den Klimawandel gehen mit positiven Gesundheitsfolgen einher, z.B. der Ausbau von Fahrradverkehr, der Emissionen und Luftverschmutzung reduziert (→ weniger Atemwegserkrankungen etc) und gleichzeitig die Gesundheit der Radfahrenden fördert (→ weniger Diabetes, weniger Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bessere psychische Gesundheit,...). Diese sogenannten Health Co-Benefits sind weitere starke Argumente und ein guter strategischer Rahmen für Maßnahmen gegen den Klimawandel und zeigen gleichzeitig die Gesundheitschancen transformatorischer Orte bzw. Gemeinschaften auf.

#HealthcareWithoutHarm

Der Gesundheitssektor trägt selbst vielfach zum Klimawandel bei, z.B. produziert er 5% des europäischen carbon footprint. Teil der Strategie sollte also auch sein, diesen Sektor mit anzugehen. Da der allergrößte Part dieser 5% von der pharmazeutischen Industrie verursacht wird halten wir es für sinnvoll dort anzusetzen. Erneut gilt es einen Blick für die ursächlichen Zusammenhänge zu behalten und Parallelen zu erkennen: der Großteil dieser Medikamente wird benötigt, um verhinderbare Krankheiten zu behandeln. Eine Transformation unseres Gesundheitssystems (inkl. weniger medikamentösen und operativen Eingriffen) wird möglich wenn wir durch grundlegende Veränderung unserer Wirtschaftsweise und unseres Zusammenlebens gesunde Lebensbedingungen für alle schaffen.

* mit wem?

Aus den oben genannten Gründen sind wir überzeugt, dass der **Gesundheitssektor** ein wichtiger Bündnispartner und Adressat ist. Aus dem Gesundheitssektor kommend versuchen wir von unserer Seite Bündnisse mit der Klimabewegung zu knüpfen. Gleichzeitig sollte die Klimagerechtigkeitsbewegung gesundheitliche Akteur*innen in Strategien mitdenken und miteinbeziehen.

Durch das hohe Ansehen der medizinischen Berufe finden diese Worte großes Gehör auch in politischen Kreisen, außerdem kann über die verschiedenen Ebenen des Gesundheitswesens mit weiten Teilen der Gesellschaft kommuniziert werden. Der Gesundheitssektor nimmt oft eine Vorbildrolle ein bzw. wird ihm diese von außen zugesprochen. Eine Verringerung des ökologischen Fußabdrucks und Divestment werden von einigen wenigen gesundheitlichen Gruppen schon umgesetzt, das kann aber enorm verstärkt werden. Zum einen geht es teilweise um große Geldanlagen, die „divested“ werden können, zum anderen könnte durch die Vorbildrolle ein Multiplikations-Effekt erzielt werden.

Der Gesundheitssektor hat aus verschiedenen Gründen wenig Erfahrung mit Strategien des zivilen Ungehorsams und es gibt wenig bis keine Graswurzelbewegungen im Bereich Gesundheit, zumindest in Deutschland. Auch dafür wäre ein Bündnis sinnvoll, denn wir können so viel von euch lernen!

Im ärztlichen Bereich können einerseits **medizinpolitische Gruppen** sowie **medizinische Fachgesellschaften** und **studentische Gruppen** mobilisiert werden.

Außerdem kann mit **Patient*innen- oder Selbsthilfegruppen** (z.B. Asthma, Lungenkrebs,...) zusammengearbeitet werden.

Daran anknüpfend wäre denkbar, sektorenübergreifend mit **Gewerkschaften** zusammenzuarbeiten, was wir als Gruppe allerdings bislang nicht geplant haben. Der Bereich Gesundheit ist momentan sehr aktiv und gut organisiert durch die Streikbewegung der Pflege. Ver.di hat sich 2016 für den Kohleausstieg ausgesprochen und ist auch Teil der „Kohle-Kommission“ (nicht-stimmberechtigt). Ein Bündnis in dem Bereich der Gewerkschaften wäre ein starkes Signal, da sowohl Beschäftigte des Energiesektors als auch aus der Gesundheitsversorgung zusammenwirken könnten.

Somit gibt es bereits viele Bündnisse im Gesundheitssektor, in die man das Thema Klima- und Gesundheitsgerechtigkeit herein tragen kann.

** wie?*

Verschiedene Formate halten wir für sinnvoll:

// Öffentlichkeitsarbeit: aus den oben genannten Gründen denken wir, dass ein Bündnis von Klimabewegung und Gesundheitssektor besonders fähig ist, Diskursfenster zu verschieben um den gesellschaftlichen Rückhalt für den Kohleausstieg zu vergrößern/verstärken bzw. den gesellschaftlichen Druck auf die Politik zu erhöhen.

// gemeinsame Aktionen: sobald der gesundheitliche Aspekt mitgedacht wird vergrößert sich das Spektrum potentiell teilnehmender bzw. erreichter Menschen.

// bewegungsübergreifende Bildungsarbeit: sowohl aus medizinischer Sicht für die Klimabewegung, als auch von der Klimabewegung für den medizinischen Bereich.

** "use your privilege" - aber Achtung!*

Dass das gesellschaftliche Ansehen von Gesundheitsarbeiter*innen besonders hoch ist, kann uns ein willkommenes Geschenk sein. Wir sollten uns dem bewusst sein und es nutzen. Gleichzeitig birgt es die Gefahr, gerade im Kontext von Konzepten, wie "Leadership", paternalistische Machtstrukturen zu reproduzieren. Gesundheitspolitische Bewegungen müssen, wenn sie den Anspruch haben, emanzipatorisch zu wirken, mit einem stetig selbstkritischen Blick, besonderer Sensibilität und Vorsicht mit der eigenen Rolle und Wirkung arbeiten. Ein Systemwandel hin zu einem besseren Leben für Alle braucht auch die Transformation von (Wissens)Hierarchien und eine Loslösung von Abhängigkeiten.

Strategiepapier Am Boden bleiben August 2018

I. Wer sind wir

Ende Juni 2018 hat sich in Bremen die Gruppe „Am Boden bleiben“ gegründet. Wir wollen eine kritische Diskussion über den Flugverkehr in Deutschland anstoßen und aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive daran arbeiten, diesen zu reduzieren.

Unsere Vision ist ein integriertes und ökologisches Transportwesen, das demokratisch reguliert und geplant wird und dem Gemeinwohl dient. Unser langfristiges Ziel ist, dass Flugverkehr nicht weiter wächst und zunehmend durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt wird (in Europa z.B. Nachtzüge), und der Neu- oder Ausbau von Flughäfen auf ein Minimum begrenzt wird.

Durch das Aufzeigen der Probleme, Konflikte und Ungerechtigkeiten von Flugverkehr möchten wir Flugverkehr als Problem im öffentlichen Diskurs verankern und das moderne Mobilitätsverständnis hinterfragen. Gleichzeitig möchten wir uns damit auseinandersetzen was die Grundpfeiler einer sozial-ökologischen Mobilität wären und wie wir eine solche individuell und gesellschaftlich vorstellbar und attraktiv machen können.

II. Wo stehen wir – Verortung in der Klimagerechtigkeitsbewegung

Wir sind der Meinung, dass es strategisch wichtig ist den Anti-Kohle-Widerstand - vor allem in Deutschland, Polen und Tschechien - im Zentrum der Klimagerechtigkeitsbewegung zu halten; mit dem Ziel und der Forderung den Kohleausstieg möglichst schnell durch zu setzen. Vor allem aber sollten wir die entstehenden regionalen Organisationsstrukturen, die nicht nur zu großen Aktionen mobilisieren sondern ganzjährig zu Klimagerechtigkeit arbeiten wollen, stärken.

Während der Kampf gegen Kohle jetzt in die Hochphase geht, sollte im Hintergrund schon das nächste Thema vorbereitet werden, und das ist unserer Meinung nach Verkehr und Mobilität. Neben der Stromerzeugung muss der Verkehrssektor stärker in den Blick geraten. Hier sind die Emissionen seit Jahren nur am Steigen und das muss endlich angemessen problematisiert werden.

III. Warum Flugverkehr – Warum Mobilität: vom Energieträger zum Energieverbrauch

Bisher trauen sich nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen an das Thema Flugverkehr heran. Selbst bei Umweltorganisationen bleibt Flugverkehr oft ein blinder Fleck, manche unterstützen gar das Greenwashing der Industrie. Und auch in der globalisierungskritischen, ökologischen Szene wird Fliegen oft nicht hinterfragt. Es verspricht Vernetztheit, Freiheit, Flexibilität – einen globalisierten, "coolen" Lebensstil. Damit muss endlich gebrochen werden.

Das Flugzeug ist das klimaschädlichste Transportmittel überhaupt, und der Luftverkehr eine der am schnellsten wachsenden Quellen von Treibhausgasemissionen. Wenn die prognostizierten Wachstumsraten des Sektors realisiert werden, könnten Luftfahrtemissionen bis 2050 22 % der globalen Treibhausgasemissionen ausmachen. Dennoch ist und bleibt Flugverkehr im weltweiten Vergleich ein elitäres Transportmittel. Weniger als 7 % der Weltbevölkerung waren jemals an Bord eines Flugzeuges. Und es sind vor allem Nichtflieger*innen, die die Auswirkungen der Klimakrise und die negativen Folgen von Flughafenerweiterungen wie Landraub, Lärm und Gesundheitsrisiken zu

spüren bekommen. Communities im Globalen Süden, die selbst kaum zum Klimawandel beigetragen haben, sind am stärksten betroffen.

Das rasche Wachstum des Flugverkehrs hängt eng mit der globalisierten Wirtschaft zusammen, die auf Profit und der Ideologie von grenzenlosem Wachstum basiert. Wir betrachten Flugverkehr als Teil einer beschleunigten, ressourcenintensiven Mobilität, die globale Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen stabilisiert und reproduziert. Daraus ergibt sich, dass eine Kritik an Flugverkehr eine radikale Abkehr des ausbeuterischen, kapitalistischen Systems beinhaltet. Die Alternative ist eine Wirtschaft der kurzen Wege. Anstatt den Gütertransport wie geplant bis 2050 zu verdreifachen, muss die Nachfrage nach Gütern mit langen Transportwegen verringert und lokale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Das Ziel ist dabei Klimaschutz, nicht nationalistischer Protektionismus. Dieses Ziel kann und muss im Einklang mit einer offenen und multikulturellen Gesellschaft erreicht werden.

In der Klimagerechtigkeitsbewegung existiert bereits ein starkes Bewusstsein, dass es nicht um Kohleausstieg und den Ausbau von Erneuerbaren Energien geht, sondern um eine grundlegende Transformation aller gesellschaftlichen Bereiche, allen voran Landwirtschaft und Mobilität. Die Problematisierung des Flugverkehrs bringt das Klimaproblem näher in den Alltag der Einzelverbraucher*innen als die Forderung nach einem Kohleausstieg. Wir setzen nicht am Energieträger an, sondern am Energieverbrauch und an der imperialen Lebens- und Produktionsweise der reichen industriekapitalistischen Gesellschaft. Damit erzeugen wir gesellschaftliche Konflikte, die zulange umgangen worden sind. Unsere Strategie zielt aber nicht vorrangig auf Schuldzuweisungen und individuelle Verhaltensänderung ab sondern auf politische Lösungen.

IV. Wohin wir unseren Blick richten wollen

1. Kapitalistische Strategien

Wie im Automobilsektor erhöhte sich in den letzten Jahren der Transformationsdruck auch auf die internationale Luftfahrt. Diese Industrien können sich nicht mehr von den weltweiten Bemühungen zur Begrenzung der Klimakrise drücken. Die kapitalistischen Antwort-Strategien der Flugindustrie sind Versprechungen für ein zukünftig „grüneres“ Fliegen.

Wir möchten diese kapitalistischen ‚green economy‘ Strategien, v.a. das Offsetting/CO₂-Kompensation, Emissionshandel, Agrartreibstoffe, Geoengineering in den Blick nehmen und problematisieren. Denn gerade im deutschsprachigen Raum wird diesen Klimascheinlösungen kaum Aufmerksamkeit geschenkt und das obwohl sie von den Hauptursachen der Klimakrise ablenken. Sie reproduzieren und stabilisieren das kapitalistische System, indem soziale und ökologische Schäden strukturell und systematisch an andere Orte der Welt externalisiert oder an zukünftige Generationen weiter gegeben werden.

Diese Kritik lässt sich über Kampagnen zu Flugverkehr gut veranschaulichen und in den politischen Diskurs einbringen. Der Luftverkehr ist und bleibt abhängig von fossilen Brennstoffen, doch die Industrie setzt auf technologische Scheinlösungen wie etwa neue Flugzeugtypen, die noch nicht existieren. Derzeit wird ein Klimaabkommen für den Flugverkehr verhandelt, durch welches die Luftfahrt behaupten kann, ab 2020 CO₂-neutral zu wachsen. Im Zentrum steht das Konzept der Kompensation der Emissionen durch Einsparungen Anderer anderswo – das sogenannte „Offsetting“. „Offsetting“ und Agrartreibstoffe sind wenig geeignet, Emissionen zu reduzieren sondern verlagern die Probleme lediglich, und gefährden darüber hinaus die Nahrungsmittelversorgung,

Biodiversität und Menschenrechte.

Wir wünschen uns einen Austausch (evtl. auch in Form einer Strategiekonferenz) mit unterschiedlichen Gruppen und Akteuren zu den kapitalistischen Strategien von umweltschädlichen Industrien, die als Antwort auf den sich verstärkenden Transformationsdruck zu verstehen sind und schlussendlich den von uns geforderten Systemwandel bzw. eine radikale Transformation unserer Gesellschaften verhindern. Denn das Thema Flugverkehr bietet zwar eine gute Möglichkeit, Mythen wie "Offsetting", "Biokraftstoffe" und Technologiegläubigkeit zu dekonstruieren, aber auch in anderen Bereichen wie der Automobilindustrie und der Energieversorgung werden diese immer wieder ins Feld geführt.

2. Neue Orte

Wir sollten dezentral Kapazitäten für Aktionen vor Ort stärken, um Konflikte nicht nur auf nationaler, sondern auch in der Breite auf lokaler Ebene zuspitzen zu können. Das Thema Mobilität würde der Klimagerechtigkeitsbewegung Raum für neue, dezentralere Aktionsformen schaffen. Die zentralen Aktionen gegen Kohle sind extrem wichtig als Treff- und Einführungspunkt zu Klimagerechtigkeitsdiskursen und direkter Aktion. Dennoch müssen auch andere Themen und Orte geschaffen werden, wo Menschen "zu Hause" an Klimagerechtigkeit weiterarbeiten können, auch wenn Kohle dort keine unmittelbare Rolle spielt.

Flughäfen mit ihrer hohen Sichtbarkeit eignen sich für symbolische Aktionen, um Klimagerechtigkeit und Mobilität stärker in Beziehung zu setzen. Weltweit erleben wir eine Welle massiver Ausweitungen des Flugverkehrs, im Rahmen derer rund 1200 Flughafeninfrastrukturprojekte geplant sind. Viele Flughafenprojekte gehören zu den größten und teuersten Infrastrukturprojekten überhaupt, und werden von Regierungen teils einseitig im Interesse der Industrie durchgesetzt. Zum einen wollen wir bereit sein sobald einer der dt. Flughäfen tatsächlich konkret erweitert/eröffnet wird, diesen dann als neuen Kristallisationspunkt von Kämpfen zu bestimmen. Zum anderen ist uns die Unterstützung von Widerstand gegen Flughafenprojekte im Globalen Süden (durch ÖA, Presse, Unterstützungaktionen etc.) wichtig.

V. Neue Bündnisse, neue Verbündete

In Deutschland gibt es vielerorts Bürgerinitiativen gegen Flughafeninfrastruktur, mit denen wir schon in Kontakt sind und die Interesse an unseren Argumenten (bzgl. Klimagerechtigkeit und Kritik an Greenwashing) zeigen. Hier zeigen sich Anknüpfungs- und Politisierungsmöglichkeiten. Es lässt sich jedoch noch viel von anderen Orten wie Notre-Dame-des-Landes, London oder Wien lernen, wo Kampagnen und die lokale Vernetzung zwischen Klimagruppen, Bürgerinitiativen, Landwirt*innen oder Gewerkschafter*innen zu teilweise erfolgreicher Verzögerung oder Verhinderung von Flughäfen und zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den sozial-ökologischen Folgen des Flugverkehrs geführt haben. Eine Vernetzung auch auf überregionaler Ebene – z.B. über das internationale Netzwerk Stay Grounded – erscheint uns essentiell, um das unhinterfragte und sowohl passiv als auch aktiv unterstützte Wachstum des Flugverkehrs anzugehen.

So möchten wir uns verbünden mit:

- Klimagruppen, NGO's und Einzelpersonen, die sich für eine Verkehrs- und Mobilitätswende stark machen (wie z.B. die stärker werdende Bewegung gegen

Automobilität oder aber die "Initiative gegen Kreuzfahrt" etc.)

→ Insbesondere stellen wir uns hier mittelfristig auch eine Aktions- & Strategiekonferenz zu einer „Verkehrs- und Mobilitätswende von unten“ vor

- Akteuren, die lokal gegen Automobilität (und für Fahrradinfrastruktur) kämpfen, aber nicht an die größere Klimagerechtigkeitsbewegung angebunden sind
- Indigene Aktivist*innen, deren massive Bedrohung durch Unternehmen der Flugindustrie und Regierungen auf der einen Seite, durch Klimawandel auf der anderen Seite, mit unserer Lebensweise zusammenhängt. Dies bietet die Chance, die globale Natur der Klimagerechtigkeitsfragen noch besser zu durchdringen und nicht zuletzt zu kommunizieren.
- Gewerkschaften und/oder Lokalgruppen oder themenspezifische Gruppen von Gewerkschaften, oder auch selbst solche Gruppen anstoßen (z.B. Gewerkschafter*innen für eine zukunftsfähige Arbeit, die dann intern ein bisschen aufmischen können)
- Ernährungssouveränitätsbewegung - Nyéléni (in DE und international), Animal Climate Action, kritische Geograph*innen,...

Um uns besser zu organisieren könnten wir Delegiertensysteme weiter aufbauen: z.B. hier ein Netzwerk zu Mobilität bestehend aus verschiedenen Lokalgruppen, kritischen NGOs, Einzelpersonen; dort Ende Gelände; da die Ernährungssouveränitätsbewegung - und diese schicken je Delegierte zu übergreifenden Klimagerechtigkeitstreffen; teilweise gibt es gemeinsame Aktionen, aber der Versuch ist, verschiedenste aktive Netzwerke aufzubauen und sich zu unterstützen.

VI. Ausblick und Perspektiven der Klimagerechtigkeitsbewegung

Wir möchten unsere eigenen Kampagnen in den nächsten Jahren als ergänzende Elemente einer gemeinsamen langfristigen Strategie des Kampfes für Klimagerechtigkeit in Europa verstehen und kommunizieren. Damit möchten wir uns der internationalen Kampagne *Turning the Tide* anschließen und mit eigenen Aktionen zu einem Aufstand der Klimagerechtigkeitsbewegung im Jahr 2020 beitragen.

Wir denken, dass es dabei essentiell ist Alternativen diskursiv zu stärken. Dazu wäre es sinnvoll als Klimagerechtigkeitsbewegung eine Utopie auszuarbeiten, diese breit zu diskutieren und populär zu machen - und Kämpfe gegen Rechtsruck zu unterstützen. Der Klimagerechtigkeitsdiskurs bietet die Möglichkeit, eine breitere Vision globaler Gerechtigkeit zu entwickeln und diskursiv zu platzieren. Überhaupt den Gedanken wieder zu etablieren, dass unsere Lebensweise mit globaler Ausbeutung und Zerstörung zusammenhängt, wäre schon ein Gewinn – um dann dazu eine radikale Gegenvision ins Spiel zu bringen und größere Teile der Bevölkerung für diesen Kampf für Klimagerechtigkeit zu gewinnen.

Grundsätzlich bringt der Klimagerechtigkeitsdiskurs durch den konkreten Horizont des Klimawandels ein dringend notwendiges Element der Zuspitzung, sowohl zeitlich als auch inhaltlich. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit der radikalen Ansätze gewissermaßen wissenschaftlich verbürgt, und dadurch über den Verdacht reiner Ideologie erhaben. Dadurch ist Klimagerechtigkeit ein solider Rahmen, um radikale Ideen an grundsätzlich weniger radikale Menschen heranzutragen.

Viele viele Ideen...wir freuen uns gemeinsam mit Euch zu diskutieren! Auf bald im Rheinland!

Papier zur Strategiekonferenz für 2019 von AniCA **(Animal Climate Action)**

Wir plädieren dafür, den Slogan "System Change not Climate Change" ernstzunehmen. System Change erfordert eine breite Bewegung bzw. ein Bündnis, die/das willens und in der Lage ist, eine fundamentale Änderung der politischen/ökonomischen/kulturellen Rahmenbedingungen herbeizuführen.

In unserer Öffentlichkeitsarbeit weisen wir darauf hin, dass Klimawandel wie auch die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur systemische gemeinsame Ursachen haben. Hier geht es nicht um radikale Slogans, sondern darum, diese Verbindung im Detail aufzuzeigen. Wir tun dies am Beispiel Landwirtschaft/Tierproduktion.

Aktionen sind für uns auch ein Mittel praktischer Bündnisarbeit. Konkret wollen wir Klimabewegung, Tierrechts/Tierbefreiungsbewegung und linke landwirtschaftliche Initiativen zusammenbringen, wobei letztere sowohl ökologische wie auch soziale Themen beinhalten. In den Climate & Justice Games 2018 in Hannover öffnen wir unsere Aktionstage bewusst für andere emanzipatorische Themen wie Feminismus, Antirassismus und Antifaschismus.

* Welche Orte sind für kommendes Jahr strategisch relevant und warum?

Sollten wir uns dabei mit einer größeren Mobilisierung auf einen Schauplatz konzentrieren oder dezentral übers gesamte Jahr Druck aufbauen? Oder was sonst?

Wir verfolgen mit großem Interesse die Kampagne Free the Soil, die für den Sommer ein Camp und eine ungehorsame Aktion zum Thema Klima und Landwirtschaft plant. Wir sehen hier auch die Chance, praktisch eine europäische den nationalen Kontext überschreitende Zusammenarbeit hinzukriegen.

* Auf welchen weiteren Feldern können wir wie und was in den nächsten Jahren vorantreiben und wie wird all das gemeinsam mit Kohle sichtbar als Klimagerechtigkeitsbewegung? # (Auto)Verkehr #Landwirtschaft #Gas #Alles

Wir finden es wichtig, dass wir die Bandbreite der mit dem Klimawandel verbundenen Dinge thematisieren und eine Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen zu vermeiden.

Bei den climate Games in Wien konnten wir mit einer Aktion gegen Kükentransporte per Flugzeug auch direkt auf die Verwobenheit von Verkehr und Tierproduktion aufmerksam machen. Bei den Harbour Games in Hamburg wurden diverse Orte die für die destruktiven Auswirkungen der kapitalistischen Produktion stehen markiert. Wir wünschen uns weitere solche Aktionen. Sie sollten allerdings nicht bei dem bloßen aufzeigen von Misständen stehen bleiben sondern der

Forderung nach einer solidarischen und ausbeutungsfreien
Produktionsweise Ausdruck
verleihen.

* Brauchen wir als Klimagerechtigkeitsbewegung neben kurz- und mittelfristigen Plänen eine langfristige Perspektive? Wo wollen wir im Jahr 2050 stehen? #SystemChange #InOurLifetime
#(No)EndOfHistory #ThisChangesEverything

Wir brauchen definitiv eine langfristige Perspektive. Die Klimabewegung muss an vielen unterschiedlichen Punkten ansetzen und Querverbindungen zu anderen Themen und Bewegungen herstellen. Der aktuelle Fokus auf Kohle hat sicherlich seine Berechtigung, eine Engführung der Klimabewegung auf das Kohlethema wäre jedoch fatal.

Zudem sollten wir uns gemeinsam vermehrt mit der Eigentumsfrage auseinandersetzen. Wer darf entscheiden, was, wie und unter welchen Bedingungen produziert wird? Wer bekommt die Früchte der Arbeit? Wie sieht unser gesellschaftlicher Gegenentwurf aus?
#Vergesellschaftung von Produktionsmitteln

AniCA (Animal Climate Action)

Strategiepapier von ausgeco2hlt

Wo wir stehen.

Viele unserer Papiere der letzten Jahre begannen ähnlich: wir befinden uns in einer spannenden Zeit – sowohl negativ als auch positiv. Die Verhältnisse verschärfen sich immer weiter. Was wie eine Floskel klingt, zeigt sich im Rechtsruck, in globaler Ungerechtigkeit, im SterbenLASSEN im Mittelmeer, in Hitzewellen und im Wüten einzelner Herrschenden in zahlreichen Regionen der Erde. Zur selben Zeit gibt es Wochenenden, an denen zehntausende Menschen auf die Straßen gehen – gegen neue Polizeigesetze, für die zivile Seenotrettung, gegen Hass. Die Klimagerechtigkeitsbewegung kann sich nicht nur über mehr als sieben Camps in diesem Jahr freuen, sondern auch darüber, dass der Hambi noch steht; über neue Akteur*innen wie „Am Boden Bleiben“, und dass sich viele neue Gruppen gründen, um zu Verkehr, Landwirtschaft und Gas zu arbeiten. Noch dazu werden neue Bündnisse geschmiedet – mal anstrengend, mal super bereichernd ... aber auf jeden Fall immer auf der Suche nach dem Hebel, der verändert und mit dem Wunsch der eigenen Wut, Zuversicht und Leidenschaft Ausdruck zu verleihen. Und dann noch diese Kohlekommission – auf die wir weder bauen noch uns verlassen; aber strategisch damit umgehen sollten wir vielleicht doch.

Wohin wir unseren Blick richten wollen ... und warum.

Was, wenn der Hambacher Forst in dieser Saison zerstört wird und Menschen und die Bewegung danach traumatisiert und schockstarr sind? Was, wenn ein lauwarmes Kohleausstiegsgesetz beschlossen wird? Was, wenn unsere Aktionsbilder der letzten Jahre an Biss verlieren? Und was passiert eigentlich, wenn wir bzgl. Braunkohle Erfolg haben? Wir wollen unsere zukünftigen Jahre so planen, dass wir handlungsfähig bleiben – komme was wolle; sodass wir weiterhin effektiv und voller Freude für Klimagerechtigkeit und das gute Leben für alle kämpfen können. Dieser Antrieb ist für uns Grund die folgenden zwei Projekte vorzuschlagen:

1. Steinkohle – Transportwege markieren und blockieren - weltweit

Inmitten einer Hochphase der Anti-Braunkohleaktivitäten wollen wir eine leichte Verschiebung unseres Schwerpunktes anstoßen, und zwar zum Thema Steinkohle. Um es klar zu machen: Uns ist bewusst, dass auch andere Themen – Landwirtschaft und Verkehr zum Beispiel – genauso naheliegend und nicht weniger wichtig für die Klimabewegung

sind. Aber wir halten die Steinkohle aus einer Reihe von Gründen für ein Themenfeld, das gut zu uns passt. Erstens macht es aus einer aktivistischen Perspektive Sinn, sich in Feldern zu engagieren, in denen praktische Erfahrungen bestehen – und das ist in unserem Fall die Kohleindustrie. Zweitens sind (global betrachtet) bei der Steinkohle nicht nur die Emissionen ein wichtiges Thema, sondern auch Produktion und Transport. Damit steht sie in doppelter Hinsicht für ein ausbeutendes System, in dem der globale Norden und Eliten die negativen Folgen ihres Wohlstands auf den globalen Süden und marginalisierte Gruppen abwälzen. Und drittens haben wir schon ein wunderschönes Aktionsbild vor Augen:

Die „rollende Blockade“

Klimagerechtigkeit ist bei uns allen schon lange auf dem Papier angekommen – einen Weg zu finden, auch wirklich transnational für eben diese zu kämpfen, fällt uns jedoch eher schwer. In der „rollenden Blockade“ sehen wir eine Möglichkeit dafür. Wir wünschen uns eine Aktionsform, die die globale Dimension des Energierohstoffs Steinkohle aufzeigt; die sich gleichermaßen gegen Abbau, Handel, Transport und Verstromung richtet und unsere imperiale Lebensweise anprangert. Dafür wollen wir an Proteste in den Herkunftsregionen der Kohle anknüpfen und diese bereits bestehenden Aktivitäten solidarisch unterstützen. Wir wollen eine Reihe von aufeinander bezogenen Aktionen entlang der internationalen Steinkohlelieferketten organisieren. Die Idee ist, dass alle dort protestieren, wo sie betroffen sind. Es gibt bereits Kontakte zu kolumbianischen Aktivist*innen und in die USA. Außerdem versuchen wir, Kontakte nach Russland und Südafrika aufzubauen. Wir haben die Vision, dass es in Europa Aktionen an den großen Umschlagplätzen gibt – den Kohlehäfen, auf Wasserwegen, an Schienendrehkreuzen und vor den Zentralen der den Kohlestrom verbrauchenden Handelskonzerne – durchführen, und natürlich an den Kraftwerken. Die Aktionsformen können sehr vielfältig sein. Kleine und große Massenaktionen sollten genauso Teil des Konzepts werden wie Kleingruppenaktionen, Kundgebungen und Demos. Im besten Fall stellen wir uns mehrere „rollende Blockaden“ entlang der Hauptimportrouten vor, die in den verschiedenen Herkunftsregionen ihren Anfang nehmen und die unterschiedlichen Bedingungen dort in den Fokus stellen. Eine ständig zu erweiternde (multimediale) Aktionskarte könnte die räumlich weit von einander stattfindenden Aktionen gemeinsam publik machen. Möglicherweise könnte eine erste kleine „rollende Blockade“ schon im Sommer 2019 stattfinden.



Durch den Austausch mit einer kolumbianischen Aktivistin ist uns noch klarer geworden, wie stark die Repression gegen Menschen z.B. in Kolumbien ist, die sich gegen Kohle stellen. Wir möchten auf gar keinen Fall Menschen durch „unsere“ Aktionen in Gefahr bringen – wollen daher gemeinsam schauen wie eine „rollende Blockade“ aussehen könnte und auch wie sie genannt wird ... daher die Anführungszeichen.

Wir träumen außerdem davon, dass die rollende Blockade von einer Floß-Aktionstour entlang des Rheins begleitet wird, also so etwas wie eine Critical Mass, nur auf Kajaks, Flößen oder allem anderen, was schwimmt, die an wichtigen Punkten des Flusses für Bildungsveranstaltungen, Vernetzungstreffen und öffentlichen Protesten Station macht.

Sowohl die rollende Blockade als auch die Floßaktionstour kann sich gut in die internationale Mobilisierung „Turning the Tide“ einfügen, die das Jahr 2019 als Anlauf zu einem Aufstand der Klimagerechtigkeitsbewegung im Jahr 2020 nehmen wird.

Die Erzählung

Die Erzählung für die „rollende Blockade“ könnte die eines Brockens Steinkohle sein. Das ist das wiederkehrende Element, das allerdings – je nach Herkunftsregion – sehr

unterschiedlich ausfallen kann. Beispielhaft schreiben wir hier die Geschichte eines kolumbianischen Steinkohlebrockens auf. Die Kohle kommt aus der Provinz La Guajira mit ihrem riesigen Tagebau El Cerrejon. Für diesen wurden 35 indigene (Wajuu) und bäuerliche Gemeinden teils gewaltsam umgesiedelt. 16 Flüsse und Nebenflüsse sind verschwunden. Der Tagebau El Cerrejon hat im Jahr 2015 täglich 50 Mio. Liter Wasser verbraucht, während Menschen in der Region mit 0,7 Litern am Tag auskommen mussten. Cerrejon plant aktuell die Umleitung des Arroyo Bruno, des wichtigsten Nebenflusses des Hauptflusses von La Guajira. Das ist wichtig, weil es noch verhindert werden kann.

Nach dem Abbau wird die Kohle auf Züge verladen, deren Waggon nicht abgedeckt sind. Der trockene Kohlestaub wird aufgewirbelt. Er legt sich auf die Felder der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die entlang der Strecke leben, und lässt ihre Früchte verkümmern. Vom Hochseehafen Puerto Bolivar aus wird die Kohle nach Europa verschifft – genauso wie all die Millionen und Abermillionen Tonnen von Rohstoffen und Gütern, die in den vergangenen 500 Jahren denselben Weg genommen haben. Mit der Kohle lebt Kolonialgeschichte fort. Ebenfalls in Richtung Norden – allerdings in Glasfasergeschwindigkeit – wandern die Profite der multinationalen Bergbaukonzerne. In Kolumbien bleibt eine Mondlandschaft zurück.

In Hamburg, Rotterdam, Amsterdam oder Antwerpen wird die Kohle von Hochsee- auf Binnenschiffe und auf Züge umgeladen und zu den Kohlekraftwerken weitertransportiert. Dort entsteht Strom für die deutsche Schwerindustrie und für die Autos, Fernseher, Panzer und Powerbanks in Europa. Und es entsteht CO₂, welches den Klimawandel antreibt. Viel davon.

In der Steinkohle zeigt sich also eine doppelte neokoloniale Ungerechtigkeit : Länder wie Deutschland können nicht nur den umweltzerstörenden, gesundheitsschädlichen und gefährlichen Bergbau in den globalen Süden auslagern (und sich damit auch noch bereichern!), sondern auch noch die Folgen des Klimawandels. Dies wollen wir adressieren und damit unseren Kampf für Klimagerechtigkeit, den wir mit der Braunkohle begonnen haben um ein weiteres Aktionsfeld erweitern – denn selbst ein ambitionierter Ausstieg aus der Braunkohle in Deutschland wäre alles andere als ausreichend.

2. Die „Kohlekommission von unten“

Abgesehen davon, dass wir die Kohlekommission weder für legitim halten, noch akzeptable Ergebnisse von ihr erwarten, wollen wir auch nicht, dass das Thema Strukturwandel aus dem Fokus verschwindet sobald die Kohlekommission durch ist, sondern dass wir sagen: Es geht auch anders! Wir sind nicht fertig! Wir werden weiter machen – und den Wandel weiter mit Kopf- und Handarbeit vorantreiben.

Wie wir schon in unserem Nachdenkpapier für 2018 geschrieben haben, glauben wir, dass es dringend eine Strukturwandeldebatte von links braucht. Und obwohl wir glauben, dass gerade für den Widerstand der Anwohner*innen vor Ort eine Perspektive für die Zukunft so wichtig wäre, gibt es bisher keinen strukturierten Prozess für eben diese Strukturwandeldebatte von links. Wir wünschen uns Antworten, die unserem Wertesystem entspringen und nicht dem der Herrschenden.

Wir wünschen uns einen Rahmen und eine Idee vor Augen, mit der es im nächsten Jahr weiter gehen kann – egal mit welchem Ergebnis die Kohlekommission aufwartet. Gerade denken wir an eine drei-viertägige Konferenz, zu der eine thematische Arbeit im Vorfeld geleistet wird. Die „Kohlekommission von unten“ sollte die Stimmen aller von Kohleabbau, -nutzung und Klimawandel Betroffener hörbar machen – dabei können z.B. die Stimmen von Betroffenen in Kolumbien durch die „rollende Blockade“ hörbarer werden.

Neue Verbündete, Orte und Strukturen, die wir brauchen.

Für all das brauchen wir neue Verbündete – bezogen auf Steinkohle wären dies Aktivist*innen aus den Herkunftsregionen und hierzulande verschiedene NGOs wie urgewald, FIAN oder auch lokale Gruppen wie Lateinamerika-Arbeitskreise, die teilweise seit vielen Jahren zu den sozialen Auswirkungen von Steinkohlebergbau in verschiedenen Ländern recherchieren.

Die Frage nach strategisch wichtigen Orten können wir für uns wie folgt beantworten: das Rheinland mit Dörfern, Kraftwerken und Wald? Klar! All die dezentralen Orte anhand der Lieferketten? Auf jeden Fall – die Bewegung soll sich dadurch auch verwurzeln! Die Bauplätze der Abschiebebehörden in Deutschland und in anderen Ländern? Ja vielleicht auch die, wenn es eine Dynamik gibt die wir im Sinne einer kraftvollen Bewegung unterstützen können!

Für die deutschsprachige Klimagerechtigkeitsbewegung würden wir uns eine Erstarkung des Klimabewegungsnetzwerks (K!BN) wünschen – als Ort, wo die verschiedensten Gruppen und Themen zusammenkommen und zusammengedacht werden; wo neue Impulse spektrenübergreifend angestoßen werden können und sich die Bewegung auch selbst (kritisch) reflektieren und entwickeln kann.

Wir sehen uns auf dem Klimacamp im Rheinland

Uns ist klar, dass viele andere Kämpfe gleichzeitig (weiter-)geführt werden müssen. Wenn wir uns dafür entscheiden, Steinkohle zu bearbeiten, heißt das nicht, dass Braunkohle und andere wichtige Themen vernachlässigt werden sollen – das zeigen wir durch unseren Vorschlag der „Kohlekommission von unten“ als auch durch unsere weiterhin andauerndes Commitment in der Region. Steinkohle wäre also ein weiteres Standbein – kein Ersatz für etwas. Außerdem bedeutet „handlungsfähig“ bleiben für uns auch, dass wir offen dafür sind, wenn uns verbündete Gruppen um Unterstützung für brennende Themen anfragen.

Wir sehen uns auf der Strategiekonferenz!

#Endcars – aber wie? Einige Aktionsideen zur fortgesetzten Erosion des Auto-Prestiges

Thesenpapier für die Strategiekonferenz

August 2018

Um der Autoindustrie, oder Automafia, das Wasser abzugraben, müssen die gewieften Autogegner*innen zunächst die *gesellschaftliche Lizenz des Automobilismus* erodieren. Aber wo hat dieser seine Schwachstellen? Nun, das *enorme Prestige von Autos* ist argueably das größte Kapital der Autohersteller – und eine potentielle Schwäche. Sozusagen der „soft underbelly“ von Autodeutschland. Prestige ist flüssig, Prestige ist wandelbar, Prestige ist angreifbar. Greifen wir es also an! Beschmutzen wir, so gut wir können, das Image der glänzenden Riesenkarren. Seien wir uns auch keinesfalls zu schade, jeglichen denkbaren und findbaren Dreck auf die Motorhauben und in die Kunstledersitze zu schmieren – metaphorisch gesprochen. Dreck, Kotze, Blut: die Mistkarren müssen symbolisch von etwas sauberen, schönen, eleganten, transformiert werden zu etwas, was Ekel, Verachtung und Empörung verursacht. Aber wie? Ich würde sagen: mit allem was uns einfällt. Aber konkret schlage ich vor: bedienen wir uns der Moral.

Wie jetzt, die berühmte Moralkeule etwa? Ja, genau die. Kein Mensch möchte ein Arschloch sein. Ziemlich vielen Menschen scheint voll wichtig zu sein, dass das Palmöl im Produkt irgendwie „nachhaltig“ produziert wurde und es soll sogar Partypeople geben, die mit dem Koksen aufgehört haben, weil sie es nicht länger mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, damit organisierte Kriminalität und bewaffnete Konflikte zu fördern. Und auch der Mensch der sicher und wohl klimatisiert hinterm Lenkrad sitzt möchte sich dabei gut fühlen dürfen. Also: erinnern wir die Menschen daran, dass Autos schmutzige, klimaschädliche, egoistische, asoziale (sorry, Nazivokabular) etc. *Scheissdinger* sind.

Hier kommen ein paar praktische Vorschläge, wie der tägliche und außer-alltägliche Widerstand gegen die Automafia aussehen könnte.

1. Die persönliche Intervention

Habt ihr Verwandte oder Freunde im Umfeld, die sich ein Auto kaufen wollen? Rümpft die Nase, schüttelt den Kopf, startet die Tirade: Wie daneben das doch ist, was für Ego-Scheiss, und dass das heute nun wirklich niemand mehr braucht, außerdem sind diese (deutschen) Autokonzerne doch betrügerisch, die darf man nicht unterstützen, die gehören boykottiert... Ja, diese Rolle kann unangenehm sein, denn es fällt einem oft nicht leicht, im eigenen sozialen Umfeld als Moralapostel und Missionar*in wahrgenommen zu werden. Aber genau darum geht es ja: Ein sozialer Frieden, der Auto-Akzeptanz einschließt, gehört einfach gebrochen. Je öfter und je öffentlicher desto besser.

2. Öffentliche Image Beschmutzung I: Warnhinweise kleben

Wem die persönliche Schiene zu krass ist, der findet vielleicht Gefallen an diesem Aktionskonzept: Autowerbungen mit Warnhinweisen zu bekleben. Gibt es in eurer Stadt auch überall Werbung für geile Luxuskarren und SUVs¹? Nun, ein Protestschild („KlimaKiller“ „Autofahren schadet der Gesundheit ihrer Kinder“ oder gleich „Autos töten Menschen“ → [Bilder](#)) ist schnell designt und auf A3 kopiert, mit Sprühkleber oder Kleister easy auf's Plakat gebracht. Empfehlung: Zieht gemeinsam los, klebt die Schilder in aller Öffentlichkeit (#ZivilerUngehorsam – verummt und bei Nacht sind nur zwielichtige Gestalten unterwegs, aber wir schämen uns ja nicht für unsere Überzeugungen und Taten. Die riskierten Strafen sind gering...). Freut euch auf die Diskussion mit Passanten ... eigene Erfahrung: 9/10 Reaktionen sind positiv. Mehrwert der Aktion: Widerstand wird im Stadtbild sichtbar, Unterstützer*innen können vor Ort angeworben werden und, last but not least: Die Symbolische „Gewalt“, einen Aufkleber auf ein Auto zu kleben (auch wenn es nur ein Bild ist) wird sofort verstanden – und wir wissen ja alle, beim Auto beschädigen hört der Spaß auf. Man klebt nur ein bisschen Papier auf anderes Papier, aber der Gelände- oder Luxuswagenbesitzer (m) fühlt sich trotzdem unwohl. Voodoo!

3. Öffentliche Image Beschmutzung II: Interventionen auf Automessen, -ausstellungen und Showrooms

Kennt ihr Orte, wo aktuelle Automodelle und Neuheiten präsentiert werden? Nun, perfekte Interventionsorte. Die Ausstellungsstücke könnten mir Crime-Scene Tape eingewickelt werden, als Verbrecher abfotografiert und dann der Untersuchungsrichterin vorgeführt werden. Natürlich filmen und für die (soon to come?!) Social Media -phile Anti-Autobewegung verwenden. Und wie wär's eigentlich damit: Einem Luxusschlitten einen rosaroten Riesenpenis (aus Pamaché oder aufblasbar) auf die Kühlerhaube setzen. Sure, slightly phallisch, slightly kindisch, aber die Lacher hätten wir auf unserer Seite - es gilt natürlich dafür so ein dickes „Penis-Ersatzauto“ auszusuchen, damit auch wirklich jede/r versteht, was gespielt wird.

4. Öffentliche Image Beschmutzung III - in Tateinheit mit „konstruktive Kritik“: Petitionen und Volksbegehren

DAS Mittel, um Menschen zusammen zu bringen und Allianzen zu bauen, selbst wenn man am Ende nicht gewinnen sollte. In Lausanne (Scheiz) haben die Leute, die sich sonst mit lustigem Warnhinweise auf klimaschädliche Plakatwerbung kleben amüsiert haben (Vorschlag 2), eine Petition an die Stadt und den Kanton gerichtet, um ein Verbot derselben Werbung zu erreichen – diese Petition wurde von den „Großeltern für's Klima“ mit initiiert und begeistert verbreitet und schließlich übergeben – junge und alte gemeinsam für's Klima – das sieht doch gut aus: radikal ohne radikalen Habitus ([Bilder hier](#)). Und, auch nicht ausgeschlossen, manchmal klappt's sogar und so ein Volksentscheid ist erfolgreich. Ich

1 Wenn nicht, dass ist eurer Stadtteil wohl zu arm. Die Dichte an SUV/Autowerbung scheint direkt mit Wohlstand zu korrelieren...

würde behaupten, dass der „Fahrrad-Volksentscheid“ in Berlin *der* Einzelfaktor war, der dem Automobilismus in der Stadt in den letzten Jahren am meisten geschadet hat. Wir sollten daher alle überall ständig mit Bürgerbegehren und Unterschriftensammlung für symbolische und handfeste Schläge gegen den Autowahn kämpfen. Der Katalog der möglichen Forderungen ist dabei quasi unbegrenzt: Geschwindigkeitslimit von 30 km im gesamten Stadtgebiet, mehr Radwege, Fußgängerzonen, Verbot von Autowerbung ... allein das zu fordern ist schon ein Statement. Dann das sich Menschen hinstellen und für Anti-Auto Sachen werben, selbst wenn am Ende kein Gesetz geändert wird: all das erodiert ein bisschen weiter die gesellschaftliche Akzeptanz der Auto-Dominanz und das Auto-Prestige.

Soweit erst mal. Wir können uns sicher noch mehr witzige und/oder widerständige Aktionen einfallen lassen. Auf dem Klimacamp in Münschen im September zum Beispiel. Im übrigen darf Mensch gespannt sein, was da für eine Aktion geplant ist!

Generell: Ich plädiere natürlich *nicht* dafür, ausschließlich 1 - 4 zu tun. Es gibt noch viel mehr zu tun: Um „hearts and minds“ zu gewinnen reicht es sicherlich nicht, mit den genannten Aktionen Stimmung zu machen. Die beiden Strategiepapiere „Ende Legende“ und „Autoland bald abgebrannt“ weisen da schon die Richtung. Aber „nur“ über *just transition* für die 800.000 Autokumpel, Fundamentalkritik und Alternativen zu reden wird auch nicht reichen. Also: Herzen UND Köpfe ansprechen. Let's go, es wird ernst, es kann lustig werden!

Comments, kudos und hate gerne jederzeit an: lavidaloca@systemli.org

August 2018

Klimagerechtigkeitsbewegung und Faires Wohnen zusammenbringen

- Beitrag für Strategiekonferenz auf dem Klimacamp im Rheinland 2018 -

von Julia¹

Mein Papier enthält Ideen insbesondere zu den folgenden zwei im Call for Papers aufgeworfenen Fragen:

*** Auf welchen weiteren Feldern können wir wie und was in den nächsten Jahren vorantreiben und wie wird all das gemeinsam mit Kohle sichtbar als Klimagerechtigkeitsbewegung? #AutoVerkehr #Landwirtschaft #Gas #Alles**

*** Wen sollte die Klimagerechtigkeitsbewegung als neue Bündnispartner*innen in der nächsten Zeit gewinnen?**

Warum ist Energiewende beim Wohnen so relevant für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit?

Klimagerechtigkeit erreichen wir nur durch den Verzicht auf **sämtliche** fossilen Energierohstoffe und Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien in **allen** Sektoren: Strom, Wärme und Verkehr.

Ein kompletter Kohleausstieg in Deutschland² ermöglicht, einen großen Teil von Treibhausgasemissionen zu reduzieren (ca. 300 Mio. t CO₂). Es bleiben aber neben dem Verkehr noch zahlreiche Emissionen aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe in Heizungen (v.a. Erdgas und Erdöl) und Erdgaskraftwerken. Öl und Gas werden nicht nur für Raumwärme und Warmwasser genutzt, sondern auch für Prozesswärme in Industrie und Gewerbe. Insgesamt beansprucht die Wärmeerzeugung mehr als die Hälfte der verbrauchten Endenergie in Deutschland.

Der fossile Anteil bei der Erzeugung von Wärme beträgt in Deutschland seit Jahren fast 90 Prozent. Entsprechend hoch ist der CO₂-Ausstoß. Deutschland steht damit auch im EU-Vergleich besonders schlecht da. Beim Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung liegt D gerade einmal auf Platz 22 aller EU-Staaten.

Ohne den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas im Wärmesektor kann es also keine Klimagerechtigkeit geben.

1 Ich kann leider nicht auf der Strategiekonferenz dabei sein, freu mich aber sehr über Rückfragen und Feedback und bin dafür zu erreichen unter Julia_Energiewende@sonnenkinder.de

2 Mir ist bewusst, dass die Strategiekonferenz sich mit gemeinsamem Handeln im deutschsprachigen Raum beschäftigt, auf die Schnelle sind mir aber nur die Zahlen für Deutschland verfügbar gewesen. Die Hintergründe sind in der Schweiz und in Österreich z.T. etwas andere – die z.T. auch konstruktiv-kritisch reflektiert werden könnten: so hat Österreich einen viel höheren Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeproduktion, v.a. Biomasse (Holz/Pellets) und die Schweiz seit Jahren einen (absichtlich steigenden) CO₂-Preis.

Warum ist es klimapolitisch wichtig, sich JETZT für Ausstieg aus fossilen Brennstoffen im Sektor Wärme zu engagieren?

Bei Gebäuden und Heizungen handelt sich um lange „Investitionszyklen“. Ist eine Heizung erst einmal eingebaut, bleibt sie in der Regel ca. 30 Jahre (!) in Betrieb. Gebäude können je nach Typ bis zu 100 Jahren Nutzungsdauer erreichen. Deswegen braucht es JETZT die richtigen Regeln und Gesetze, um wenigstens ab sofort die richtigen Weichen zu stellen.

Je schneller wir Klimagerechtigkeit herstellen wollen, desto eher dürfen überhaupt keine Erdgas- und Ölheizungen mehr eingebaut werden!

Es gibt geeignete Zeitpunkte und Anlässe, um Erdöl- und Erdgas-Heizungen zu ersetzen durch klimagerechte Technik:

- a) wenn ein Gebäude neu gebaut wird
- b) wenn ein Gebäude umfassend saniert und erneuert wird
- c) wenn die Heizung in einem Bestandsgebäude kaputt geht und ausgetauscht werden muss.

Was ist das Problem bei der Umstellung der Energieversorgung im Wärmesektor?

Ursache dafür, dass Wärme kaum „freiwillig“ auf Erneuerbare umgestellt wird und viel zu wenig in Energiesparen/Energieeffizienz investiert wird (obwohl es technisch große Potentiale gibt), liegt v.a. an folgenden Punkten:

- a) fossile Brennstoffe sind zu billig
- b) die klassische fossile Heizungsindustrie hat eine marktbeherrschende Stellung, auch bei vielen Handwerksbetrieben
- c) sogenanntes „Investor-Nutzer-Dilemma“: in Deutschland leben besonders viele Menschen zur Miete – und die/der Vermieter*in hat keinen wirtschaftlichen Anreiz, in Energiesparmaßnahmen oder in den Umstieg auf Erneuerbare zu investieren, denn Kosten für Wärme werden einfach 1:1 an Mieter*innen durchgereicht – egal wie hoch sie sind
- d) nur ca. 14% der Wohnungen werden über Fernwärme versorgt, die zentral von größeren Energieversorgern oder Stadtwerken zur Verfügung gestellt wird. Der Großteil von Heizungen sind dezentrale kleine Anlagen (Blockheizkraftwerke, Einzelheizungen). Damit gibt es Millionen von nötigen Abschalt-/Umbaunotwendigkeiten.

Problem a) ließe sich z.B. lösen, indem ein (angemessen hoher) CO₂-Preis (z.B. Steuer) eingeführt wird, sodass die Preise endlich die ökologischen Folgen widerspiegeln. Und dass diese Kosten bei den Fossilen dazu führen, dass stattdessen die klimagerechten Alternativen mehr genutzt werden: Diejenigen, denen ihre Heizung selbst gehört (oft die im Eigentum wohnen und viele Industrie-/Gewerbebetriebe), haben dann einen Anreiz, fossile Heizung auszutauschen und durch Erneuerbare zu ersetzen – und im Idealfall die Maßnahme zu kombinieren mit Wärmedämmung, damit insgesamt weniger Energie verbraucht wird.

Allerdings interessiert das eine*n Vermieter*in überhaupt nicht, denn es gibt dann einfach nur höhere Nebenkosten für die Mieter*innen (siehe b). Das bedeutet, es braucht auch klare Regeln (Vorgaben) für Vermieter*innen, welche Heizung sie einbauen dürfen, wann sie sanieren müssen usw.

Mögliche politische Forderungen:

- **Erdöl- und Erdgasheizungen verbieten!**
Verbot von fossilen Heizungen für **neue** Gebäude (vgl. Niederlande) (Vorgabe müsste in Deutschland ins Gebäudeenergiegesetz, das voraussichtlich im Herbst 2018 im Bundestag verhandelt wird – und danach jederzeit aktualisiert werden könnte)
- **Nur erneuerbare Wärme ist klimagerecht!**
Wenn **Heizung in Bestandsgebäude** sowieso kaputt geht: **neue Heizung** muss (zumindest anteilig) **mit Erneuerbaren³** betrieben werden (Vorgabe ebenfalls in Gebäudeenergiegesetz)
- **CO2 muss angemessenen Preis bekommen!**
angemessen hohen **CO2-Preis** (Steuer/Abgabe etc.) für Heizöl und Erdgas einführen (Vorsicht bei eventuellen Ausnahmen für die Industrie! s.u.)
- **Mieter*innen schützen vor ungerechten Heizkosten!**
Obergrenze für Vermieter*innen, welche Kosten umgelegt werden dürfen auf Mieter*innen (z.B. maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche pro Monat für Heizkosten, Differenz muss Vermieter*in dann selbst zahlen -> zu ändern in Heizkostenverordnung/Mietrecht)
- **Fossile raus aus Wärmenetzen!**
Wärmenetze (z.B. Fernwärme in großen Städten/ kleinere Nahwärmenetz) sollen bis zum bestimmten Termin umgestellt sein auf Erneuerbare und/oder Abwärme, die sowieso anfällt aus Gewerbe/Industriebetrieben (vgl. Debatten und erste Erfolge in Berlin und Hamburg -> www.tschuess-kohle.de)

Wer sind die Gegner einer Defossilisierung im Wärmesektor?

- z.T. **Wärmenetzbetreiber**, die zugleich ihr Gas- oder Kohlekraftwerk weiterbetreiben wollen (z.B. Vattenfall in Hamburg)
- manche **kommerzielle Vermieter*innen/Wohnungsgesellschaften**, die auf maximale Rendite ausgerichtet sind und daher alle Investitionen scheuen, die nicht unmittelbar ihren Gewinn steigern.
- **Erdgas-Branche**, denn die wittern das große Geschäft nach dem Kohleausstieg, versuchen sich grad als „grüne Branche“ zu etablieren und wollen ihre Erdgasheizungen verkaufen/ihre Erdgaskraftwerke (oft Kraft-Wärme-Kopplung mit Wärmenetz) laufen lassen
- **Heizungshersteller**, die immer noch vorwiegend auf Öl- und Gasheizungen setzen (Viessmann, Bosch, Buderus, Vaillant, Brötje, Wolf...)
- **z.T. Heizungsinstallateure**, die mit ihrem Standardprogramm (alte Öl/Gasheizungen gegen neue tauschen) gutes Geld verdienen.

Welche Verbündete gibt es?

³ So eine Regelung gibt es schon lange für neue Gebäude. Und in Baden-Württemberg sogar ein Landesgesetz, dass das auch für Bestandsgebäude gilt.

Als erneuerbare Wärme gelten z.B: Solarthermie, Holz, Pellets, Biogas, sogenanntes Windgas (aus Erneuerbaren Strom erzeugter Wasserstoff oder künstliches Methan: Power-to-Gas, z.B. von Greenpeace Energy), effiziente Wärmepumpen (bitte mit Ökostrom!!!) und Geothermie.

- Parallel zur Klimaschutzdebatte gibt es – vor allem in großen Städten - eine **Bewegung für ausreichend bezahlbaren Wohnraum**, z.B. werden Häuser besetzt, die unnötig leerstehen/ aus Spekulationsgründen nicht dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen wird vor allem durch 2 neoliberale politische Entscheidungen verursacht:
 - a) Viele Kommunen haben ihren eigenen Wohnungsbestand/eigene städtische/gemeinnützige Wohnungsgesellschaften verkauft – z.T. an Heuschrecken-Investmentfirmen – mit fatalen Folgen für die Mieter*innen: schlechter Zustand der Wohnungen, hohe Mieten.
 - b) Die öffentlichen Gelder für soziale Mietpreisbindung sind massiv zurückgegangen. Das waren Subventionen für Investoren, die Wohnungen gebaut haben. Als Gegenleistung mussten sie für 15 Jahre eine niedrige Miete garantieren. Danach entscheidet der freie Markt (außer, es gibt eine mit dem Staat verabredete Anschlussregelung).

Außerdem verschärfen zweistellige Renditeversprechen von Immobilien-Fonds und gierige Anleger*innen die Situation.

Das Thema ‚bezahlbares Wohnen‘ ist weit in die Gesellschaft verankert, jede*r kennt eine Geschichte im direkten Umfeld – damit kann also jede*r was anfangen. Das erleichtert es, öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen, wenn man Klimaschutzthemen auch hieran anknüpft. Es gab schon einige Demos mit tausenden von Menschen unter dem Motto „Mietenwahnsinn stoppen“ – z.B. mehr als 10.000 Menschen im April in Berlin.

Diese Aktiven dürften sich auch dafür interessieren, dass wir internationale (Klima-)Gerechtigkeit erst schaffen, wenn auch das „Detail“ des Wohnens - das Heizen - zufriedenstellend gelöst ist. Und dafür, dass große Wohnungsgesellschaften häufig ihren Gewinn auf Kosten von nicht mehr zeitgemäßen energetischen Standards noch weiter maximieren.

- **Aktivist*innen für soziale Gerechtigkeit.** Denn wer wohnt - auch in Deutschland - derzeit am ehesten in zugigen, schlecht gedämmten und ineffizienten Gebäuden, die krank machen?⁴ Diejenigen, die wenig Geld haben. Und die werden dann noch damit bestraft, dass sie besonders hohe Heizkosten haben. Weil es den Vermieter*innen einfach egal ist.⁵
- Für den **CO2-Preis** gibt es eine wachsende Zustimmung in Deutschland, zahlreiche Umweltorganisationen sind dafür, sogar eigens dafür gegründete Gruppen (Bürgerlobby Klimaschutz, CO2-Abgabe-Verein usw.) – und inzwischen ist sogar der BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) für einen CO2-Preis (aber nur, wenn der international gilt...). Also Obacht, wer bei diesem Thema echte Verbündete sind und wo die Unterschiede der verschiedenen Konzepte liegen: CO2-Preis ist super, aber dann muss er auch für alle gelten, und es darf **nicht** wieder zig Ausnahmen für energieintensive Gewerbe und Industrie geben (wie derzeit bei Ökosteuern, Netzentgelten und EEG-Umlage...). Der **Deutsche Mieterbund** hat ein gutes Auge drauf, welche CO2-Preis-Konzepte gerecht sind.
- **Anti-Erdgas-Aktivist*innen:** Sie wissen, dass ein Großteil des Erdgasverbrauchs in Deutschland in die Heizungen fließt (BDEW: „jede zweite Wohnung in D wird mit Erdgas

4 Und zwar ganzjährig: Dämmung ist nicht nur wichtig im Winter, sondern auch Hitzeschutz im Sommer.

5 Übrigens gibt es den verpflichtenden Gebäudeenergieausweis, der eigentlich Informationen über den energetischen Zustand aussagen soll, damit man sich vor Miete oder Kauf informieren und vergleichen kann. In überhitzten Wohnungsmärkten traut sich aber niemand danach zu fragen, wenn er/sie mit 100 weiteren einen Besichtigungstermin hat. Da ist man froh, überhaupt eine Wohnung zu bekommen.

warm“). Und sie engagieren sich (neben dem Verhindern vom Bau neuer Erdgasinfrastruktur, z.B. Pipelines und LNG-Terminals, und der Erdgasförderung in Europa) auch für die Alternativen.

- **Bei den Umweltverbänden engagieren sich vor allem DUH, WWF und NABU für die Energiewende im Wärmesektor** (mit unterschiedlich viel/wenig Ressourcen).

Aktionsformen/Ansatzpunkte:

- Die 10 größten Wohnungsunternehmen (viele davon börsennotiert!) unter Druck setzen: „Was tut ihr für Klimaschutz und gerechtes Wohnen?“⁶;
- Protestaktionen gegen die Klimasünder auf dem Wohnungsmarkt auf Bau- und Wohnungsgipfeln, bei Jahres(presse)konferenzen oder Aktionärsversammlungen;
- In Städten mit Wärmenetzen: welche Brennstoffe? Wer ist Betreiber/verantwortlich? (z.B. Vattenfall? Stadtwerke? etc.) recherchieren, öffentlich thematisieren, ggf. Volksentscheid o.ä. (vgl. München und Hamburg);
- bei Demos für Mietengerechtigkeit/bezahlbares Wohnen auch Klimagerechtigkeitsaspekte deutlich machen (auf Plakaten/Aufrufen/Redebeiträgen);
- sozial gerechten CO₂-Preis fordern

Wichtig: Klimaschutz-Sündenbock-Rhetorik gegenhalten

Die Wohnungswirtschaft versucht, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen gegeneinander auszuspielen – und so beides gleichermaßen zu diskreditieren:

Die Vertreter*innen der Wohnungswirtschaft behaupten immer wieder, dass hohe Energiesparstandards und Erneuerbare Energien das Bauen übermäßig teuer machen und dass dies bezahlbares Wohnen für diejenigen, die wenig Geld haben, verhindere.⁷ Das ist klar anhand von Fakten zu widerlegen: Neubau wird v.a. oft dadurch teuer, dass die Grundstückspreise hoch sind, dass viele Vorgaben erfüllt werden müssen wie Stellplätze für Autos uvm. Außerdem gibt es bei allen energetischen Standards hohe Preisschwankungen.⁸

Und es gibt leider viele Beispiele, wo Vermieter*innen eine energetische Sanierung als Vorwand missbrauchen, um die Mieten zu erhöhen und Mieter*innen zu vertreiben (Gentrification). Hier müssten die Regeln strenger werden, welche Sanierungskosten wirklich auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen und die Kontrollen dazu besser.

⁶ https://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article152095546/Die-zehn-groessten-deutschen-Wohnungsgesellschaften.html

⁷ Z.B. hat die Wohnungslobby Anfang 2016 versucht, als viele neue Geflüchteten-Unterkünfte errichtet werden mussten, das Zeitfenster zu nutzen und die energetischen Mindeststandards (generell für alle Gebäude) aufzuweichen. Zum Glück haben ihr die damaligen Bauminister in Bund und Ländern die rote Karte gezeigt und das nicht mitgemacht.

⁸ vgl. <https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/>

Diesen Versuch, Soziales gegen Ökologie aufzustellen, dürfen wir nicht zulassen (ausgerechnet kommt der Versuch von denjenigen, den **beides** egal ist)!

Die Klimagerechtigkeitsbewegung sollte deutlich machen, dass es keine Alternative dazu gibt, auch die fossilen Heizungen schnellstmöglich abzuschalten, um das Klima zu retten. Und dass dies im Sinne der vielen Mieter*innen geschehen muss. Das Ziel ist klar – und wenn der Weg klug gewählt ist, haben alle was davon.

Fatal wäre, sich nicht für das Thema einzusetzen und das Feld den anderen zu überlassen – dann gewinnen weder die Mieter*innen – noch das Klima.

Ich kann leider nicht auf der Strategiekonferenz dabei sein, freu mich aber sehr über Rückfragen und Feedback und bin dafür zu erreichen unter Julia_Energiewende@sonnenkinder.de

Erdgas dient nicht dem Klimaschutz!

Positionspapier von Food & Water Europe

Im Herbst 2016 ließ die Gasindustrie im Rahmen der Kampagne "Klima 2020" einen LKW mit einer schmelzenden Eisskulptur des Bundestages auf der Ladefläche durch das Berliner Regierungsviertel fahren. Mit dieser und weiteren Aktionen versucht sich die Gasindustrie immer wieder als Klimaretter in Szene zu setzen. Von vielen Seiten wird Erdgas in der Debatte um Klimaschutz und Energiewende als klimafreundlicher und grüner fossiler Energieträger oder als Brücke zu den erneuerbaren Energien bezeichnet. Aber stimmt das?

In diesem Papier verweisen wir auf Fakten die verdeutlichen, dass der Energieträger Gas - entgegen den Aussagen der Industrie - nicht dem Klimaschutz dient, sondern die globale Erwärmung – wie im Sommer 2018 deutlich spürbar voranschreitend - signifikant beschleunigt.

Fossiles Gas ist weder klimafreundlich noch grün, sondern trägt maßgeblich zur Klimaerwärmung bei.

Gas ist eindeutig ein weiterer fossiler Energieträger auf den wir auf Grund seiner klimaschädigenden Wirkung verzichten müssen. Tatsächlich wird weniger Kohlendioxid emittiert, wenn Erdgas statt Kohle oder Öl verbrannt wird. Jedoch sind bereits diese Verbrennungsemissionen alleine genug, um das Europäische Kohlenstoffbudget in wenigen Jahren aufzubrechen.¹ Zusätzlich dazu bringt die Nutzung von Erdgas noch ein weiteres massives Klimaproblem mit sich, das bislang wenig beachtet wurde: Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan und bereits geringe Methanemissionen verleihen Erdgas einen enormen Treibhausgas-Fußabdruck. Wenn neben den beim Verbrennen entstehenden CO₂-Emissionen auch die bei Förderung und Transport anfallenden Methanleckagen berücksichtigt werden, fällt die Klimabilanz von Erdgas - wie mehrere aktuelle Messergebnisse in den USA bestätigen - deutlich schlechter aus als zunächst angenommen. Bereits bei dem sogenannten konventionellen (d.h. ohne Fracking gewonnenen) Erdgas entweichen rund vier Prozent der gesamten Produktion in die Atmosphäre. Dies geschieht durch Leckagen und Druckentlastung an der Förderstelle, während der Lagerung und beim Transport zum Abnehmer (dies betrifft auch die Herstellung und den Transport von Flüssigerdgas, dem sog. LNG). Bei gefracktem Gas (insbesondere Schiefergas) ist die Datenlage unsicherer, doch sind die Methanemissionen dort wahrscheinlich drei bis viermal so hoch, das heißt sie können bis zu 12 Prozent der Gesamtleistung einer Bohrstelle betragen². Gemäß den aktuellen Zahlen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) ist der Treibhauseffekt von Methanemissionen in den ersten 20 Jahren 84-87 mal stärker und in den ersten 100 Jahren 34-36 mal stärker als der von CO₂³.

¹

https://www.research.manchester.ac.uk/portal/files/60994617/Natural_Gas_and_Climate_Change_Anderson_Broderick_FOR_DISTRIBUTION.pdf

² Howarth (2016) „Methan Emissionen – der Treibhausgas-Fußabdruck von Erdgas“. Link:

http://www.eeb.cornell.edu/howarth/summaries_CH4_2016_De.php

³ IPCC 2013, Chapter 8, Anthropogenic and Natural Radiative Forcing Link: https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg1/WG1AR5_Chapter08_FINAL.pdf

Angesichts von Kipppunkten im Klimasystem, die schon in den nächsten 10 bis 20 Jahren zu abrupten und irreversiblen Klimaänderungen führen können, ist es unerlässlich, die aktuellen IPCC Zahlen für die Erstellung von Klimabilanzen zu verwenden und die extrem schädlichen Klimaeffekte von Methan in den ersten 20 Jahren zu berücksichtigen. Aus diesen Ergebnissen resultierende notwendige Maßnahmen zur Reduktion von Methanemissionen können sehr schnell Erfolge in der Klimapolitik ermöglichen.⁴

Momentan beruhen die Angaben der Methanemissionen in Deutschland allerdings auf Eigenberechnungen des Bundesverbandes für Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (ehemals WEG). Tatsächliche Messungen oder unabhängige Studien zu Methanemissionen aus der Produktion fossiler Energieträger in Deutschland existieren bisher nicht⁵. Hier besteht nach wie vor dringender Forschungsbedarf. Es muss daher zunächst sichergestellt werden, dass Methanemissionen aus der Aufsuchung, Produktion, Lagerung sowie dem Transport und Verbrauch von Erdgas durch Behörden und unabhängige Institute gemessen werden und dass Kohlenwasserstoffproduzenten, Händler sowie Betreiber der Netze und Speicher zum Auffangen der Methanemissionen verpflichtet werden. Dies gilt es auch beim etwaigen zukünftigen Einsatz von synthetischem Gas, wie z.B. dem Power-to-Gas-Verfahren, zu beachten.

Für die Berechnung der CO₂-Äquivalente von Methan wird immer noch der veraltete Faktor 25 (100-Jahreswert) aus dem IPCC Bericht 2007 verwendet⁶. Auf dieser Grundlage wird auch die Klimabilanz von Gas gegenüber Kohle errechnet⁷. Die Berechnungsmodelle müssen dringend aktualisiert und die Wissenslücken um die wirklichen Methanemissionen müssen durch Messungen geschlossen werden, damit die wahre Klimabilanz von Gas präsent wird.

Dies gilt insbesondere, da Deutschland sich verpflichtet hat bis zum Jahr 2030 die Treibhaus-Emissionen um mindestens 55 Prozent und bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu mindern. Allerdings wird prognostiziert, dass mit den derzeitigen politischen Maßnahmen lediglich 33 Prozent bis 2020 erreicht werden, so dass schnellstmöglich wesentlich größere Anstrengungen zur Emissionsreduzierung unternommen werden müssen⁸. Ein großflächiger Umstieg von Kohle zu Gas würde, vor allem wenn der Klimaeinfluss von Erdgas korrekt gemessen wird, nicht zu den nötigen Treibhausgasreduktionen führen.

Der Einsatz von Erdgas muss zeitlich und quantitativ auf ein festgelegtes Minimum begrenzt bleiben.

Viele Energiewendeszenarien betonen, dass Erdgaskraftwerke auch mittel- oder langfristig benötigt werden könnten, um Dunkelflauten der Erneuerbaren auszugleichen. Allerdings muss auch hierbei die tatsächliche Klimawirkung von Methan beachtet werden. Zudem zeigt

⁴ Howarth (2016) „Methan Emissionen – der Treibhausgas-Fußabdruck von Erdgas“. Link:

<http://www.eeb.cornell.edu/howarth/images/summary/2030b.jpg>

⁵ IASS Report (2016) „The Uncertain Climate Costs of Natural Gas“. Link: [http://publications.iass-](http://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/escidoc:2046028:3/component/escidoc:2046029/IASS_Working_Paper_2046028.pdf)

[potsdam.de/pubman/item/escidoc:2046028:3/component/escidoc:2046029/IASS_Working_Paper_2046028.pdf](http://publications.iass-potsdam.de/pubman/item/escidoc:2046028:3/component/escidoc:2046029/IASS_Working_Paper_2046028.pdf)

BT-Drucksache 18/11321, März 2017. Link: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/115/1811518.pdf>

⁶ IPCC Report 2007. Link: https://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_synthesis_report.htm

⁷ <https://www.zukunft-erdgas.info/studien/vorkettenemission>

⁸ <http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimapolitik-der-bundesregierung/>

eine aktuelle Studie aus den USA, dass Methanemissionen aus Gaskraftwerken um das 21-120-fache höher sein können als vorab geschätzt - wenn sie tatsächlich gemessen werden⁹.

Flexibilität kann nicht nur durch Gas und Kraftwerke bereitgestellt werden. Demand-Side Maßnahmen wie Batteriespeicher, Smart Grids und/oder überregionale Vernetzung können alle dazu dienen, eine fluktuierende Stromerzeugung auszugleichen. Die Netzentwicklungspläne auf deutscher und europäischer Ebene betrachten Elektrizität und Gas jedoch getrennt¹⁰. Erzeugung und Verbrauch von Erneuerbarer Energie werden aber zunehmend in einem räumlichen Zusammenhang zusammengeführt. Diese Entwicklung beleuchten die Autoren des Vor-Ort-Strom Berichts „Wege zur Dezentralisierung der Stromversorgung“¹¹. Während heute unter einem Prozent der Kilowattstunden direkt vor Ort vom Produzenten an den Konsumenten geliefert werden, ist zu erwarten, dass dieser Anteil im zukünftigen Marktsystem enorm ansteigt. Vor-Ort-Strom betont die wachsende Bedeutung von Versorgungskonzepten wie dem Eigenverbrauch, Mieterstrom, Quartiersstrom oder Regionalstrom.

Der Einsatz von Erdgas und das Betreiben von Erdgaskraftwerken muss also neu durchdacht und durch entsprechende Regelungen auf ein zeitlich und quantitativ festgelegtes Minimum begrenzt werden.

Investitionen in neue Infrastrukturen für den Import von Erdgas sind überflüssig und bergen die Gefahr von Lock-in-Effekten.

Deutschland ist nicht nur der größte Gasverbraucher, sondern auch eine Hauptdrehscheibe des Gashandels in Europa. Die Gasimportkapazitäten (54 Mrd. m³ aus Norwegen, 208 Mrd. m³ aus Russland und rund 25 m³ aus den Niederlanden) sowie die Gasspeicherkapazitäten in Höhe von 24,6 Mrd. m³ übersteigen Deutschlands Verbrauch um mehr als das 3-fache. Zudem verfügt laut Bundeswirtschaftsministerium Deutschland über die größten Erdgasspeicherkapazitäten Europas und die viertgrößten weltweit. Mit dem Anschluss von Nord Stream 2 würde die Importkapazität sogar um weitere – nicht benötigte - 55 Mrd. m³ pro Jahr erweitert werden¹².

Dabei ist in den letzten siebzehn Jahren (2000-2017) der Erdgasverbrauch in Deutschland um 5,6 Prozent gesunken, für eine Zwischenzeit in den Jahren 2005 bis 2015 ergab sich sogar eine Reduktion von über 16 Prozent¹³.

Dennoch werden auf EU-Ebene aber auch in Deutschland die Importkapazitäten für Erdgas derzeit massiv ausgebaut. So werden die Planungen für den Bau einer zweiten North Stream-Gaspipeline von Russland nach Deutschland vorangetrieben und der Bau eines Terminals für den Import von Flüssiggas (LNG) in Brunsbüttel mit öffentlichen Fördermitteln

⁹ Assessing the Methane Emissions from Natural Gas-Fired Power Plants and Oil Refineries. Link:

https://www.eenews.net/assets/2017/03/14/document_gw_06.pdf

¹⁰ E3G Blog „Sind Gas und Energiewende Traumpartner? – 3 Kriterien“. Link: <https://www.e3g.org/library/sind-gas-und-energiewende-traumpartner-3-kriterien>

¹¹ Vor Ort Strom Bericht 2017. Link: <https://www.haleakala-stiftung.de/vor-ort-strom/>

¹² BMWI: Versorgungssicherheit bei Erdgas – Monitoring-Bericht nach § 51 EnWG (2016). Link:

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoring-bericht-nach-51-enwg-zur-versorgungssicherheit-bei-erdgas.pdf?__blob=publicationFile&v=5

BMWi Dossier „Konventionelle Energieträger“. Link: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/konventionelle-energietraeger.html>

¹³ Eurostat, AGEB & BVEG Zahlen (http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Energy_trends & <http://www.ag-energiebilanzen.de/> & <https://www.bveg.de/content/download/9546/109947/file/BVEG-Statistischer-Bericht-2016.pdf>

diskutiert¹⁴. Und das, obwohl die Auslastungsquote bestehender LNG-Terminals in der EU gerade einmal 22-23 Prozent beträgt¹⁵.

Heute geschaffene Gasinfrastruktur hat oft eine anvisierte Lebenszeit von 30 – 40 Jahren. Der Ausbau von Infrastrukturen für den Import von Erdgas wie Pipelines oder LNG-Terminals muss deshalb unbedingt verhindert werden. Damit werden sowohl das Entstehen von Lock-In-Effekten bei der Nutzung fossiler Energieträger als auch Fehl-Investitionen in verlorene Vermögenswerte vermieden. Das gilt es besonders dann zu berücksichtigen, wenn zur Finanzierung öffentliche Mittel verwendet werden.

Petrochemische Industrie setzt verstärkt auf gefracktes Gas (Ethan) zur Herstellung von Plastik, Petrochemikalien und Kunstdünger

Hydraulic Fracturing (hydraulisches Aufbrechen), kurz „Fracking“ genannt, ist ein technisches Verfahren der Öl- und Gasindustrie um Kohlenwasserstoffe aus geologischen Formationen (meistens Schiefer-, Ton-, Sandgesteinen sowie Kohleflöze) zu fördern. Über Tiefbohrungen wird zunächst vertikal (ein bis fünf Kilometer) und dann teilweise horizontal in die geologischen Schichten gebohrt. Anschließend werden unter Hochdruck Millionen Liter mit Sand und Chemikalien gemischtes Wasser (sog. Frack-Fluid), in den Untergrund gepresst. Hierdurch werden Risse in den Gesteinsschichten erzeugt oder erweitert, um so die Förderung von Erdöl und Erdgas zu ermöglichen oder zu verbessern.

Das Verfahren geht mit einer Menge negativer Folgen für Mensch, Umwelt und Klima einher. Die entscheidend zur ansteigenden Klimaerwärmung beitragenden Methanemissionen wurden bereits erwähnt. Darüber hinaus spielt der große Wasserbedarf, der zu einer Konkurrenzsituation mit der Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung bzw. Beregnung für die Landwirtschaft führt, die Gefahr der Kontamination von Trinkwasserreservoirs, Fließgewässern und Äckern eine große Rolle. Immer stärker wird auch wissenschaftlich das erhebliche Risiko der öffentlichen Gesundheit durch die Öl- und Gasindustrie thematisiert.¹⁶

Trotzdem erleben wir gerade, dass die weitere Ausbeutung und Erschließung von Schiefergaslagerstätten in Pennsylvania momentan vor allem von der petrochemischen Industrie vorangetrieben wird. Schiefergas enthält neben Methan auch die Begleitgase Ethan und Propan. Ethan wiederum dient als Rohstoff für Ethylen, die meistproduzierte Grundchemikalie und Ausgangsstoff für Plastik. Die zunehmende Zahl der in den USA auf Gas-Basis betriebenen petrochemischen Fabriken (sog. Cracker) nimmt derzeit auf Grund des Preisvorteils von gefracktem Gas immens zu. Der American Chemistry Council verweist auf die entscheidende Rolle von Fracking-Gas für Investments in neue petrochemische Anlagen. Seit 2010 seien Investments in 325 neue petrochemische Projekte im Wert von US\$194 Mrd. angekündigt worden – wobei 49 Prozent davon bereits vollendet bzw. im Bau

¹⁴ Pressemitteilung Auswärtiges Amt „Foreign Minister Gabriel and Austrian Federal Chancellor Kern on the imposition of Russia sanctions by the US Senate“, 15.06.2017. Link: http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170615_Kern_Russland.html

Wallstreet Online Artikel „Minister sieht weiteren Meilenstein für LNG-Terminal in Brunsbüttel“, 07.07.2017. Link: <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/9727381-minister-meilenstein-lng-terminal-brunsbuettel>

Müller, Dana Christine. „Gegenwind für LNG-Pläne“. *Boyens Medien*. 13. Dezember 2017. Link: <http://www.boyens-medien.de/artikel/dithmarschen/gegenwind-fuer-lng-plaene.html>

¹⁵ Eigene Kalkulationen, basierend auf GSIE Daten. Link: <https://alsi.gie.eu/#/>

¹⁶ Concerned Health Professionals of New York. „*Compendium of Scientific, Medical, and Media Findings Demonstrating Risks and Harms of Fracking* (the Compendium)“. 5th Edition. March 2018. Link: <http://concernedhealthny.org/compendium/>
EU Commission. „Technical workshop on public health impacts and risks resulting from oil and gas extraction“. 8 November 2016. Link: http://ec.europa.eu/environment/integration/energy/pdf/health_impacts_and_risks-from-oil_and_gas_extraction.pdf

befindlich seien. Weitere 45 Prozent seien in der Planungsphase. Lediglich der Status von 6 Prozent der geplanten Investments sei unklar bzw. im Verzug mit der Umsetzung.¹⁷ Ein neues Zentrum der fossilen und petrochemischen Industrie könnte in Pennsylvania entstehen.¹⁸

Der Petrochemie-Gigant Ineos, im Besitz des reichsten Mannes Großbritanniens¹⁹ ist größter Plastikhersteller in Europa und versorgt bereits seine Anlagen in Schottland (Grangemouth) und Norwegen (Rafnes) mit geacktem US Gas aus Pennsylvania zur Plastikherstellung²⁰. Das Unternehmen besitzt auch im Kölner Raum große petrochemische Anlagen, die in regelmäßigen Abständen mit Unfällen und technischen Störungen die Aufmerksamkeit von AnwohnerInnen und Medien erregen.²¹ Ineos plant demnächst über die erweiterte Anlage in Antwerpen, Belgien, geacktes Gas zur Herstellung von Plastik und Petrochemikalien direkt zu den Anlagen im Kölner Raum zu befördern.²²

Auch der neu geplante – erste - LNG Terminal Deutschlands in Brunsbüttel, setzt auf US Fracking-Gas-Importe, die ebenfalls u.a. von Yara, den sog. „Exxons der Landwirtschaft“²³, für die Herstellung von Kunstdünger verwendet werden würden.²⁴

Der Markt kann Klimaschutz nur dann unterstützen, wenn Preise alle Kosten miteinbeziehen.

Es ist dringend notwendig, die bei der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas anfallenden externen Kosten endlich zu internalisieren. Direkte und indirekte Subventionen fossiler Energien müssen sofort gestoppt werden. Die derzeit niedrigen Energiepreise fossiler Energieträger (Anfang 2016 wurde ein 6-Jahres-Energiepreis-Tief erreicht) führen aus klimapolitischer Sicht zu Fehlsteuerung und Lock-In-Effekten. Das zeigt sich beispielsweise am steigenden Absatz von öl- und gasbefeuernden Heizkesseln, welche bei einer Lebensdauer von bis zu 30 Jahren eine vertane Chance für den Klimaschutz sind. Um dies zu verhindern und die gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Preise fossiler Energieträger angepasst werden. Ein wichtiger Schritt ist die Internalisierung der externen Kosten wie die Folgeschäden für Umwelt und Gesundheit. Im Bereich Wärme (Erdgas und Erdöl) sind von den 23 Mrd. angenommenen externen Kosten lediglich 4 Mrd. internalisiert, d.h. durch Energiesteuern eingepreist. Seit 2003 wurden die Steuertarife auf Energieerzeugnisse in Deutschland nicht verändert, das derzeit niedrige Preisumfeld bietet eine günstige Gelegenheit zur Anpassung von Steuern und Abgaben, um die beschriebenen Fehlanreize zu korrigieren²⁵.

¹⁷ American Chemistry Council. „U.S. Chemical Investment Linked to Shale Gas: \$194 Billion and Counting“. April 2018. Link: https://www.americanchemistry.com/Shale_Gas_Fact_Sheet.aspx

¹⁸ Irina Slav. „Is this the world's next petrochemical hub?“. OilPrice.com. 26.März 2016. Link: <https://oilprice.com/Energy/Natural-Gas/Is-This-The-Worlds-Next-Petrochemical-Hub.html>

¹⁹ Peter Hart „This Fracking Profiteer You've Never Heard of Is the Richest Man in the UK“. Food & Water Watch. 16. Mai 2018. Link: <https://www.foodandwaterwatch.org/news/fracking-profiteer-youve-never-heard-richest-man-uk>

²⁰ Food & Water Europe / Food & Water Watch. „The Trans-Atlantic Plastic Pipeline: How Pennsylvania's Fracking Boom Crosses the Atlantic“. Mai 2017. Link: <https://www.foodandwatereurope.org/wp-content/uploads/2017/06/FoodWaterEuropePlasticsPipelineIssueBriefJune62017.pdf>

²¹ Food & Water Europe / Food & Water Watch. „Ineos' Chequered Environmental Track Record in Europe.“ November 2017. Link: <https://www.foodandwatereurope.org/wp-content/uploads/2017/11/FoodandWaterEuropeReportIneosChequeredRecordinEuropeNov2017.pdf>

²² Internationales Verkehrswesen. „Vier neue Butan-Gastankschiffe für Ineos und Imperial Logistics“. 11. April 2018. Link: <https://www.internationales-verkehrswesen.de/butan-gastankschiffe-fuer-ineos-und-imperial-logistics/>

²³ Lili Fuhr. „Die Exxons der Landwirtschaft“. Klima der Gerechtigkeit. 09. Oktober 2015. Link: <http://klima-der-gerechtigkeit.de/2015/10/09/die-exxons-der-landwirtschaft/>

²⁴ Brunsbüttel Ports. „LNG am Standort Brunsbüttel – Potentiale und Chancen“. Link: https://www.foodandwatereurope.org/wp-content/uploads/2018/07/BrunsbuettelPorts_LNG-am-Standort-Brunsbuettel.pdf

²⁵ FÖS (2016): Stellungnahme zum Grünbuch Energieeffizienz des BMWi. Marktkräfte für Energieeffizienz nutzen. (S. 5-7): <http://www.foes.de/pdf/2016-10-FOES-Stellungnahme-Gruenbuch-Energieeffizienz.pdf>

den Stand der Klimaerwärmung angepasst werden.

- 5) Der Ausbau von zusätzlichen Infrastrukturen für den Import von Erdgas wie Pipelines oder LNG-Terminals muss verhindert werden, um das Entstehen von Lock-In-Effekten bei der Nutzung fossiler Energieträger zu vermeiden.
- 6) Direkte und indirekte Subventionen für fossile Energien müssen sofort gestoppt werden.
- 7) Fracking für Kohlenwasserstoffe muss vollständig – auch in Sandsteinlagerstätten – verboten werden.
- 8) Sofortiger Import-/Handels- und Verarbeitungsstopp für geackte Kohlenwasserstoffe (auch für die Herstellung von Kunstdünger, Plastik und Petrochemikalien).

Zudem müssen direkte und indirekte Subventionen fossiler Energien sofort gestoppt werden. Laut eines aktuellen Berichts des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. – in Auftrag gegeben von Greenpeace – belaufen sich die quantifizierbaren Subventionen in Deutschland für fossile Energieträger auf mehr als 46,2 Mrd. Euro pro Jahr²⁶.

Studien der Internationalen Energieagentur kommen zu dem Ergebnis, dass die Subventionen für fossile Energien 2013 weltweit 548 Mrd. US-Dollar betrugen. Ein aktueller Bericht verschiedener NROs aus 2017 beziffert die Subventionen für fossile Brennstoffe sogar auf ein vierfaches der derzeitigen Subventionen für Erneuerbare.²⁷ Ein Auslaufen der Subventionen für fossile Energieträger könnte jedoch die globalen CO₂-Emissionen bis 2020 um knapp 7 % senken. Dies macht deutlich, welche große Bedeutung dem Abbau umweltschädlicher Subventionen für den Umwelt- und Klimaschutz auch auf internationaler Ebene zukommt²⁸.

Wir fordern daher:

- 1) Treibhausgasemissionen aus der Aufsuchung, Produktion, Lagerung sowie dem Transport und Verbrauch von Erdgas müssen durch Behörden und unabhängige Institute gemessen, überwacht und öffentlich gemacht werden.**
- 2) Bei der Erstellung von Klimabilanzen zur Feststellung der CO₂-Äquivalente von Methan ist der aktuelle IPCC Report und der 20-Jahres-Zeitrahmen anzuwenden.**
- 3) Kohlenwasserstoffproduzenten, Händler sowie Betreiber der Netzwerke und Speicher müssen schnellstmöglich zum Auffangen der Methanemissionen verpflichtet werden.**
- 4) Die Netzentwicklungspläne für Gas und Strom müssen an die Vorgaben des Pariser Abkommens und die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über**

²⁶ FÖS (2017): Subventionen für fossile Energien in Deutschland – Beitrag für eine transparente Berichterstattung im Rahmen der G20. Link: http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017-07-04_gpd_report_subventionen_fuer_fossile_energien_in_deutschland.pdf

²⁷ http://priceofoil.org/content/uploads/2017/07/talk_is_cheap_G20_report_July2017.pdf

²⁸ UBA (2016): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland (S.10) Deutschland: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschuere_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf

Ende Legende!

Das Manifest zum Autoausstieg

von gegenstromberlin, August 2018

1. Worum es geht
2. Ziele und Funktionen für eine antagonistische Anti-Auto Bewegung
3. Warum wir eine dezidiert politische, systemkritische Anti-Auto-Bewegung jetzt brauchen
4. Was wir in den nächsten Jahren erreichen wollen
5. Impulse und Startpunkte für die Anti-Auto-Bewegung

Zusammenfassung

Wir lehnen Automobilität als ein Kernelement klimaschädlicher Technologien und kapitalistischer Ausbeutungslogik ab. Wir wollen dieser Ablehnung Ausdruck verleihen, mit Massenaktionen an symbolträchtigen Orten wo der finanziell-industriepolitisch verwobenen Automobilsektor seine Macht demonstriert. Die Veränderung der Mobilitäts- und Konsum/Status-Muster geht einher mit einer Transformation des Wirtschafts-, Finanz- und Handelssystems, das wir aufgrund seiner ausbeuterischen und klimaschädlichen Logiken verwerflich finden. Massenaktionen dienen vor diesem Hintergrund der Delegitimation und der Diskursverschiebung.

1) Worum es geht

Auf der ganzen Welt sind Menschen in Bewegung. Die Massenmobilität hat sich zur Schicksalsfrage der Menschheit entwickelt. Viele Industrien und Menschen leben davon sehr gut, viele Menschen und die Umwelt leiden aber genau darunter. Zweierlei geht aus dieser Tatsache hervor: Der eingeschlagene fossil befeuerte Mobilitätspfad muss verlassen werden. Der alternative Mobilitätspfad wird alles verändern.

Der Stromsektor wird von der Kohle dominiert. Der Verkehrssektor wird von Autos dominiert. Aus sozialökologischer Sicht und aus einer kapitalismuskritischen Analyse heraus sind das beides unhaltbare Zustände. Wir plädieren dafür, dass sich die Klimagerechtigkeitsbewegung aktionistisch und antagonistisch mit dem motorisierten Individualverkehr und der dahinter stehenden Industrie auseinandersetzt. Wenn wir als kapitalismuskritische Bewegung wirklich das herrschende Wachstums- und Wirtschaftsmodell abschaffen wollen, müssen wir bei der deutschen Schlüsselindustrie anfangen und beim eigenen

Mobilitätsverhalten aufhören. Wir wollen eine Anti-Auto-Bewegung formieren, die unser Leben schöner, sicherer und gesünder macht.

2) Ziele und Funktionen für eine antagonistische Anti-Auto-Bewegung

Sie würde bestehende Akteure von links als Bewegung formen und vereinigen. Die antagonistische Gruppierung wäre die linke, radikale Flankierung, die Seitenmarkierung. Die institutionellen Akteure wären die gemäßigte Flankierung und Seitenmarkierung auf der so genannten bürgerlichen Seite. Die antagonistische Bewegung hat radikalere Analysen, Forderungen und Aktionsformen. Damit treibt sie die anderen Bewegungselemente voran. Sie dient zugleich den gemäßigten Akteuren zur instrumentellen Selbst-Abgrenzung. Interventionistische und auf Emanzipation setzende Akteure kritisieren Auto-Mobilität grundsätzlicher und aus verschiedenen Perspektiven wie Sexismus, Kolonialismus, Imperialismus etc. Das sind alles Merkmale, die dem globalisierten Kapitalismus inhärent sind. Es sind die Merkmale der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich).

Für die antagonistische Anti-Auto-Bewegung ist die Kritik an der Auto-Mobilität Kernelement einer Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem. Aufgrund der Verwobenheit von Finanzkapital, Autoproduktion, Exportmustern und Lohnabhängigkeit ist der Automobilsektor ein zentraler Pfeiler des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die antagonistische Bewegung beschleunigt damit den dringenden Wandel des herrschenden Mobilitätssystems. Angesichts der galoppierenden Bio-Krise ist ein beschleunigter Wandel notwendig.

Massenhafte und radikale Protestformen erzeugen Bilder und Berichterstattung für alle Medienkanäle. Medialisierung und Publicity für Protest ist notwendig. Denn was nicht im Fernsehen, nicht auf Facebook und Twitter läuft, existiert quasi nicht.

3) Warum wir eine dezidiert politische, systemkritische Anti-Auto-Bewegung jetzt brauchen

Wer Klimagerechtigkeit fordert, darf von motorisierter Mobilität nicht schweigen. Der Verkehrssektor trägt entscheidend zur Klimakrise bei: Mit 160 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten ist der Verkehr 2015 der drittgrößte Verursacher von Emissionen in Deutschland (Anteil: 18 Prozent). Immer größere Spritfresser und eine absolute Zunahme des Verkehrs fressen Effizienzgewinne wieder auf. Das sind in erster Linie individuelle Kaufentscheidungen, befeuert durch staatliche Zuschüsse, Dienstwagenprivilegien und steuerliche Anreize.

Dennoch: Fette SUVs muss sich niemensch kaufen. Laut Umweltbundesamt liegt das Niveau der Treibhausgasemissionen über dem von 1990.(2) Die meisten motorisierten Personenkilometer werden für Sport und Freizeit verbraucht, Ausbildungs- und Berufsverkehr machen nur rund 22 Prozent aus.

Die autogerechte Stadt ist im Kern auch sexistisch. Motorisierte Gewalt geht häufiger von Männern aus. Es gibt einen enormen Gender Mobility Gap.

Männer machen absolut mehr Personenkilometer in Kraftfahrzeugen. Sie sind absolut und relativ gesehen, für mehr Verkehrsdelikte, tödliche und schwere Unfälle verantwortlich als Frauen. Automachos sind der sichtbarste Ausdruck von Sexismus im Straßenverkehr: Sie belästigen und nötigen weibliche Verkehrsteilnehmerinnen. Wir wollen, dass Männer* sich von Gendernormen (rasen, rumprollen, Rüpel'n) im Verkehr befreien, ganz im Sinne einer emanzipativen Männer*bewegung.

Durch die Zunahme des Personenverkehrs und des Güterverkehrs werden städtische Raumkonflikte verschärft. Fahrende und parkende Autos nehmen öffentliche Räume weg. Diese Räume fehlen dann als Wohnräume, Parkflächen, Spielflächen oder sonstige Räume, in denen Begegnung stattfinden kann. Stellplätze für Autos werden auf Mieten umgelegt,- auf die Mieten aller Mieter*innen, egal, ob sie ein Auto **haben oder nicht**.

Autofahren ist auf vielfache Weise eine Gefahr für Leib und Leben. Seit Gründung der Bundesrepublik nahm die Zahl der Unfälle über lange Jahre kontinuierlich zu: Im Jahr 2013 wurde mit mehr als 2,414 Millionen polizeilich registrierten Verkehrsunfällen ein neues Maximum erreicht. 2014 erfolgte ein geringer Rückgang um 0,3 Prozent. Allein in Deutschland gab es im Jahr 2015 fast 3500 Verkehrstote. WHO rechnet damit, dass in den nächsten 15 Jahren 1,8 Millionen Menschen im Straßenverkehr sterben.

Wir mobilisieren für ein hoch emotionales Thema. Alle sind betroffen. Daran liegt zugleich die Stärke und die Schwäche einer Anti-Auto-Bewegung. Wie gesagt, teilen immer mehr Menschen die Auffassung, das Kohle irgendwie ein Problem für Klima und menschliche Gesundheit darstellt. Dennoch bleibt das Ganze für die Mehrheit der Menschen in Deutschland abstrakt. Sie sind weder vom Kohleabbau noch von der Klimakrise direkt betroffen. Die abstrakte Gefährdungslage für die eigene Gesundheit, für das eigene Leben, ist ein Grund dafür, weshalb nicht noch mehr Menschen gegen Kohle auf die Straßen gehen. Das Thema mobilisiert und emotionalisiert nicht die Massen. Anders beim Verkehr. Alle sind Verkehrsteilnehmende, alle sind davon betroffen, wenn es da nicht läuft, ist das Gejammer groß. Siehe, wenn Menschen im Stau stehen oder die Bahn Verspätung hat.

4) Was wir in den nächsten Jahren erreichen wollen

Kohleausstieg klar machen. Wir halten den Druck aufrecht, gegenüber der Politik und den Konzernen aufrecht bis es keine neuen Tagebaue und keine Kohlekraftwerke mehr gibt. Die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung hat 2010 angefangen, mit Klimacamps und Aktionen in die Grube zu gehen. Es ging darin, die Ursachen der Klimakrise und der damit verbundenen sozial-politischen Krisen, vor Ort zu bekämpfen, zu markieren, zu delegitimieren. Als Klimagerechtigkeitsbewegung halten wir den Druck aufrecht, auf die Kohlekommission, auf die Konzerne und die internationale Logistikbranche, die am globalen Kohlehandel mitverdient.

Wir wollen eine ganz grundsätzliche gesellschaftliche Debatte zu Mobilität führen. Herausforderung: Der motorisierte Individualverkehr wird gleichermaßen geliebt wie geschmäht. Der Bestand von Personenkraftwagen in Deutschland im Jahr 2018 betrug rund 46,5 Millionen. (6) Sehr viele Menschen in Deutschland fahren und lieben ihr Auto, das ist tief in der Kultur und im Alltag verwurzelt. Automobilität ist für vielen Menschen ein emotionales Thema, wer dagegen anstinkt, macht sich kaum Freund*innen im Mainstream, Autos sind emotionaler als Braunkohle. Automobilität und Freiheit werden gleichgesetzt, restriktive Maßnahmen wie Fahrverbote werden von einer Mehrheit abgelehnt, auch von „Grünen“. Gerade in den Städten stehen Alternativen zum Auto bereit. Wie gesagt haben wir extreme Vorbehalte zum herrschenden Mobilitätssystem. Wir wollen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung und in der gesamten Gesellschaft darüber sprechen. Wir sehen auch die internen Widersprüche, wenn wir unser eigenes Mobilitätsverhalten reflektieren. Wie kriegen wir das zusammen? Was sind politische Lösungen? Wie kriegen wir einen Systemwechsel hin, der dem Anspruch globaler Gerechtigkeit folgt?

Wir wollen bei der Verkehrswende nicht die gleichen Fehler durchgehen lassen wie bei der Energiewende. Von vorne herein entschieden sauber und emanzipatorisch anlegen. Wir verbinden Anti-Auto mit der Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem. Es ist schön, dass der Anteil von erneuerbaren Energien in Deutschland bei rund 36 Prozent liegt, im Stromsektor. Der Kohleanteil beträgt 40 Prozent. Unter anderem reißt Deutschland deswegen das eigen Klimaziel 2020. Es ist schön, dass das EEG den Ausbau von erneuerbaren Energien angetrieben hat. Gleichwohl hat es die Politik aber unterlassen, ernsthafte Schritte gegen die Kohle zu unternehmen. Leider wird auch das emanzipatorische Potenzial von dezentralen Erzeugungs-Verbrauchs-Gemeinschaften nicht genutzt. Das aktuelle Energiemarkt-Design bevorzugt die kapitalträchtigen Konzerne. Das Credo für die Verkehrswende muss darum sein: Das Gute fördern, das Schlechte verbieten. Die emanzipatorischen Chancen klimafreundlicher, distributiver Mobilität nutzen und Machtkonzentrationen im Mobilitätssektor vermeiden.

5) Impulse und Startpunkte für die Anti-Auto-Bewegung

Wir plädieren für Massenaktionen gegen Autos. Die Politik und die Industrie, die den motorisierten Verbrennungsmotor hätscheln und heiligen, sind die primären Adressaten unserer Empörung. Wir sehen aber auch, dass Autofahren an sich höchst problematisch ist. Deswegen sprechen wir die Einzelne und den Einzelnen nicht von der Verantwortung frei. Autofahren bedeutet Luftverschmutzung, Lärm, verstopfte Straßen, Raumkonflikte, Rohstoffdesaster und eine Verschärfung der Klimakrise.

Reclaim the city streets! Wir starten als urbane Bewegung. In den Städten verpesten die Autos nicht nur unsere Gesundheit, die Luft und das Klima. Das tun die Autos auf dem Land auch. Aber in urbanen Zentren stehen genügend Alternativen zum Auto bereit. Uns ist bewusst, dass es in ländlichen Räumen und kleineren Städten erst wenig Alternativen zum Auto gibt. Wir sind darum zunächst und in erster Linie eine urbane Bewegung. Wir sind überzeugt, dass der motorisierte Individualverkehr eine der größten sozial-ökologischen Ungerechtigkeiten darstellt. Die Absicht, zunächst die Städte autofrei zu machen ist not-in-my-backyard-anrühig. Ja, es stimmt: Wir wollen die Scheiße auf vier Rädern nicht vor der Haustür haben. Lokale Betroffenheit und daraus entstehendes Engagement ist eine quasi natürliche Abfolge. Durch die ganze Geschichte der Ökologie-Bewegung ist ersichtlich, dass so Gruppen und Bewegungen starten, zum Beispiel auch der Protest rund um Garzweiler Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahren

Die Verkehrsfrage muss als Frage der sozial-ökologischen Gerechtigkeit behandelt werden. Wir haben es letztendlich mit einer moralischen Frage zu tun, deren Beantwortung zu Delegitimation des Autofahrens führt. Die Verkehrsfrage muss entschiedener als Frage sozialer und ökologischer Gerechtigkeit im politischen und öffentlichen Raum thematisiert werden. Gerechtigkeit schreiben sich alle Parteien auf die Fahne, wenn es um Mobilitätsgerechtigkeit geht, ziehen sie die meisten Parteien diese Fahne schnell ein. Autofahren ist mehrfacher Weise ungerecht und asozial.

Die deutsche Autoindustrie ist eine Schlüsselindustrie, ihr Umbau verändert das ganze Land. Für den Strukturwandel in der Autoindustrie müssen politische Lösungen gefunden werden. In der Kohleindustrie sind hierzulande je nach Schätzung etwa 50.000 Menschen direkt und indirekt beschäftigt. Die Kohleindustrie ist keine Schlüsselindustrie. Anders im Automobilbereich: 800.000 Menschen arbeiten in Deutschland bei Autobauern und Zulieferern. Das sind so viele wie seit 25 Jahren nicht mehr (3). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist hoch. Leider sind die Gewerkschaften nicht wirklich gesellschaftlich offen und zukunftsgerichtet. Sie verteidigen die Privilegien, die mit dem Verbrennungsmotor zusammenhängen. Es sind hauptsächlich die Privilegien von gut verdienenden, gut abgesicherten männlichen Facharbeitern in Normalarbeitsverhältnissen. Es ist wichtig zu betonen, dass der Strukturwandel in der Automobilindustrie sowieso kommen wird. Der Strukturwandel in der Autoindustrie, der (erwartete)

Beschäftigungsabbau hat vorallem mit Produktivitätssteigerungen und Automatisierung zu tun. Verantwortliche Manager/innen Industriepolitik müssen dafür Lösungen finden. Stattdessen investieren sie Geld und Ressourcen in die Verteidigung nicht zukunftsfähiger Technologien und Geschäftsmodelle.

Bestimmte Industrien haben keine Zukunft, wenn die Menschheit auf diesem Planeten eine Zukunft haben soll. Wir setzen uns kritisch mit „Strukturwandel“ und „Just Transition“ auseinander. Wir nehmen die Sorgen und Bedenken der Beschäftigten ernst, in der Kohleindustrie und auch in der Autoindustrie. Das ist als Bewegung aber nicht unsere Hauptsorge. Vom Chef des Europäischen Gewerkschaftsverbunds ist dieser Spruch überliefert: "There are no jobs on a dead planet". Ende Gelände hat den Spruch 2015 auf Aufkleber gedruckt. Die Botschaft dahinter: Erst das Klima, dann die Jobs. Leider krankt die Just Transition Debatte unter einer falschen Prioritätensetzung. Da heißt es allzuoft: Erst die Jobs, dann das Klima. Das Narrativ der Grünen Ökonomie und auch eine (unserer Meinung nach falschen) Interpretation von Just Transition lautet: Beides ist möglich! Klima retten und alle Jobs in der klimaschädlichen Industrie. Geht aber nicht! Als Bewegung dürfen wir uns nicht auf dieses Märchen von Politik, Industrie und Gewerkschaften einlassen. Es ist ein Märchen, dass in der strategischen Absicht erzählt wird, um Machtansprüche zu sichern und überkommene Privilegien zu wahren. Es ist in höchstem Maße ungerecht (not just!) öffentliche Gelder in bestimmte Industriezweige zu pumpen. Statt langer Ausführungen an dieser Stelle nur ein paar Frage: Wer hat den „Schlecker-Frauen“ geholfen? Wie viel Kompensationszahlungen haben die Beschäftigten in der Solarpanel-Produktion bekommen als diese nach Fernost verlagert wurde?

Macht eins, zwei, drei, viele Kieze autofrei! Wenn wir ein gerechtes Verkehrssystem wollen, sollten wir buchstäblich vor der eigenen Haustür beginnen, in unseren Kiezen und Bezirken. Die Menschen und das Klima in den Großstädten leiden ganz konkret an der motorisierten Massenmobilität. Besonders schädlich sind Pkw, Lkw und Motorräder mit fossil betriebenen Verbrennungsmotoren. Sie sind laut, machen Dreck, verstopfen öffentliche Räume und sind ihre Fahrer sind verantwortlich für die meisten schweren und tödlichen Unfälle. Um das verkehrte Verkehrssystem vor unserer Haustür umzukrempeln, gibt es schon zahlreiche Initiativen, z.B. Mein Kiez wird autofrei und Fahrrad-Netzwerke. Selbst wenn sie sich nicht dezidiert anti-auto positionieren, werden sie oft als so anti-auto wahrgenommen. Das sind Abwehr-Reflexe der autogerechten Stadt, ihrer Stadträte und autofixierten Bewohner*innen. Systemwechsel beginnt auch im Kleinen, auf der lokalen Ebene. Deswegen sollten antagonistische Aktivitäten und Interventionen auch auf der lokalen Ebene beginnen. Gleichzeitig ist eine bundesweite, vielleicht sogar europaweite Vernetzung und Bündnisarbeit wichtig, um als Bewegung sichtbar zu werden.

Think big! Like really big. Like Massenaktionen! Viele kleine Nadelstiche gegen Autoterror sind gut und nützlich. Ebenso gut und nützlich und symbolisch wichtig

sind zentrale Massenaktionen, die Autoverkehr und die dahinterstehende Industrielogik delegitimieren. Die Idee, dass das Auto der Deutschen liebste Kind ist, drückt eigentlich alles aus, was falsch läuft. Die echten Kinder sind ja wohl wichtiger als die Maschinen. Also Ende Legende!

Wer sind "Wir"? Gegenstromberlin!

*Wir sind gegenstromberlin, eine offene, undogmatische Gruppe von Klimaktivist*innen aus Berlin. Wir sind seit gut einer Dekade in der KBN unterwegs. Schwerpunkt liegt seit einigen Jahren auf der Kohleregion Lausitz und Mitteldeutschland. Nach einem ausgiebigen internen Strategie-Wochenende und einer Reihe von "Mobility-Meet-Ups" mit anderen Gruppen und Individuen im Berliner Raum ist das vorliegende Papier entstanden. Wenn in diesem Manifest von "wir" die Rede ist, beziehen die Autor*innen das in erster Linie auf sich selbst. Natürlich wollen wir, dass wir mehr werden*

www.gegenstromberlin.net // FB @gegenstromberlin // info@gegenstromberlin.net

[1] HYPERLINK

"http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutz_in_zahlen_verkehr_bf.pdf"http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutz_in_zahlen_verkehr_bf.pdf, Abruf am 3. April 2018

[2] HYPERLINK "<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2016-verkehr-kuehle-witterung-lassen>"<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2016-verkehr-kuehle-witterung-lassen>, Abruf am 3. April 2018, Nach ersten Berechnungen des Umweltbundesamtes stiegen die durch den Verkehr verursachten Emissionen 2017 um 3,8 Millionen Tonnen auf 170,6 Millionen Tonnen, was einem Plus von 2,3 Prozent gegenüber 2016 entspricht. Ein Grund dafür sei, dass nach Daten des Kraftfahrtbundesamtes der Pkw-Bestand um rund 1,5 Prozent angestiegen ist. Mehr Autos auf der Straße, so die einfache Schlussfolgerung des UBA, lassen höhere Fahrleistungen und damit höhere Treibhausgasemissionen erwarten. Auch der Güterverkehr auf der Straße habe zugelegt – angeheizt durch die gute Konjunktur. Bei Lkw und Sattelzugmaschinen sind die Bestände 2017 um +4,1 Prozent bzw. +4,4 Prozent gewachsen. HYPERLINK "<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2017-emissionen-gehen-leicht-zurueck>"<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2017-emissionen-gehen-leicht-zurueck>

[3] Umweltverbund: Gruppe der umwelt-verträglichen Verkehrsmittel - die nicht motorisierten Verkehrsträger (zu Fuß gehen und Fahrrad), die öffentlichen Verkehrsmittel (Öffentlicher Personen Nahverkehr ÖPNV und Taxi) sowie das Carsharing.

[4] HYPERLINK "<https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/diesel-skandal-und-kartellverdacht-so-abhaengig-ist-deutschland-von-der-autoindustrie/20114646.html>"<https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/diesel-skandal-und-kartellverdacht-so-abhaengig-ist-deutschland-von-der-autoindustrie/20114646.html>, Abruf am 10.3.2018

[5] HYPERLINK "<https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/diesel-skandal-und-kartellverdacht-so-abhaengig-ist-deutschland-von-der-autoindustrie/20114646.html>"<https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/diesel-skandal-und-kartellverdacht-so-abhaengig-ist-deutschland-von-der-autoindustrie/20114646.html>, Abruf am 10.3.2018

[6] HYPERLINK "<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12131/umfrage/pkw-bestand-in-deutschland/>", Abruf am 10.3.2018

Strategie-Papier Orgakreis Klimacamp im Rheinland

Welche Orte sind für kommendes Jahr strategisch relevant und warum? Sollten wir uns dabei mit einer größeren Mobilisierung auf einen Schauplatz konzentrieren oder dezentral übers gesamte Jahr Druck aufbauen? Oder was sonst?

Das Rheinland ist strategisch weiterhin ein wichtiger Ort solange Kohleabbau relevant ist.

Wir stellen uns 2019 ein großes Camp zum zehnjährigen Klimacamp-im-Rheinland-Jubiläum im Rheinland vor, das Teil einer größeren „Choreographie“ im Rheinland sein könnte mit Großaktionen, Camps, etc. anderer Akteur*innen. Darüber hinaus könnte diese Choreographie ein Meilenstein der Vorgehensweise sein, auf dem Weg zu 2020 („by 2020 we rise up - turning the tide“) eine langfristige Steigerung der Aktionen für Klimagerechtigkeit und Systemwandel (mehr in den Vordergrund stellen) voranzutreiben.

Die konkrete Strategie des Klimacamps Rheinland für 2019 und anderer Aktionen / Camps ist auch abhängig von verschiedenen Faktoren:

- was passiert dieses Jahr auf dem Camp und was entsteht daraus? (Strategiekonferenz und andere Strategie-Diskussionen, Anwohnernetzwerk, Lokalgruppengründung etc.)
- Was passiert in der Kohlekommission und im Bezug auf den Hambi?

**Welche Perspektive hat der Anti-Kohle-Widerstand in den nächsten 3-4 Jahren?
#GroKo #ForgetParisAgreement**

Das Thema Kohleausstieg wird gerade politisch und medial relevanter und das ist gut, trotzdem passiert da noch viel zu wenig und es wird sich vermutlich in den nächsten 3-4 Jahren nicht grundlegend etwas ändern. Daher finden wir es sinnvoll und notwendig auch nach 2018/2019 ein Klimacamp im Rheinland zu organisieren, mindestens bis zum Kohleausstieg. Wir denken, dass widerständige Anwohner*innen ein essentielles Mittel auf dem Weg zum Kohleausstieg sind (Dörfer verteidigen als starkes Symbol/ keine Aktion mit 10.000 Menschen ohne lokale Unterstützung). Deswegen wollen wir Anwohner*innen einbinden und den lokalen Widerstand unterstützen um die Bewegung zu stärken und unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Wir wollen die aktuellen medialen Debatten zum Kohleausstieg und verwandten Themen (Klimaziele 2020, Abgaswerte in den Städten u.a.) nutzen, um Aktionen zu initiieren, am besten breit gestreut von vielen Akteuren und über das Jahr verteilt um das Thema noch stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und mehr Menschen zu erreichen. Daher sollten wir länger/mittelfristig auch als Skill-Sharer für neue aufkommende Bewegungen fungieren und uns mit diesen vernetzen. Außerdem wollen wir so darauf aufmerksam zu machen, dass das Thema Kohle mit vielen anderen Themen zusammenhängt und der Kohleausstieg allein nicht reicht, sondern ein grundlegender Systemwandel her muss.

Wir finden es wichtig, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung auch Themen wie Automobilindustrie, industrielle Landwirtschaft und Verkehr u.a. thematisiert. Gleichzeitig sehen wir, dass beim Thema Kohle weiterhin viel Druck notwendig ist. Längerfristig (also nach dem Kohleausstieg) wären Klimacamps im Rheinland zu anderen Themen als Kohle

(Bayer in Leverkusen, Atomstrom in Thiange) möglich. Oder wir gehen zu einem anderen Klimagerechtigkeitssthema an einen anderen Ort.

Auf welchen weiteren Feldern können wir wie und was in den nächsten Jahren vorantreiben und wie wird all das gemeinsam mit Kohle sichtbar als Klimagerechtigkeitsbewegung? #AutoVerkehr #Landwirtschaft #Gas #Alles

Kontroverse ob das Klimacamp im Rheinland sich in eine andere Bewegung verwandeln kann oder ob es dann woanders stattfindet oder auch von einer anderen Bewegung übernommen werden kann. Argumente: es gibt auch noch viel anders im Rheinland: Thiange (Atom), Bayer/Monsanto (Chemie, Saatgut/Pflanzenschutz)... vs. "wenn die Braunkohle weg ist macht das Klimacamp im Rheinland keinen Sinn mehr".

Wen sollte die Klimagerechtigkeitsbewegung als neue Bündnispartner*innen in der nächsten Zeit gewinnen?

- Stärkere Vernetzung intern mit unseren bestehenden Partner*innen
- Anwohnerinnen
- Vernetzung folgender Bewegungen untereinander:
Bewegungen rund um die Themen Landwirtschaft, Tierrechte, Antirassismus, Feminismus, Anti-Atom, Anti-fossile-Energie, Pro-Fahrrad, Pro-öffentlicher-Nahverkehr (Energiewende & Verkehrswende) --> Themen sollen möglichst nicht ausgelagert werden, sondern mit ins Camp aufgenommen werden
- Folgende weitere Akteure:
Wissenschaftler*innen, die zu zivilem Ungehorsam aufrufen
Arbeiter*innen, Gewerkschaften
Kontrovers: „Promis“, die zu zivilem Ungehorsam aufrufen, Kirchen-Leute
Kontroverse: wie stark wollen wir uns für andere öffnen die nicht ganz auf unserer Linie sind und wie weit zusammenarbeiten?
Pro Öffnung zu Akteuren/Bewegungen die nicht ganz auf unserer Linie sind: wenn wir wachsen wollen und was bewegen wollen müssen wir uns öffnen für neue Verbündete, neue Verbündete können uns stärken. / Das "System zu unseren Gunsten nutzen" / Mächtige Gegner brauchen mächtige Alliierte.
Contra Öffnung zu Akteuren/Bewegungen die nicht ganz auf unserer Linie sind: Unwohlsein Menschen für uns sprechen zu lassen die nicht (ganz) das verkörpern für das wir stehen / "verwässert" sich die Bewegung dann? / lieber nach innen stärker werden und so mehr bewegen als in der Breite wachsen
--> Ergo: es sollte ein Minimalkonsens her bei welchen Dingen wir mitgehen können und bei welchen nicht.

Wie sollten sich unsere Strukturen mittelfristig und langfristig entwickeln, um auch im Kontext sich möglicher zuspitzender gesellschaftlicher Konflikte und im Zuge der fortschreitenden Klimakrise weiter effektiv Widerstand leisten zu können? #Solidaritätsressourcen #NachhaltigerAktivismus #TransformativePower

Das Klimacamp im Rheinland sollte ein stabiler Faktor sein und als Anlaufstelle für Menschen in der Bewegung dienen. Dies auch in Zusammenhang/Kooperation mit anderen

Klimacamps und auch über den Campzeitraum hinaus (Anwohnernetzwerk, Lokalgruppen u.a.) - mit verschiedenen Aktions- und Vernetzungsmöglichkeiten. Das Camp sollte dabei ein Ort sein wo Alternativen ausprobiert werden können, also als eine Art Kreativlabor für gesellschaftliches Zusammenleben fungieren.

Die Strukturen des Camps sollten sich dabei flexibel entwickeln können und offen bleiben, damit es sich für alle gut anfühlt und neue Menschen partizipieren können. Dabei sollte sich der Prozess an Bedürfnisse des Orgakreises anpassen bzw. Orgaprozess und Camp mehr eins werden. Ideen wären auch neue Strukturen zu gründen wie ein Moderationskollektiv und ein Infrastrukturkollektiv die verschiedene Camps und Orte bespielen. Die Frage ist auch wie Menschen in sich verändernden Lebensphasen (z.B. nach Uniabschluss, mit Kindern) im Prozess gehalten werden können.

Die Frage nach der Rolle des Klimacamps im Rheinland ist auch die ob es ein größeres, "besonderes" Camp sein soll auf dem wir mit der gesamten Bewegung zusammenkommen (Vorteil großer Vernetzungsort für alle), oder ob es eins von vielen regionalen Camps sein soll (Vorteil: erreicht lokal mehr Menschen und schont persönliche Ressourcen).

***Wenn wir „system change“ ernst nehmen: Wie bettet sich die Klimagerechtigkeitsbewegung in eine gesamtgesellschaftliche Transformation ein bzw. treibt diese (mit) voran? #Post-Capitalism #MosaikLinke #NeueKlassenpolitik #GegenRechts**

Wir wollen Vorreiter*innen sein. Dabei müssen wir jedoch auch darauf achten was wir leisten können und wo wir Kompromisse eingehen müssen.

Welche Rolle hat das Klimacamp in diesem Zusammenhang? Das Klimacamp soll als Vernetzungsort und Basis von Klimagerechtigkeitsakteur*innen und verschiedener „verwandter“ Bewegungen fungieren. Hierfür stehen die 4 Säulen des Camps: alternativ zusammenleben, Vernetzung schaffen, uns bilden, Aktionen gestalten. Strukturen und Wissen das auf dem Camp(Prozess) entwickelt werden, sollten gesellschaftlich stärker zugänglich gemacht werden. Dafür sind lokale Camps super um dies der Bevölkerung näher zu bringen, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen und auch um miteinander verbundene Themen (Im Sinne des Connecting Movement Camps und der Themenerweiterung von Ende Gelände) verschiedene Akteure und Perspektiven mit einzubringen und zu vernetzen.

Brauchen wir als Klimagerechtigkeitsbewegung neben kurz- und mittelfristigen Plänen eine langfristige Perspektive? Wo wollen wir im Jahr 2050 stehen? #SystemChange #InOurLifetime #(No)EndOfHistory #ThisChangesEverything

Klimagerechtigkeit ist ein großes Thema, das auch langfristig relevant sein wird und wo Aktivismus stattfinden kann und soll (auch nach der Braunkohle). Konkret bis 2050 zu planen macht allerdings wenig Sinn, da es wichtig ist dass die Bewegung flexibel bleibt und sich auf veränderte Bedingungen einstellen kann. Dennoch brauchen wir auch eine langfristige Perspektive und diese sollte Revolution/Transformation also eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft sein (kann auch als stufenweise Veränderung geschehen). Das Camp bietet die Möglichkeit die revolutionäre/transformativ Perspektive neu zu justieren und zu stärken. Das was auf dem Camp schon im Kleinen passiert sollte dabei verstärkt werden und mit mehr Drive in die Gesamtgesellschaft getragen werden.

Die verschiedenen Klimacamps können sich dabei daran orientieren wie wir uns eine Postwachstumsgesellschaft vorstellen (und vice versa) bzw. als Vorbild für diese dienen:

lokale Communities die selbstorganisiert und selbstbestimmt sind, dabei aber untereinander vernetzt und sich gegenseitig unterstützend.

Weitere Fragen die den Klimacamp Orgakreis beschäftigen:

Welcher Ort soll das Camp sein? → Es gibt unterschiedliche Bedürfnisse bezüglich der Frage, wie anschlussfähig für die Mehrheitsgesellschaft (z.B. Kirche u.ä.) wir sein wollen:

- Gemeinsames Ziel ist Transformation/ Klimagerechtigkeit aber es gibt unterschiedliche Wege dahin die im Konflikt stehen: größtmögliche Radikalität und dadurch innere Stärke vs. Offenheit und stärker werden durch eine möglichst große und breite Bewegung.
- Was also bedeutet Radikalität, und wie steht das im Bezug zu Offenheit?
- Wie schaffen wir ein Nebeneinander von größtmöglicher Offenheit und größtmöglicher Sicherheit/ Safe spaces?

Strategiepapier der Arbeitsgruppe Ökosozialismus der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO)

Sackgasse Autogesellschaft — Verkehrswende und Umstieg – *jetzt!*

Der systematische Betrug der Autokonzerne bei den Dieselmotoren hat eine breite Debatte über die Zukunft der Mobilität von Personen und den Transport von Gütern ausgelöst. Diese Grundsatzdiskussion ist vor allem deshalb erforderlich, weil die Klimaerwärmung und ihre katastrophalen Folgen immer deutlicher zu erkennen sind. Denn Straßen- und Luftverkehr sind für rund ein Viertel der für die Klimaerwärmung relevanten Emissionen verantwortlich, Tendenz deutlich steigend.

Elektroautos – keine Alternative

Das von der Autoindustrie und den politischen Eliten hochgehyppte Elektroauto bringt keine Lösung. Für die Autoindustrie hat das Elektroauto den Charme, dass man auf die Produktion von ebenso hohen Stückzahlen wie heutzutage hofft. Gerade diese Massenproduktion schafft jedoch bei der Gewinnung von Leichtmetallen wie Aluminium aus Bauxit erhebliche ökologische Probleme. Die Klimabilanz der Herstellung und Entsorgung von Batterien ist eine weitere Hypothek. Werden Benziner und Diesel durch E-Autos ersetzt, ändert sich am horrenden Flächenverbrauch ebenso wenig wie an den verstopften Straßen und Autobahnen.

Eine wirkliche Verkehrswende angehen!

Notwendig ist deshalb eine Politik der Verkehrswende, die in enger Verbindung mit der Energiewende steht. Im Zentrum der neu ausgerichteten Verkehrspolitik müssen die Menschen, die Umwelt und das Klima stehen. Wir brauchen die grundsätzliche Abkehr von fossilen Energieträgern im Bereich Verkehr und Transport. Oberstes Ziel sollte sein, dass der heute vielfach existierende strukturelle Zwang, für die individuelle Mobilität ein Auto zu nutzen, beseitigt wird. Jede/r, die/der dies wünscht, soll ihre/seine individuelle Mobilität ohne einen eigenen Pkw realisieren können – und möglichst ganz ohne Auto.

Aktuell kommt es darauf an, die Menschen durch ein konkretes, überzeugendes Programm für die Verkehrswende zu gewinnen.

Eine Mehrheit in der Bevölkerung weiß um die Dramatik der Klimaveränderung. Sie ist offen für eine Verkehrswende-Debatte. So gibt es seit Jahrzehnten deutliche Mehrheiten für Tempolimits. In einer Stadt wie Berlin hat auch heute noch die Mehrheit der Haushalte kein Auto. In Hamburg sind es 40 Prozent. Bei den jungen Menschen in Nordamerika, Japan und Westeuropa gibt es seit mehr als 15 Jahren eine weitreichende Umorientierung, das eigene Auto hat erheblich an Wertschätzung verloren.

„Bahn für alle“ hat Vorschläge vorgelegt, wie die notwendige Verkehrswende aussehen könnte. Sie scheinen uns eine geeignete Grundlage für weitere Diskussionen zu bieten.

Das Sieben-Punkte-Sofortprogramm von „Bahn für Alle“

1. Die Strukturpolitik der kurzen Wege

Erforderlich ist eine systematische Strukturpolitik der kurzen Wege. Gefördert werden muss Dezentralität in den Bereichen Einkaufen, Kitas, Schulen, im Gesundheits- und Verwaltungsbereich. Neue Zentralisierungen von Verwaltungseinheiten („Kreisreformen“) sind abzulehnen, da mit Verkehrsinflation und Demokratieabbau verbunden. Im Bereich des Städtebaus wird die fortschreitende Zersiedelung gestoppt. Innenstädte müssen wieder bezahlbar sein. Die Subvention langer Arbeitswege wird umgewidmet in eine Förderung der Nähe von Wohnen und Arbeit.

2. Systematische Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs

Diese „Politik der kurzen Wege“ ist zugleich eine entscheidende Förderung für den Fußgänger- und Fahrradverkehr. Die Anteile dieser nichtmotorisierten Verkehrsarten an allen Wegen (also am „Modal split“) können verdoppelt werden. In den Städten sollten – nach den Vorbildern in den Niederlanden und in Dänemark – die Fahrradwege in Form von Radstreifen in die Straßen integriert werden. Erforderlich sind dafür die Einstellung aller Subventionen für den Straßen- und den Flugverkehr (Diesel- und Kerosinbesteuerung; dazu eine massive Anhebung der Lkw-Maut). Es gibt keinen neuen Straßenbau, keine neuen Landebahnen und keine neuen Airports. Bei Straße und Luftverkehr kommt es zu einem ersten infrastrukturellen Rückbau beziehungsweise zu Umwidmungen.

3. Umfassender Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Notwendig ist umfassender Ausbau aller Formen des öffentlichen Verkehrs. Im öffentlichen Nahverkehr ist ebenfalls eine Verdopplung des Modal-split-Anteils das Ziel. Dabei sollten vor allem oberirdisch geführte und schienengebundene Verkehrsmittel gefördert werden. Unterirdisch geführte Bahnen sind nur noch dort sinnvoll, wo dies baulich absolut unabänderlich ist. Busse sollten so weit wie möglich als Oberleitungsbusse verkehren (in einigen Fällen als Busse mit Akkubetrieb oder mit ergänzendem Akkubetrieb). Carsharing mit E-Pkw und Sammeltaxen – letztere auch verstärkt in ländlichen Bereichen – runden diesen Programmpunkt ab. Es gelten deutliche Tempolimits (120 km/h auf Autobahnen und 30 km/h in Städten und Wohngebieten. Busse und Bahnen werden durch Vorrangschaltungen beschleunigt.

4. Flächenbahn und Bürgerbahn

Ziel ist eine Flächen- und Bürgerbahn: Ein Schienenverkehr, der in der gesamten Fläche des Landes präsent ist, in dem Nah-, Regional- und Fernverkehr gut vertaktet sind und der sich unter öffentlicher, dabei dezentraler und bürgernaher Kontrolle befindet. Im Fernverkehr wird die Orientierung auf einzelne Hochgeschwindigkeitsstrecken beendet. Oberstes Ziel ist die Verwirklichung des Integralen Taktfahrplans als Halbstundentakt auf den wichtigen Verbindungen („Deutschland-Takt“).

Dafür ist der Ausbau des Schienennetzes mindestens auf Stand von 1990 erforderlich (rund 10.000 km neue – meist reaktivierte – Schienenstrecken), womit das Schienennetz wieder eine Betriebslänge von gut 45.000 km erhält. Insbesondere muss das Schienennetz in den Bereichen Weichen, Ausweichgleise und Gleisanschlüssen so ausgebaut und verstärkt werden, dass der Stand von 1996 wieder erreicht wird (was eine Verdopplung bei Weichen und Ausweichgleisen und eine Verfünfachung der Gleisanschlüsse erfordert).

Eine besondere Bedeutung erhält die umfassende Elektrifizierung der Schiene – bis auf Stichstrecken sollte das Schienennetz zu 100 Prozent elektrifiziert werden (wie dies in der Schweiz schon seit Jahrzehnten der Fall ist).

Die Nachtzüge und der Autoreisezug werden wieder eingeführt. Zusammen mit den Eisenbahnen der Nachbarländer wird ein europaweites Nachtzugverkehrsnetz aufgebaut. Das Ziel dabei ist, den größten Teil der Flüge im Bereich bis zu 1500 km auf die Schiene zu verlagern.

Die Struktur der Schienenunternehmen sollte grundsätzlich öffentlich, bürgernah und dezentral sein. Anstelle einer Gewinnorientierung muss als oberstes Ziel gelten, Verkehr auf die Schiene zu verlagern und einen optimalen Service für die Fahrgäste zu bieten. Notwendig sind dafür neue Strukturen (Unternehmensformen) für die Schienenverkehrsunternehmen und die Einrichtung von

demokratischen Kontroll- und Steuerungsgremien. Die Auslandsengagements der Deutschen Bahn AG werden komplett verkauft, womit eine Konzentration auf das Kerngeschäft, den Schienenverkehr in Deutschland, erfolgt. Insbesondere darf die Schieneninfrastruktur (Netz) nicht mehr der Gewinnorientierung unterworfen sein. Die Entgelte für die Nutzung von Trassen und Bahnhöfen werden halbiert.

5. Unsinnige Großprojekte stoppen

Bislang fließt ein erheblicher Teil der öffentlichen Gelder im Verkehrssektor in zerstörerische oder unnötige Großprojekte. Wir fordern den Stopp solcher Projekte – aktuell den Stopp von Stuttgart 21. Stattdessen sollen die bislang getätigten S21-Investitionen so umgenutzt werden, wie im Programm „Umbau21“ ausgeführt. Wir lehnen – gemeinsam mit den Initiativen vor Ort – die geplante Fehmarnbelt-Querung ab. Wir unterstützen alle, die sich gegen Fluglärm, für Nachtflugverbote und gegen neue Start- und Landebahnen oder gegen meist hoch subventionierte Regionalairports engagieren.

6. Für ein transparentes Tarifsysteem – für einen preiswerten öffentlichen Nah- und Fernverkehr – für Nulltarif-Modelle

Grundsätzlich erforderlich ist die Umsetzung eines völlig neuen, einfachen und transparenten Systems der Tarife im öffentlichen Verkehr, besonders bei der Deutschen Bahn AG. Notwendig ist darüber hinaus eine allgemeine Reduktion der Tarife im öffentlichen Verkehr (ÖPNV und Schiene insgesamt) um mindestens ein Drittel. Die Preise für die Mobilitätskarten (BahnCard 50 und 100, Monatskarten) sollten halbiert werden. Modelle mit „Nulltarif“ müssen in ersten Modellregionen erprobt werden. Junge Erwachsene dürfen die öffentlichen Verkehrsmittel in ihrem 19. Lebensjahr kostenfrei nutzen, um eigene Alternativen zu Auto und Führerschein erkunden zu können.

7. Den Güterverkehr drastisch reduzieren – den verbleibenden Güterverkehr auf Schiene und Binnenschiff verlagern

Der Güterverkehr stieg insgesamt zwischen 1993 und 2016 um 75 Prozent; der Straßengüterverkehr hat sich verdoppelt. Er soll laut offizieller Verkehrspolitik weiter massiv wachsen. Diese Transportinflation ist vor allem einer mit der Globalisierung absurd gestiegenen Transportintensität geschuldet: Immer mehr Transportkilometer stecken in einer Ware von ein und derselben Qualität.

Durch ein Bündel von Maßnahmen (höhere Lkw-Besteuerung; Beschränkung der Lkw-Größen, keine „Gigaliner“, Nachtfahrverbote und anderes mehr) ist eine Rückführung der Transporte insgesamt auf mindestens das Niveau von Anfang der 1990er Jahre und der Lkw-Transporte auf maximal ein Drittel des aktuellen Niveaus erforderlich. Erst in einem solchen Rahmen kann eine Verlagerung von verbleibenden Transporten auf Schiene und Binnenschiffe erfolgen. Alle anderen Szenarien sind mit nicht akzeptablen Belastungen – zum Beispiel mit noch mehr Schallemissionen – verbunden.

<http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/argumente/verkehrswende-und-umstieg-ndash-jetzt/ausstieg-aus-der-autogesellschaft.php>

Bewegung schaffen!

Jeder der genannten Schritte wird es mit dem erbitterten Widerstand der Autokonzerne und ihren politischen Erfüllungsgehilfen zu tun bekommen. Der anmaßende Blockadekurs der Autobosse gegen den Einbau von hinreichend großen AdBlue-Behältern in die Dieseldarossen lässt erkennen, was da auf uns zukommen wird. Nur wenn es uns gelingt, eine breite und entschlossene gesellschaftliche Bewegung auf die Beine zu bekommen, haben wir eine Chance, in dieser

Auseinandersetzung mit den Gralshütern des fossilen Kapitalismus unsere Vorstellungen durchzusetzen.

Es ist klar, dass bei einer Verkehrswende hin zu einem öffentlichen, schienengebundenen Verkehr weniger Pkw und Lkw benötigt werden. Pkw werden wohl noch in Gestalt von E-Taxis gebraucht, um für die Menschen auf dem flachen Land Mobilität zu ermöglichen, als Dienstfahrzeuge für Servicetechniker*innen oder mobile Dienste usw. Lkw braucht man wohl noch für die Überbrückung der „letzten Meile“, nachdem Mittel- oder Langstreckentransport auf der Schiene oder auf dem Wasser erfolgt ist. Sicher ist jedoch: Es wird in Zukunft allenfalls ein Fünftel der aktuell die Straßen verstopfenden Pkw benötigt.

Konversion ist machbar, Frau Nachbar!

Als Sozialist*innen ist es uns wichtig, dass die Arbeiter*innen nicht die Leidtragenden einer deutlichen Reduzierung der Automobilproduktion werden. Ein Teil der Arbeitsplätze wird dadurch bewahrt, dass die Arbeitszeit deutlich verkürzt und die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird. Die heutigen Automobilwerke könnten außer Straßenbahnen, Bussen, Kleinbussen und Sammeltaxis beispielsweise Fahrräder oder auch Blockheizkraftwerke bauen. Es gibt in unserer Gesellschaft zudem Bereiche, in denen erheblicher Nachholbedarf besteht und wo zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können. Zu nennen wäre etwa der Bau bzw. die Sanierung von Schulen und Krankenhäusern. Das Kanalisationsnetz und das Wassernetz werden seit Jahrzehnten auf Verschleiß gefahren. In Bildung und Erziehung, in der Pflege von Alten und Kranken besteht riesiger Bedarf. Hier gibt es viel zu wenig Personal.

Aber solche Ausgaben sind aus Kapitalsicht nicht profitabel, sondern Kosten, die möglichst niedrig zu halten sind. Das Problem im real existierenden Kapitalismus ist ja bekanntlich nicht, ob ein Bedarf, sondern ob eine zahlungskräftige Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen besteht. Wenn im Rahmen einer Umstellung hin zu einer ökologisch verträglichen Wirtschaft Autofabriken geschlossen werden, gilt es sicherzustellen, dass die dort beschäftigten Menschen nicht auf die Straße gesetzt werden. Sie müssen eine qualifizierende Umschulung (keine „Schnellbleiche“) für andere, in der Gesellschaft benötigte Tätigkeiten bekommen – unter Beibehaltung ihres bisherigen Gehalts.

Die Konversion der Autoindustrie wird zumindest in der BRD nicht auf der Ebene des Einzelbetriebs zu machen sein. Schließlich muss nicht nur ein Unternehmen, sondern eine ganze Branche umstrukturiert werden. Damit die vielfältigen erforderlichen Maßnahmen sinnvoll miteinander koordiniert werden können, muss die gesamte Branche der Autoindustrie in öffentliches Eigentum überführt werden.

System Change!

Es ist nicht vorstellbar, dass eine Verkehrswende im Rahmen eines Kapitalismus, der nicht zuletzt auch ein fossiler Kapitalismus ist, machbar wäre. In unserem Kampf für eine ökologisch nachhaltige Verkehrspolitik wird sich immer wieder die „Systemfrage“ stellen. Wenn wir es nicht tun – unsere Gegner*innen werden das tun.

Unsere Position in dieser Frage ist klar: Ein Wirtschaftssystem, das auf permanentem Wachstum, Profit und Konkurrenz beruht, kann nicht in Einklang mit einem nachhaltigen, sorgsamem Umgang mit der Natur gebracht werden. Wir müssen das Klima retten und den Kapitalismus auf die Müllhalde der Geschichte verbannen.

(Öko-) Sozialismus oder Barbarei

Arbeitsgruppe Ökosozialismus der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), Sommer 2018
ag-oekosozialismus@intersoz.org iso@intersoz.org <http://intersoz.org/>
<https://www.facebook.com/intersoz.org/>



Strategiepapier Power Rangers

Dieser Text ist entstanden auf Basis von Gesprächen innerhalb der Gruppe Gegenstrom Hamburg, aber repräsentiert nicht die Gruppenmeinung.

In den letzten Jahren waren unter anderem große Massenaktionen zum Blockieren fossiler Infrastruktur wichtige Orte für Vernetzung und Empowerment, haben den Braunkohleausstieg medial und politisch zum Thema gemacht und die Klimagerechtigkeitsbewegung wachsen lassen. Nichtsdestotrotz gibt es viele Bereiche, in denen ein tiefgehender Systemwandel stattfinden muss. Daher begrüßen wir es, dass dieses Jahr viele kleinere und größere Aktionen und Kampagnen zu verschiedenen Themen stattgefunden oder ihre Anfänge genommen haben bzw. noch nehmen werden. Und wir freuen uns, dass die Strategiekonferenz Anlass und Möglichkeit bietet, um über ein weiteres pluralistisches Vorgehen zu reflektieren.

Wo wir herkommen ...

Die Braunkohle-Tagebaue, -Kraftwerke und -Infrastruktur wollen wir als strategisch wichtige Orte nicht in Frage stellen, da hier Erfolge in greifbarere Nähe gerückt zu sein scheinen und ein wichtiges Etappenziel erreicht werden kann. Dennoch finden wir es wichtig, verschiedene Kämpfe mehr zusammen zu denken.

Wir fragen uns, ob die Klimagerechtigkeitsbewegung schon groß und stark genug ist, sich aufzufächern ohne die gebündelte Energie verpuffen zu lassen. Oder ob nicht gerade die Dezentralisierung und damit der Fokus auf lokale Kämpfe vielen neuen Menschen den Zugang erleichtern kann.

Wir wünschen uns, dass in Zukunft Braun- und Steinkohle mehr zusammen gedacht werden, denn „Kohleausstieg“ bedeutet, die Verbrennung jeglicher Kohle zu stoppen. Steinkohle als Thema hat das Potential, uns durch strategische Zusammenarbeit näher mit den Menschen in den Abbaugebieten zusammen zu bringen, aus denen die Kohle nach Deutschland importiert wird. Steinkohleimporte finden nicht erst seit Deutschland 2018 aus dem Steinkohlebergbau „ausgestiegen“ ist: Schon lange basiert der „Erfolg“ der deutschen Wirtschaft auf der Ausbeutung der Ressourcen und Menschen in anderen Ländern. Der Abbau und Transport der Steinkohle oft aus anderen Weltregionen, oft aus dem globalen Süden, rückt damit den zentralen Aspekt eines Kampfes für globale Gerechtigkeit mehr in den Fokus.

... und wo es hingehen kann

Mit dem Braunkohlewiderstand ist das Bewusstsein gewachsen, dass Kohle ein dreckiger Energieträger ist. Deshalb halten wir es für strategisch sinnvoll, dies zu nutzen und auf Steinkohle auszuweiten. Eine Ausweitung des Aktionsradius auf bestehende Transportinfrastruktur von Steinkohle, wie z.B. Häfen, aber auch Kraftwerke sowie neu geplante Infrastruktur (Kraftwerk Stade, Moorburg-Fernwärmetrasse, und weitere) finden wir daher wichtig und freuen uns, dass dahin schon erste Schritte gemacht werden.

In anderen Bereichen, die nicht weniger wichtig für die Utopie einer klimagerechten Welt sind, entstehen gerade erst neue Gruppen, beginnen sich zu formieren und Bündnisse zu schließen. So bieten Flughäfen als sensible Infrastruktur spannende Aktionsorte. Als zentrale Orte für Abschiebungen bieten sie außerdem die Möglichkeit zur Verbindung der Kämpfe für Klimagerechtigkeit sowie für das Recht, sich frei zu bewegen. Aber auch der darüber hinaus gehende Verkehrssektor wurde kürzlich auf dem Klimacamp in München thematisiert. Da

Automobil-Konzerne in Deutschland eine starke Lobby haben und noch immer hohes Ansehen genießen, kann es sinnvoll sein, sie in wenig populären Tätigkeitsfeldern, wie z.B. der Waffenproduktion (Daimler Military Vehicles, ...) anzugehen. Mit „Free the Soil“ entsteht eine Kampagne gegen industrielle Landwirtschaft, die ebenfalls klimarelevant ist.

Wir wünschen uns mehr alltäglichen Widerstand, nicht Ungehorsam, der sich auf ein Event im Jahr begrenzt. Deswegen stellen wir uns in der nächsten Zeit viele Aktionen verschiedener „Größen“ vor, in welchen wir das Potential sehen, die Diversität der klimarelevanten Themen und damit der Klimagerechtigkeitsbewegung zu repräsentieren. Allerdings fehlt so ein gemeinsames Zusammenkommen, welches der Vernetzung und des Austausch dient. Dafür stellen wir uns in Anschluss an ein aktionsreiches Jahr eine gemeinsame Konferenz vor. Erfahrungsaustausch, Vernetzung und gemeinsame öffentlich gestellte Forderungen, können so ihren Platz finden. Mit weniger großen Aktionen ist häufig die Sorge vor geringerer medialer Aufmerksamkeit verbunden. Dem setzen wir entgegen, dass unserer Meinung nach in Anbetracht der sich verschärfenden Klimakrise eine Radikalisierung der Aktionsformen sinnvoll ist. Diese sollten nebeneinander solidarisch unberechenbar bleiben und so der Ritualisierung von Aktionen entgegenwirken. Denn durch Ritualisierung berechenbare Aktionen laufen ebenso Gefahr, an medialer Relevanz verlieren. Dabei ist uns wichtig, das tatsächliche Eingreifen in zerstörerische Prozesse nicht aus den Augen zu verlieren.

Bündnisse für einen tiefgreifenden Systemwandel

Für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel sind Bündnisse mit Menschen anderer Bewegungen unverzichtbar. Doch wenn wir Bündnispartner*innen suchen, ist es wichtig, sie nicht nur als Unterstützer*innen unserer Kampagnen anzuwerben, sondern uns gegenseitig in unseren Kämpfen zu unterstützen. Dafür braucht es einen nachhaltigen Beziehungsaufbau der Bewegungen, sowohl zwischen Menschen, als auch Strukturen. Dabei finden wir das „Swarming“-Konzept spannend, das bedeutet, sich als Individuum gleichzeitig in verschiedenen Bewegungen zu engagieren. So kann Bewusstsein für verschiedene Kämpfe geschaffen, Fähigkeiten und Diskurse weiter getragen und voneinander gelernt werden. Dabei denken wir insbesondere an Bewegungen zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft, No-Borders, Anti-Militarismus, Anti-Rassismus, Queer*feminismus und auch innerhalb der Klimabewegung an Stimmen aus dem globalen Süden. Das Zusammenwachsen der Bewegungen kann auch bedeuten, abgesehen von gemeinsamen Aktionen, zusammen Strukturen aufzubauen, die in Zeiten sich zuspitzender gesellschaftlicher Konflikte, Raum für alternative Lebensformen öffnen. Für uns beinhaltet das, autarke Schutzräume zu schaffen, in denen sich parallele Infrastrukturen zu staatlichen und kapitalistischen Versorgungsstrukturen entwickeln lassen. Das können Versorgungs- und Reproduktionsstrukturen für Aktivist*innen aber auch marginalisierte und kriminalisierte Menschen sein. Wichtig ist uns dabei auch, Utopien zu leben und damit unsere Visionen vermittelbar zu machen und weiter zu entwickeln, Möglichkeiten aufzuzeigen und damit die Transformation der Gesellschaft zu gestalten. Dies alles sollte unserer Meinung nach getragen sein von einem antikapitalistischen Grundverständnis, da eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Konkurrenz nur erreicht werden kann, wenn das zugrunde liegende Wirtschaftssystem als Ganzes und die damit verbundenen Werte überwunden werden (wobei eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem „Wording“ und seiner Anschlussfähigkeit noch reflektiert werden muss um eine neue Sprache entwickeln zu können).

Der Klimagerechtigkeitsbewegung kommt dabei die Aufgabe zu, den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Kapitalismus, sowie den Nachhaltigkeitsgedanken stärker in eine pluralistische „Linke“ einzubringen. Sie kann hierbei sowohl als Kristallisationspunkt verschiedener Kämpfe, als auch als ein Kampf von vielen angesehen werden. Gleichzeitig sehen wir das Potential, die Idee globaler Gerechtigkeit in lokalen Transformationsprozessen mitzudenken.

2050: Utopie statt Strategie

Für das Jahr 2050 brauchen wir unserer Meinung nach weniger eine „Strategie“, als vielmehr eine Utopie, nach der wir gemeinsam streben, die wir beständig weiter entwickeln und hinterfragen können. Das kann zum Beispiel das Bild einer Gesellschaft als Familie sein, in der nicht alle gleich sein müssen, um miteinander verbunden und solidarisch zu sein.

Mit diesen Gedanken wollen wir suchend voranschreiten und freuen uns auf eine aufregende Strategiekonferenz, und noch mehr auf das, was ihr folgt.

Turning the Tide: Streaming Towards an European Uprising in 2020

Strategiepapier für die Konferenz auf dem Klimacamp im Rheinland

Wir, der Koordinierungskreis der *Turning the Tide* - Kampagne, sind eine offene Gruppe europäischer Grasswurzel-Aktivist*innen, die sich beim *Climate Justice Action* (CJA) - Treffen in Amsterdam (Januar 2018) und bei einem Planungstreffen auf dem Klimacamp bei Wien (Juni 2018) zusammenfanden. Wir haben diese Kampagne initiiert mit dem Ziel, die zahlreichen Aktionen der Bewegung für Klimagerechtigkeit, die in Europa derzeit stattfinden, noch stärker als bisher miteinander zu koordinieren und dadurch auf eine gemeinsame Choreographie bis ins Jahr 2020 hinarbeiten. Diese soll, angesichts der Untätigkeit politischer Entscheidungsträger*innen in Zeiten der globalen Klimakrise, unsere Protestaktionen europaweit zunehmend eskalieren lassen.

Wir haben uns dazu entschieden dieses Papier bei der Strategiekonferenz der Klimabewegung in Deutschland einzureichen, da wir es für essentiell erachten, dass diese europaweite Kampagne von den Bewegungsakteur*innen auf nationaler Ebene als sinnvoll erachtet, unterstützt und mitgetragen wird. Nur so kann sie mit Leben gefüllt werden und Wirkungskraft entfalten. Das Papier ist daher eine Einladung dazu, bei den strategischen Überlegungen für das Jahr 2019 die europäische Ebene und die *Turning the Tide* – Kampagne stets mitzudenken und an dem Wochenende auch darüber zu reflektieren, welchen Beitrag die Klimabewegung in Deutschland zum Gelingen der Kampagne in 2019 und darüber hinaus leisten kann.

Warum wir kämpfen

Die Klimakrise ist bereits Gegenwart. Täglich kämpfen Menschen um die Rettung ihres zu Hauses und oft auch des eigenen Lebens, Dürren und Überschwemmungen rauben ihnen jede Existenzgrundlage und verschärfen zudem bestehende Konflikte. Die europäischen Staaten, maßgeblich verantwortlich für die Entstehung dieser globalen Krise, tun jedoch bei weitem nicht genug, um das vereinbarte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, zu erreichen.

2020 ist der *global climate tipping point*. Nach diesem müssen die globalen Emissionen abnehmen, um das 1,5 °C zu erreichen und noch größere Ungerechtigkeiten und Zerstörungen zu verhindern. Immer noch haben Profitinteressen und der kapitalistische Ausbeutungs- und Verwertungsimperativ jedoch Vorrang vor dem Wohlergehen von Mensch und Natur. Die Verbrennung fossiler Ressourcen wird weiterhin vorangetrieben, von einem grundsätzlichen Umdenken in der Landwirtschaft oder einer Mobilitätswende hin zu nachhaltiger Mobilität für alle ist nachwievor nichts zu sehen. Dies sind einige der Herausforderungen, vor denen wir stehen, die uns wütend machen und uns zu dem Schluss kommen lassen, dass unsere Aktionen weiter eskalieren und auf ein neues Level gehoben werden müssen, um angemessene Reaktionen auf diese Krise zu finden.

Stand der Bewegung und Ausblick

Die Bewegung für Klimagerechtigkeit in Deutschland sowie in anderen Teilen Europas hat über die letzten Jahren ihre Kapazitäten unter Beweis gestellt, zahlreiche kleine und große Aktionen zivilen Ungehorsams zu organisieren und durch begleitende Medienarbeit Aufmerksamkeit für die Klimakrise im öffentlichen Diskurs zu generieren. Daneben steht

jedoch auch die Erkenntnis, dass es uns bisher noch nicht gelungen ist, uns weit genug in der Zivilgesellschaft zu verankern, um noch größere Teile der Bevölkerung für diesen Kampf für Klimagerechtigkeit zu gewinnen. Da so das Vorantreiben unserer Aktionen auf weniger Schultern verteilt bleibt, gelingt es uns oft noch nicht, schnell genug auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können und angemessene Antworten auf diese zu finden.

Um unsere Bewegung weiter zu verbreitern, müssen auch in den kommenden Jahren Orte der Zerstörung sichtbar gemacht und in das öffentliche Bewusstsein gerufen werden. Auf diese Weise wollen wir mit der nötigen gesellschaftlichen Unterstützung diese Orte möglichst schnell stilllegen und die sie verursachenden Praktiken und Strukturen überwinden. Es ist uns außerdem ein Anliegen, durch unsere Aktionen darauf hinzuweisen, dass es um Klimagerechtigkeit herzustellen und eine radikale Transformation zu ermöglichen, mit einem Ausstieg aus der fossilen Energie noch nicht getan ist. Es braucht grundsätzlichen Wandel in vielen gesellschaftlichen Bereichen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Wir wollen daher in unserer Praxis bereits die Prinzipien aufgreifen, auf denen die Gesellschaft, für die wir kämpfen, fußen soll: die Sorge füreinander und für die Natur. Dafür bedarf es widerstandsfähiger Netzwerke, in denen wir wachsen und produzieren, teilen und aufeinander achten können.

Perspektiven auf eine gemeinsame, europäische Praxis

Um darauf hinzuarbeiten erscheint es uns wichtig, dass unsere Aktionen als ergänzende Elemente einer gemeinsamen langfristigen Strategie verstanden werden. Einem gemeinsamen Kampf für Klimagerechtigkeit in Europa - bestehend aus miteinander verknüpften Kampagnen, deren Umfang, Reichweite und Radikalität sich stetig steigert.

Lasst uns unsere verschiedenen lokalen Kämpfe vereinen und voneinander lernen - gegen Tagebau oder Pipelines, gegen die Plastikindustrie oder die industrielle Landwirtschaft, gegen Waffenhandel, Banken, Grenzregimes. Wir bekämpfen keine Einzelprobleme – zusammen bekämpfen wir die vielen Facetten von Naturzerstörung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit, die durch das kapitalistische System verursacht werden.

Dieses gemeinsame Ziel vor Augen, braucht es einer Struktur, die die Kapazitäten und Fähigkeiten besitzt, die verschiedenen Kämpfe europaweit miteinander zu verbinden und durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sichtbar zu machen. Mit dem aktuellen Koordinierungskreis der *Turning the Tide* - Kampagne wurde dafür ein Grundstein gelegt – es bedarf jedoch weiterer Unterstützung, um das geplante Vorhaben zu realisieren.

Streaming Towards an European Uprising in 2020

Bei Treffen in Amsterdam und Wien verständigten sich die bislang involvierten Graswurzelgruppen auf den folgenden Plan zu einer langfristigen Eskalation der Aktionen für Klimagerechtigkeit und Systemwandel:

Jetzt: Lasst uns loslegen

In den lokalen Gruppen und Bündnissen beginnt die Planung von lokalen Kämpfen im kommenden Jahr. Mit möglicherweise kleinen Anfängen aber ehrgeizigen Absichten werden Strategien entwickelt, wie diese Kämpfe langfristig eskalieren können. Langfristige lokale Strategien erleichtern zudem die laufenden Bemühungen, unsere Kämpfe zu koordinieren – ob durch Skill-Sharing, dezentrale Mobilisierung oder Massenaktionen. Auf europäischer Ebene entstehen Vorstellungen davon, wie unsere Aktionen gemeinsam wachsen und sich neue Allianzen bilden können, die mit der Zeit stärker und radikaler werden. Im November 2018 wird auf einem Planungstreffen der *Turning the Tide* -

Prozesses in Tschechien diskutiert, welche Orte und Themen sich für koordinierten Massenaktionen im Jahr 2020 anbieten und wie die Kampagne 2019 öffentlichkeitswirksam losgetreten wird.

2019: In Schwung kommen

Nach einem gemeinsamen Kampagnenstart Anfang 2019, werden uns im Laufe des Jahres die zahlreichen kleinen und großen Aktionen lokaler Gruppen nicht nur inspirieren und unsere Fähigkeiten schulen, Menschenmengen zu mobilisieren, sie werden gleichzeitig als ein Aufruf für einen gemeinsamen europäischen Aufstand in 2020 dienen. Wir verweben die Fäden unser Kämpfe zu einem großen Bild, das zeigt, wie wir zusammen leben wollen - im Jahr 2020 und darüber hinaus. Auf Konferenzen, Camps und Treffen entstehen Visionen und konkrete Praktiken für eine lebenswerte Zukunft jenseits von Profit und Ausbeutung.

Lokale Gruppen sind durch die europaweite Kampagne inspiriert, ihre dezentralen Aktionen in einen größeren Kontext einzubetten und dadurch zum Gelingen einer fortschreitenden Eskalation bis 2020 beizutragen. Neben der zahlreichen dezentralen Aktionen, nimmt im Laufe des Jahres auch die Vorbereitung koordinierter Massenaktionen für 2020 an Fahrt auf. Die Perspektive darauf fördert und stärkt neue Allianzen. Die Erwartung und Sehnsucht, dass etwas Großes passieren wird, breitet sich aus

2020: Uprising – Aufstand

2020 wird Europa eine koordinierte Welle von Massenaktionen erleben, die durch zahlreiche kleinere Aktionen ergänzt werden: Menschen blockieren Pipelines, Häfen, Flughäfen, Kohleabbaugebiete, Industrielle Landwirtschaft, Banken, Waffenfabriken und Grenzen – sie stehen gemeinsam auf für Klimagerechtigkeit und Systemwandel. Die Aktionen, organisiert durch eine Vielzahl von Organisationen und Bewegungen, gehören sichtbar zu einer gemeinsamen Kampagne und vereinen sich zu einem massiven, gewaltfreien, doch um so entschlosseneren Aufstand gegen ein ökonomisches System, das viele Verlierer*innen hat und die natürlichen Grundlagen zerstört, von denen das Leben auf der Erde abhängig ist.

Um die Aktionen herum werden sich die Menschen in Gemeindesälen versammeln und sich die Plätze zurückholen, um darüber zu diskutieren, wie Klimagerechtigkeit und Systemwandel in der Praxis aussehen können.

Die 2020 Kampagne ist eine Einladung, eine langfristige Perspektive zu entwickeln und auf unsere Gemeinsamkeiten zu setzen. Es ist ein offener Prozess, und wir sind gespannt darauf wie er sich entwickeln wird. Es ist an uns, den Systemwandel zu organisieren!

Thesepapier der EG Arbeitsgruppe Kohlekommission

Zweck: Debatte zu Interventionspunkten zur Kohlekommission bei der Strategiekonferenz organisieren
Was bedeutet die Kohlekommission für uns und wie können wir damit umgehen?

Was ist die Kohlekommission?

Die Bundesregierung hat am 6. Juni 2018 die Kohlekommission (Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung) eingesetzt, um den notwendigen Strukturwandel in den Braunkohleregionen anzustoßen und einen gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg zu finden. Die Kohlekommission setzt sich aus 31 Mitgliedern zusammen, darunter Interessenvertreter*innen der Energiewirtschaft, der Wirtschaftsverbände, der Erneuerbarenbranche, Klima- und Energiewissenschaftlern, Soziologen, Gewerkschaften, Umweltverbände und Tagebaubetroffenen. Sie wird geleitet von 4 Vorsitzenden, den eh. Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens, Platzeck und Tillich sowie Ronald Pofalla, eh. Bundeskanzleramtsminister und Barbara Praetorius, Klimawissenschaftlerin. Die Kohlekommission tagt einmal pro Monat in Plenarsitzungen und erarbeitet in 2 Arbeitsgruppen Empfehlungen an die Bundesregierung zu Strukturwandel, Beschäftigung und Wirtschaftsförderungen in den Braunkohleregionen sowie für Maßnahmen zur Minderung der Klimälücke bis 2020 (-40% THG-Reduktion im Vergleich zu 1990) und des 2030 Energiesektorziels (-61/62% THG-Reduktion im Vergleich zu 1990). Zu guter letzt soll sie bis Ende 2018 ein Enddatum für die Kohleverstromung in Deutschland vorschlagen.

Hier ist der Einsetzungsbeschluss des Kabinetts: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/einsetzung-der-kommission-wachstum-strukturwandel-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile

Thesen:

1. Die Kohlekommission ist wichtig für die Zukunft der Klimabewegung

Schon jetzt bestimmt die Kohlekommission zunehmend die politische Debatte rund um Klimapolitik in Deutschland. Während der Verhandlungen ist die öffentliche Aufmerksamkeit für die Debatte um Kohle deutlich erhöht. Die Regierung möchte den Streit um die Kohle vor allen Dingen befrieden. Sie will das Thema Kohleausstieg als gelöst, als "Mission Completed" in der Öffentlichkeit präsentieren und sich auch noch damit brüsten, unter Einbezug vielfältigster Akteure und kontroversester Positionen einen aufwändigen demokratischen Prozess zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt zu haben. Sollte am Ende der Kohlekommission ein Ergebnis stehen, das sich als breiter gesellschaftlicher Konsens legitimieren kann, würde das erhebliche Dynamik aus der Klimabewegung nehmen, weil bestimmte Akteure sich dann herausziehen würden bzw. müssten. Denn alle an der Kommission beteiligten Akteure würden im Anschluss an die Verhandlungen ständig mit Glaubwürdigkeitsproblemen kämpfen, wenn sie über den Konsens hinausgehende Forderungen, bspw. zur Abschaltung von Kraftwerken stellen. Massenhafte Mobilisierungen gegen Kohle würden für uns zu einer weitaus größeren Herausforderung, wenn uns langjährige Bündnispartner fehlen und wir gegen einen vermeintlichen Konsens ankämpfen müssen. Aus diesem Grund sollte unser wichtigstes Ziel für 2018 und 2019 darin bestehen, nicht nur den Hambacher Wald zu verteidigen, sondern auch den angeblichen Kohlekonsens mit aller Kraft zu delegitimieren.

2. Die zentrale Auseinandersetzung der Kohlekommission ist nicht ein mögliches Enddatum für den Kohleausstieg, sondern die konkrete Abschaltung von Kraftwerken, um die Lücke zum 2020 Klimaziel zu vermindern.

Die Kohlekommission soll die Lücke zum 2020-Ziel der Bundesregierung identifizieren und Vorschläge zur Schließung vorlegen. Zwar sind die Emissionsreduktionsziele überhaupt nicht ausreichend, aber selbst diese unzureichenden Ziele sind nur mit einer unverzüglichen Abschaltung von Kohlekraftwerken (20 GW Kraftwerksleistung, also fast die Hälfte) zu erreichen. Die NGOs wollen eine Einigung zu dieser Frage bis Ende Oktober erreichen, die Bundesregierung spätestens bis zur COP im Dezember. Die Auseinandersetzung holt die Debatte in die Gegenwart, statt sie auf einen fernen Zeitpunkt zu verlagern und unterstützt die Bewegungsdynamik.

3. Das Rodungs-Moratorium ist eine Chance für den Kampf um den Erhalt des Hambacher Waldes

BUND und Greenpeace haben angekündigt, aus der Kohlekommission auszusteigen, sobald der erste Baum im Hambacher Wald gefällt wird. Die Bundesregierung hat daraufhin Gespräche mit RWE geführt, in denen der Konzern sich informell bereit erklärt hat, auf eine Rodung während der Verhandlungen zu verzichten. Das ist nichts Offizielles auf das wir uns verlassen können, aber trotzdem ein unglaublicher Bewegungserfolg. Es ist klar: Sobald RWE rodet, knallt es gewaltig. Und: Je mehr Zeit wir praktisch gewinnen (Die Kohlekommission soll Ende 2018 enden, könnte aber auch bis Februar 2019 dauern), desto mehr steigen unsere Chancen, dass der Wald diese Rodungssaison überlebt. Sicherlich könnte ein Moratorium (und mehr noch ein OVG Gerichtsentscheid im September 2018) unserem Mobilisierungspotential schaden. Schließlich baut unsere Mobi in diesem Jahr völlig auf der Story auf, dass jeder*r einzelne wichtig für das große Ziel ist, gemeinsam den Wald gegen RWE zu verteidigen. Aber im Endeffekt bleibt es dabei, mit oder ohne Moratorium: Die Auseinandersetzung um den Wald gewinnen

wir nicht militärisch, sondern nur politisch. Über die Rodung entscheidet am Ende der politische Druck. Das heißt, auch wenn noch nicht gerodet wird, ist der Zeitraum Oktober-Dezember die Zeit, die wir nutzen müssen, um die politische Auseinandersetzung um den Wald zu gewinnen. Die Chancen stehen jetzt besser denn je.

4. Die Tagebaubetroffenen in der Kohlekommission brauchen unsere Solidarität

Antje Grothus (Rheinisches Revier) und Hannelore Wodke (Lausitz) haben als Tagebaubetroffene einen schweren Stand in der Kommission. Ihre Beteiligung bietet die Chance, die Stimmen von Tagebaubetroffenen das erste Mal Überregional in der Debatte um Kohle wahrnehmbar zu machen. Außerdem öffnen sich dadurch Spielräume, um in das Themenfeld der Zwangsumsiedlungen zu intervenieren und die Leiden, die Umsiedlungen verursachen, stärker als bislang sichtbar zu machen. Deshalb versuchen RWE und LEAG, Fakten zu schaffen und beschleunigen die Umsiedlungen momentan extrem. Mit einer Intervention zur Kohlekommission unter der Forderung, alle Umsiedlungen sofort zu beenden, können wir als Klimabewegung die Tagebaubetroffenen in ihrer Position stärken und unterstützen. Der Kampf um die Kohle bekommt damit ein menschliches Gesicht vor der eigenen Haustür.

Aktionsideen:

- *Dörfer dürfen nicht mehr zerstört werden -> Schule besetzen in abzubaggernden Dorf.*
- *Social Media Abstimmung über die Zwangsenteignung von RWE -> Sollen Menschen zwangsenteignet werden, weil unter ihrem Haus Kohle ist, oder soll RWE enteignet werden, weil es die Welt zerstört?.*
- *Wir haben Kohle unter Altmeiers Haus gefunden > Altmeier muss zwangsenteignet werden.*

5. Es braucht eine Positionierung der Klimabewegung für einen Strukturwandel von unten

Bis Ende Oktober soll die Kohlekommission einen Vorschlag für den Strukturwandel vorlegen. Die Konzerne hoffen dabei auf Milliarden-Geschenke und Wirtschaftsförderung. Dies zu skandalisieren ist eine Chance für eine Intervention. Um Brücken zu Beschäftigten in der Kohleindustrie und zu Anwohner*innen zu schlagen, könnten wir fordern, dass alle Strukturwandelgelder in einen Fond gehen sollen, der von ihnen selbst verwaltet wird.

Aktionsideen:

- *Kohlekonzerne lassen sich ihre Schrottmeiler vergolden, während sie weiter die Welt zerstören > Vergoldete Kohlekraftwerke zu Sitzungen der Kommission bringen.*
- *Go-In bei Konzernen mit Party -> viel Geld und brennende Erde.*
- *Als Tiere verkleidet in Konzernzentralen gehen und Ruderbote mitbringen.*
- *Strandurlaub am Baggersee -> Gruppenfoto mit Liegestühlen am Grubenrand.*
- *Geldparty auf Lausitzer Bagger.*

6. Wir müssen die Perspektiven des globalen Südens in der Kohledebatte stärken.

Die Interessen des globalen Südens sind in der Kohlekommission überhaupt nicht vertreten. Öffentliche Interventionen sollten also vor allem auch den Perspektiven von Menschen aus besonders vom Klimawandel betroffenen Regionen dienen.

Aktionsideen:

- *Livestream aus betroffenen Regionen auf Großbildleinwand vor BMWi während einer Sitzung der Kohlekommission*

7. Ein Gesellschaftlicher Kohlekonsens, der die Auseinandersetzung befriedet, lässt sich von uns verhindern

Ob es der Bundesregierung und der Kohlekommission gelingt, ihr Ergebnis als gesellschaftlichen Konsens darzustellen, ist noch lange nicht ausgemacht. Wesentlich dafür wird die Debatte nach der Vorstellung des Ergebnisses sein. Wir schlagen vor, mit allen unseren Kräften in diese Debatte zu intervenieren. Eine erneute Massenaktion halten wir derzeit für unrealistisch. Aber in unseren lokalen Gruppen sollten wir uns bereits jetzt auf diese Auseinandersetzung vorbereiten. sollte es nach dem Ende der Kohlekommission zu einer Räumung des Hambacher Waldes kommen, müssen wir die Auseinandersetzung darum zu einem Fanal gegen den angeblichen Kohlekonsens verwandeln.

Aktionsideen:

- *Unter einem gemeinsamen Motto wie „Wir schalten jetzt ab“ in den 2 Wochen nach Verkündung des Abschlussberichts überall in Deutschland die Kohleinfrastruktur mit dezentralen Blockaden lahmlegen. Von zahlreichen Akteuren öffentlichkeitswirksam angekündigt, mit vielen lokalen Gruppen an verschiedenen Orten.*

Einige Überlegungen zur Perspektive von *Ende Gelände*

Anti-Atom-Büro Hamburg

Preaching to the converted

In Deutschland wird weltweit mit Abstand die meiste Braunkohle gefördert und mit Abstand die meiste Braunkohle verbraucht. Braunkohle aus dem Rheinland ist dabei der CO²-intensivste Energieträger von allen. Von den fünf größten CO²-emittierenden Kraftwerken Europas belegen deutsche Braunkohlekraftwerke die Plätze zwei bis fünf. Von diesen vier gehören drei der RWE und stehen in Sichtweite voneinander im rheinischen Revier. Das rheinische Revier ist der Ort mit der höchsten CO²-Emission Europas, RWE der Konzern, der dies zu verantworten hat.

Wir hoffen, dass diese „Einleitung“ Euch nicht zu sehr gelangweilt hat, aber bei der Frage, wie weiter mit *Ende Gelände* geht es ja auch darum, zu schauen, ob der Kampagnenfokus noch stimmt.

Wir möchten dies mit einem mehrfachen Ja beantworten.

Ja, der Energieträger stimmt,

Ja, der Aktionsort – rheinisches Revier - stimmt und

Ja, der soziale Ort stimmt,

Ja, es ist richtig, fokussiert zu bleiben, und nicht zu „dezentralisieren“.

Hingehen wo's weh tut

Doch nicht nur für den Klimaschutz geht es im rheinischen Revier ums Ganze. Vor dem Hintergrund immer günstigerer regenerativer Energie sind die EVU gezwungen, die billigsten und dreckigsten Kraftwerke, die Braunkohlekraftwerke, unter Vollast zu fahren, um wenigstens noch die Investitionskosten für die neueren von ihnen reinzuholen. Wie wichtig der Betrieb der Braunkohle-Blöcke für RWE, LEAG und andere EVU ist, zeigt sich daran, dass an Tagen hoher regenerativer Stromproduktion vor allem Steinkohle- und dann Gaskraftwerke gedrosselt werden. Darüber hinaus wird massiv Braunkohlestrom in die Stromnetze der Niederlande, Dänemarks, Frankreichs und Österreichs gedrückt und erst dann werden die Braunkohlekraftwerke gedrosselt.

Obwohl der Anteil der Regenerativen zwischen 2010 und 2017 von 17% auf 33% gestiegen ist, blieb der Anteil der Braunkohle bei rund 23% nahezu konstant. Der von Steinkohle hingegen sank von 19% auf 14%, der von Atomenergie von 22% auf 12%. Der Erdgasanteil verringerte sich von 14% auf 11%. Ein Blick auf die Auslastung der Kraftwerke an einem windreichen Wochenende spricht da Bände. Auf alles können die EVU eher verzichten als auf ihre Braunkohlekraftwerke. Im Gegensatz zur Stilllegung ihrer Atomanlagen würde das Aus ihrer Braunkohlekraftwerke die RWE an sich in Frage stellen.

Dort bleiben

Dass es nun eine Kohlekommission gibt, heißt noch lange nicht, dass wir gewonnen haben. Im Gegenteil. Unser politisches Gegenüber wird versuchen, sich Zeit zu kaufen, wie es z.B. auch beim sogenannten Atomkonsens 2001 der Fall war und aktuell beim sog. Atomausstieg ist. Wird der Widerstand wirkmächtig, zieht sich das politische Gegenüber zurück und wartet bis der Bewegungszyklus abgeschlossen ist, sich die Unruhe gelegt hat. Sei es durch die sog. Wiederaufbereitung in Sellafield und LaHague, die angewandt wurde, als sich das Endlager Gorleben nicht zeitnah durchsetzen ließ, oder seien es die Zwischenlager an den AKW, die gebaut wurden, um Zeit zu kaufen, bis sich der Widerstand gegen die CASTOR-Transporte wieder gelegt hatte.

In beiden Fällen war es die Beharrlichkeit des Widerstandes vor Ort, der es möglich machte, auch nach Durststrecken wieder eine neue Bewegungsdynamik zu entwickeln.

Unserer Wahrnehmung nach ist dies im Rheinland und in der Lausitz der Fall, Regionen, in denen es schon seit Jahrzehnten Widerstand gegen den Braunkohletagebau und seine Kraftwerke gibt. Tausende Menschen sind in den vergangenen einhundert Jahren für diesen Wahnsinn umgesiedelt worden, und schon seit Jahrzehnten wehren sich Menschen nicht nur gegen die Umsiedlungen, sondern auch gegen die Braunkohleverstromung und deren Folgen für Klima und Umwelt.

Dies spricht nicht dafür, sich alleine auf diese Regionen zu konzentrieren. Es spricht aber sehr wohl dafür, bei strategischen Planungen anzuerkennen, dass Widerstand eine konkrete Geschichte hat und auch macht. „Wir schreiben Geschichte“ heißt auch immer, dass konkrete Menschen dies an realen Orten tun.

Unsere Erfahrung aus dem Wendland-Widerstand ist, dass es ungemein wichtig, aber auch bereichernd ist, mit den verschiedenen Akteur_innen in Austausch zu treten. Erst das Zurückkehren an den Aktionsort eröffnet die Widersprüche, die zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen führen und somit auch zu einem „Wachsen“ der Bewegung - eine Qualität, die Bewegung von Kampagne unterscheidet.

Viele, die beim Schottern 2010 das erste Mal an einer Anti-Atom-Aktion teilnahmen, konnten den Vorteil von Jahrzehnten gemeinsamen Widerstandes vor Ort erleben, sei es als sozialer Schutz vor Polizeigewalt oder als konkrete Widerstandsinfrastruktur, die mensch nicht einfach hätte „einfliegen“ lassen können. Die mitten im Wald angemeldeten Infopunkte von Bürgerinitiativen, die von landwirtschaftlichem Gerät festgesetzten Wasserwerfer oder die Weigerung von Gemeinden, Wasser an Wasserwerfer abzugeben, waren das Ergebnis langer und auch aufreibender Diskussionen in den Jahren vor Schottern, die die Kampagne nutzen konnte und an keinem

anderen Ort so zur Verfügung gehabt hätte.
Dies ist kein Plädoyer dafür, sich allein auf das Rheinland und die Lausitz zu fokussieren, sondern dafür, sich als Bewegung des Wertes dieser sozialen Orte bewusst zu sein und diesen auch bewusst weiterzuentwickeln.
Unserem Eindruck nach entsteht mit dem Hambacher Forst im rheinischen Revier gerade ein solch neuer sozialer Ort, wo es sich lohnt dranzubleiben.

Und in die Breite gehen

Ende Gelände ist eine Aktion, die trotz der beeindruckenden Flexibilität und Dynamik in der Aktion nur ein bestimmtes Spektrum von möglichen Interventionen entwickeln kann. Kleingruppenaktionen, technische oder klandestine Eingriffe in den Betrieb von Kohlekraftwerken schließen sich aufgrund des hohen Repressionsdrucks notwendigerweise höherem Organisationsniveau oder schlicht subkultureller Unterschiede aus. Und dennoch ist es für *Ende Gelände* von großem Wert, sich in einem diversen Bewegungsumfeld zu bewegen und nicht die einzige Akteurin zu sein. Zum einen ist es für das polizeiliche Gegenüber wesentlich schwerer, die Kampagne zu isolieren und anzugreifen, zum anderen ergibt sich die Möglichkeit, dass Menschen sich auch jenseits von *Ende Gelände* ihren Platz in einer Bewegung suchen können, wie auch in die andere Richtung Menschen die Möglichkeit haben sich in einer Massenaktion zu erproben, die das sonst nicht tun würden. Und schließlich ist es ja auch möglich, dass andere Bewegungsspektren auch schlaue Ideen haben und ein Austausch nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch bereichernd sein kann.
Von kirchlichen Gruppen über die sog. Grünen bis hin zu Gruppen mit robusteren Aktionsformen wie im Hambacher Forst hat das Rheinland aktuell eine Bewegungsbreite in Klimadingen aufzuweisen, die es so in anderen Regionen nicht gibt.

Dynamisch bleiben

Aber Achtung. All dies soll kein Plädoyer dafür, sein die Hände an anderen Interventionsorten in den Schoß zu legen. Die imperiale Lebensweise anzuprangern und einzugreifen kann durchaus auch an vielen anderen Orten gelingen, ja eventuell sogar weitaus besser. Jede mag sich durch diesen Text dazu aufgerufen fühlen, an ihrem sozialen Ort zu schauen, welche Schweinerei dort passiert. Für uns als Hamburger_innen stehen beispielsweise der Hafen und das geplante Steinkohlekraftwerk von DOW in Stade ganz oben auf der Liste. Wenn wir so weit sind, werden wir Euch gerne alle zu Aktionen einladen, aber wir sind uns absolut bewusst darüber, dass dezentrale Aktionen nicht im Widerspruch oder in Konkurrenz zu Orten wie Hambach stehen.
Dies auch vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass erfolgreiche Bewegungszyklen nicht selten in „dezentralen Aktionstagen“ enden, bei denen an vielen Orten nur wenig erreicht wird, da nirgends eine aktionsrelevante Gruppengröße erreicht werden kann.

Dezentrale Aktionstage sind dabei vor allem Ausdruck des vorangegangenen Erfolges einer Bewegung, weil sie es geschafft hat, den Horizont vieler zu erweitern und Lust auf mehr zu machen, inhaltlich wie auch geographisch, eine Tendenz, die wir gerade bei *Ende Gelände* beobachten und auch zu schätzen wissen.

Und so sehr wir es schätzen, dass Menschen in München dem SUV-Wahn entgegentreten, so wenig glauben wir, dass dieser Move das „Kerngeschäft“ ersetzen kann, die Massenaktionen gegen den Betrieb von Braunkohlekraftwerken und Tagebauen in der brd.

Für spontane Klimaerwärmung an ausgewählten Orten

Euer Anti-Atom-Büro Hamburg

zu uns

Das Anti Atom Büro Hamburg besteht aus einer Handvoll Menschen, die seit über zwanzig Jahren (ups) linke und autonome Anti-Atom-Politik machen. Den Widerstand gegen die CASTOR Transporte haben wir dabei nie auf das Atom-Thema beschränkt gesehen, sondern als einen Teil einer Suchbewegung hin zu einer Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind. Dies berührt natürlich auch andere Bereiche des Energiesektors und letztlich auch das gesamte gesellschaftliche Naturverhältnis.
Bei Ende Gelände mitzumachen lag also auf der Hand, zumal wir viele Menschen aus dem CASTOR-Widerstand hier wiedergetroffen haben. Unser Anliegen ist es, theoretisch und praktisch unser Wissen einzubringen, dass wir zumeist aus eigenen (euphorischen) Erfahrungen und Fehlern gesammelt haben.

Thesen der IL Berlin zur Kohlekommission

1. Den Nonsenskonsens verhindern

Eine große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung fordert einen Kohleausstieg, die aktuellen Hitzeperioden haben den öffentlichen Diskurs um den Klimawandel neu angeregt. Mit Ende Gelände finden jährlich international wahrgenommene Massenaktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Kohleförderung statt, der Hambacher Forst wird als Ort des radikalen Widerstands zum Bezugspunkt für immer mehr Menschen. Gleichzeitig gründen sich überall neue Klimagruppen, durch Demos, Aktionen und Bürgerentscheide wird die Kohleproduktion lokal angegriffen und der Kampf um Klimagerechtigkeit verbindet sich mit anderen Forderungen wie dem Protest gegen die AfD oder für Feminismus. Kurz: die Bewegung wird breiter, stärker und radikaler. Der Protest gegen die Kohle nimmt dabei den prominentesten Platz ein, denn dieser Energieträger hat die schlechteste CO₂-Bilanz und insbesondere die Braunkohletagebaue machen die ungemeine Zerstörung des fossilen Kapitalismus auch bei uns direkt sinnlich erfahrbar. Gleichzeitig stagnieren die Bemühungen der Bundesregierung zur CO₂-Reduktion und das schon immer falsche Image von Deutschland als Klimavorreiter schwindet dahin. Diese Kombination aus Bewegungstärke und Offensichtlichkeit der klimazerstörerischen Politik zwingt die Herrschenden dazu, die Kohlewirtschaft so zu reorganisieren, dass diese ohne großen Widerspruch ablaufen kann, damit zumindest die passive Zustimmung der Bevölkerung gewahrt bleibt: ein Kohlekonsens soll her.

Gleichzeitig ist klar, dass die von der Bundesregierung einberufene Kohlekommission kein Ergebnis erzielen kann, das dem klimapolitisch Notwendigen entspricht: für ein Erreichen des 1,5°C-Ziels benötigt es einen sofortigen Kohleausstieg. Doch sowohl die Bundesregierung als auch die Mitglieder der Kohlekommission sind zu sehr mit den Interessen des fossilen Kapitals verhandelt, als das dies möglich wäre. Vielmehr besteht die Gefahr, dass ein Beschluss zwar einige kosmetische Zugeständnisse macht, aber vor allem die fortgesetzte Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen bestätigt und dabei die wirksamste Klimaschutzmaßnahme bekämpft: die Anti-Kohle- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Durch einen pro-forma-Konsens könnte unsere Bewegung demobilisiert werden und der Kampf für Klimagerechtigkeit wäre langfristig geschwächt.

Zwar ist es als Ausdruck unserer Stärke zu sehen, dass relativ viele Vertreter* innen der Umwelt-NGOs und der von den Tagebauen bedrohten Dörfer Teil der Kommission sind, jedoch ist es auch notwendige Bedingung, dass ein relevanter Teil der Klima- und Umweltbewegungen den Kohlekonsens im Sinne der Bundesregierung und dem fossilem Kapital mitträgt.

Hier wird sich die Glaubwürdigkeit dieser Vertreter*innen darin zeigen, ob sie klimafeindlichen Einigungen zustimmen oder die Mindeststandards von Klimaschutzpolitik verteidigen und den Widerspruch zwischen den Interessen an einer intakten Umwelt und denen des fossilen Kapitals sichtbar machen. Letzteres wird ihnen dabei umso leichter fallen, je stärker wir als Bewegung gegen einen Kohlekonsens mit dem fossilen Kapital und für konsequenten Klimaschutz mobilisieren.

2. Der Kohleausstieg bleibt Handarbeit

Das Ergebnis der Kohlekommission wird aller Wahrscheinlichkeit nach hinter die Klimaziele der Bundesregierung für 2020 zurückfallen oder nicht kompatibel mit einem Erreichen des 1,5°C-Ziels sein.

Des Weiteren sind selbst die gerade genannten Klimaziele nicht ausreichend, um unseren Planeten vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen und die Menschen im Globalen Süden, die schon jetzt enorm davon betroffen sind, finden keinerlei Vertretung in der Kommission.

In Antizipation dieses für uns nicht tragbareren Konsens müssen wir umso mehr mit der wirklich Klimaschützenden Maßnahme Sofortausstieg sichtbar im Diskurs sein. Es ist und bleibt:

Kohleausstieg ist Handarbeit!

Wir rufen dazu auf rund um die Arbeit der Kommission und Verkündung des Ergebnisses alle Akteure des Kohlekapitals zu blockieren, zu markieren oder auf andere kreative Art und Weise klar zu machen: während ihr noch tagt und unzureichende Ziele zu Lasten von Mensch und Natur

aushandelt, werden wir aktiv!

3. Der Hambi als rote Linie

Der Hambacher Forst ist dabei von zentraler Bedeutung: als einer der letzten Urwälder Westeuropas ist er auf Grund seiner ökologischen Diversität, aber vor allem auch durch den ungemein hartnäckigen und kreativen Widerstand der Waldbesetzer*innen zum Symbol für den Kampf gegen die Braunkohle geworden. Seit 40 Jahren wird der 12.000-jährige Wald abgeholzt, weil sich unter den uralten Bäumen Braunkohlevorkommen befinden, in den nächsten drei Jahren soll der komplette Rest verschwinden. Ab Oktober darf RWE offiziell weiter roden, dafür kann es bereits ab Ende August zu ersten Räumungen kommen. Eine fortgesetzte Rodung ist für uns ein weiteres Kriterium, welches die Kohlekommission delegitimiert. Sie muss als Angriff auf die gesamte Klimagerechtigkeitsbewegung begriffen werden und wäre das Gegenteil eines Konsenses. Dementsprechend ist es wichtig, mit allen Kräften für die Verteidigung des Hambacher Forstes zu mobilisieren. Bei Ende Gelände 2018, während der Rodungssaison 2018/19 und über diese Massenaktionen hinaus. Wenn wir den temporären Rodungsstopp von 2017 in einen dauerhaften verwandeln können, wäre das ein ungemeiner Erfolg: Die Klimagerechtigkeitsbewegung hätte den größten Braunkohletagebau Deutschlands gestoppt.

4. Klassenkampf als Antwort auf den Strukturwandel: die Verteilungsfrage offensiv stellen

Das in der Öffentlichkeit am stärksten gegen einen sofortigen Kohleausstieg in Stellung gebrachte Argument ist das der Arbeitsplätze beziehungsweise das des Strukturwandels, auch wenn hier die Zahlen von angeblich betroffenen Arbeitsplätzen oft von interessierten Kreisen in die Höhe gerechnet werden. Für uns als internationalistische Linke ist es keine Option damit die Bedrohung von Milliarden von Menschenleben, insbesondere im globalen Süden, zu relativieren. Ein sofortiger Kohleausstieg ist für uns alternativlos.

Trotzdem stellen wir uns die Frage einer Just Transition für die Beschäftigten und Regionen, deren Lebensunterhalt aktuell noch an die Kohleproduktion gekoppelt ist. Momentan wird dabei ein Interessengegensatz zwischen der Klimabewegung und den Menschen in den Kohleregionen aufgemacht. Davon abgesehen, dass viele Menschen in den Kohleregionen (z.B. in den von Abbaggerung bedrohten Dörfern) auch ein Interesse an einem möglichst schnellen Kohleausstieg haben, muss es darum gehen, diesen Konflikt zu verschieben. Klar ist, dass viel Geld in den Strukturwandel fließen wird. Und klar ist, dass das fossile Kapital versuchen wird, sich den Ausstieg aus ihren zum Teil eh defizitären Kraftwerken möglichst teuer von der Politik vergolden zu lassen. Wie viel Geld davon bei Beschäftigten und Regionen ankommen wird, ist dabei vollkommen unklar – aber jeder Euro für das fossile Kapital wird den Menschen dort fehlen. Unsere Forderung für den Strukturwandel kann folgendermaßen aussehen:

a) öffentliche Daseinsvorsorge nach den Bedürfnissen der Menschen

Es fehlt an Kindergärtenplätzen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und gutem ÖPNV. Das Geld für den Strukturwandel soll dafür genutzt werden, nach den Bedürfnissen der Menschen in der Region eine gute öffentliche Daseinsvorsorge zu schaffen. Dies bietet die Möglichkeit gleichzeitig gute Arbeitsplätze in der Region und gemeinwohl- statt profitorientierte Betriebe zu schaffen. Dabei soll sich an den Interessen der betroffenen Menschen orientiert werden, sie sollen selbst beraten können, was sie für einen sauberen Kohleausstieg benötigen.

b) Bestandsschutz für alle Beschäftigten

Alle bei RWE, LEAG, Mibrag und Co Beschäftigten erhalten eine Beschäftigungsgarantie zu ihren aktuellen Konditionen. In der Renaturierung und im Rückbau ist weiterhin viel zu tun, viele werden demnächst in Rente gehen und für alle anderen werden sich alternative Beschäftigungsformen finden – z.B. in der gestärkten öffentlichen Daseinsvorsorge. Und solange dies nicht der Fall ist, erhalten alle Mitarbeiter*innen Lohnfortzahlungen. Für die Allgemeinheit ist es besser ein paar tausend Beschäftigte weiter zu bezahlen, als die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen voranzutreiben.

c) Entschädigungslose Schließung des fossilen Kapitals

Das fossile Kapital richtet regional und international genug Schaden an. Dementsprechend ist sein Betrieb sofort zu beenden. Um genug Geld für einen regionalen Strukturwandel zu haben, ist die Renaturierung entschädigungslos von den Energiekonzernen durchzuführen – die Aktionäre haben lange genug an der Ausbeutung bzw. Aneignung von Mensch und Natur verdient.

d) Finanzierung durch das Kapital

Der Ausstieg aus der Kohle ist eine unumgängliche Maßnahme um unser Klima zu retten. Schon jetzt ist die Braunkohle mit ihren hohen Folgekosten durch Abbau und Verstromung eine der teuersten Formen der Stromerzeugung überhaupt. Die Klima- und Gesundheitsausgaben durch Treibhausgase werden weiter steigen. Dies sind Kosten, die im Moment noch von der Gesamtgesellschaft getragen werden.

Zur Finanzierung des sofortigen Kohleausstieges fordern wir eine Sondersteuer für Unternehmen und Reiche, denn diese sind die Hauptklimasünder und gleichzeitig die größten Profiteure. In Kalifornien konnte eine CO₂-Steuer durch eine ähnliche Verknüpfung von Umwelt- und Sozialpolitik erfolgreich eingeführt werden. Es gilt hier die Frage nach einem guten Leben zu stellen und zwar für die Gemeinschaft. Wir dürfen unser aller Lebensgrundlage, nämlich ein gesundes Klima nicht großen Konzernen wie RWE überlassen, deren einziges Ziel Gewinnmaximierung heißt. Ebenso wenig sollten wir die Kosten für diese Politik tragen, unter deren gesundheitlichen und sozialen Folgen schon jetzt genügend Menschen überall auf der Welt leiden.